

18. DGB-Bundeskongress

3. Tag – Mittwoch, 24. Mai 2006

(Beginn des Kongresses: 9.00 Uhr)

(Eröffnungsfilm – Impressionen vom Kongressverlauf)

Dieter Scholz, Vorsitzender des Kongresses

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Moin! Ich hoffe, keines der 30 Biere, das der eine oder die andere gestern Abend zu sich genommen hat, war schlecht, sodass Ihr alle fit seid. Wir haben einen sehr arbeitsreichen Tag vor uns. Das filmische Protokoll hat uns eben noch einmal gezeigt, was wir gestern alles geleistet haben. Die Arbeit wird heute sicher nicht weniger, wenn ich auf unser Programm schaue.

Ich will kurz in Erinnerung rufen, was uns heute erwartet. Ich fange mal von hinten an. Wir werden heute Nachmittag eine Preisverleihung im DGB-Fotowettbewerb haben. Wir werden ein Grußwort der Bundeskanzlerin hören. Davor wird es sicher Antragsberatung geben. Wir werden gegen 10.45 Uhr das Grußwort der Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen, Renate Künast, hören. Und wir haben auch einen weiteren internationalen Gast.

Aber bevor wir in das heutige Programm einsteigen, liebe Kolleginnen und Kollegen, lasst mich der schönen Pflicht nachkommen, einem weiteren Kollegen herzlich zum Geburtstag zu gratulieren. Er ist der Kollege Cord Peter Lubinski. Lieber Cord Peter, herzlichen Glückwunsch des Präsidiums und des ganzen Kongresses zu Deinem heutigen Geburtstag! (Beifall) Es wäre schön, wenn Du nach vorne kommst. Der Vorsitzende hat eine kleine Geburtstagsaufmerksamkeit für Dich. – Das Geburtstagskind ist gar nicht da. Er hat wohl reingefeiert. Das war die Sache mit den 30 Bieren. Wir werden die Geburtstagsglückwünsche wiederholen, wenn uns die ver.di-Delegation wissen lässt, dass er da ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir setzen in unserem Programm fort. Wir haben gestern Abend mit dem Thema „Internationale Beziehungen“ aufgehört. Wir setzen bei diesem Thema heute früh wieder an. Wenn sich die Europäische Union derzeit nicht in einer besonders guten politischen Verfassung befindet, liebe Kolleginnen und Kollegen, liegt das ganz sicher nicht an den europäischen Gewerkschaften. Wir wollen nicht weniger, wir wollen mehr Europa, aber nicht ein Europa der Konzerne und der ungezügelten Märkte, sondern ein Europa der sozialen Gerechtigkeit, der politischen und wirtschaftlichen Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger und insbesondere all derer, die die Werte in diesem Europa schaffen.

Die Stimme der Gewerkschaften in Europa ist der Europäische Gewerkschaftsbund. Diese Stimme, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird gehört, wie wir erst kürzlich auf unseren gemeinsamen europaweiten Demonstrationen gegen die Bolkestein-Richtlinie erfahren konnten. Wir sind in Europa als Gewerkschaften nicht nur mobilisierungsfähig; wir können auch einiges erreichen. Ich denke, wir können in der Zukunft noch mehr erreichen.

Ich freue mich sehr, dass ich als Gastredner den Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes, den Kollegen John Monks, in unseren Reihen begrüßen kann. Herzlich willkommen, lieber John! (Beifall)

Der EGB-Generalsekretär hat keine leichte Aufgabe. Er muss den vielstimmigen Chor der nationalen Mitgliedsbünde hinter einem gemeinsamen Programm verei-

nen. Sisyphus hatte es da manchmal einfacher. Aber gerade im Kampf gegen die Bolkestein-Richtlinie ist das hervorragend gelungen, und wir haben hier als europäische Gewerkschaften klar Position bezogen. Diese politische Integrationsleistung verdient unsere Anerkennung und lässt für die Zukunft auf einen weiter gestärkten EGB hoffen.

Lieber John, Du hast jetzt das Wort.

John Monks, Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes

Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Deutsch ist sehr gut, mein Englisch aber ist etwas besser. Deshalb bitte ich Euch um Nachsicht, wenn ich in meiner Muttersprache zu Euch spreche. Die Rede wird simultan übersetzt.

Kolleginnen und Kollegen! Darf ich vorschlagen, dass ich gleich einige der Kernthemen anspreche, die von großer Bedeutung für uns alle sind.

Erstens. Europa steht am Scheideweg. Folgende Frage gilt es zu beantworten: Wird Europa eine Marktwirtschaft mit einem sehr schwachen politischen Überbau, oder wird Europa ein starkes politisches Gebilde mit solider und leistungsstarker Marktwirtschaft und einer festen und tragfähigen sozialen Dimension? Wenn man diese Frage stellt, dann ist das nicht unbedingt das normale Verhalten eines rückschrittlich denkenden Gewerkschafters, sondern dann beweist man Zukunftsdenken zur zukünftigen Architektur unserer Gesellschaft.

Mit großem Interesse verfolge ich die Debatte hier in Deutschland über die Rolle des Staates. Überall in der Europäischen Union, vielleicht mit Ausnahme der nordischen Länder, wird die immer gleiche Mär verbreitet, dass der Staat wie ein Betrieb zu führen ist, dass der Staat naturbedingt ineffizient ist, dass der Staat per definitionem ein bürokratisches Ungeheuer ist, dass jeder für sich selbst sorgen sollte und dass die Politik „Steuern runter – Gewinne hoch“ die dringend benötigten Arbeitsplätze schaffen wird. Diese Dauerkampagne wird von einseitig gepolten unerbittlichen Liberalen geführt und zieht immer größere Kreise.

Was wir alle wollen, ist ein leistungsstarkes und effizientes staatliches Wesen. Aber wir sind nicht einverstanden mit denjenigen, die das zurückführen wollen auf ein Skelett, auf das, was die Deutschen den „Nachtwächterstaat“ nennen.

Wir brauchen eine moderne staatliche Organisation zum Erhalt der sozialen Kohäsion, zur Garantie qualitativ hochwertiger Erziehung und Bildung, frei von Diskriminierung, zur Gesundheitsversorgung für alle, zur Förderung von Forschung und Wissenschaft, für den Erhalt und die Entwicklung der Infrastruktur und den Schutz der Schwächsten in dieser Gesellschaft. Unsere gemeinsame europäische Kulturgeschichte lehrt uns das, und das steht keineswegs im Widerspruch zu moderner Staatsführung.

Wir müssen eine Kampagne führen gegen die Verunglimpfung des Staates, und wir müssen an seiner Rehabilitierung arbeiten. Und genau das müssen wir im europäischen Kontext leisten. (Vereinzelt Beifall)

Mein zweiter Punkt. Die Rechte der Arbeitnehmer stehen auf dem Spiel. Ich beziehe mich hier auf das, was sich in Frankreich abgespielt hat. Durch einseitigen Regierungsbeschluss ist ein Gesetz an der Nationalversammlung vorbei erlassen worden, das ein Kernstück des Arbeitsgesetzes beseitigt und den Schutz für Beschäftigte gegen willkürliche Entlassungen abgeschafft hat, weil man dachte, damit neue Arbeitsplätze für junge Menschen schaffen zu können. In Wirklichkeit wollte man das Arbeitsgesetz unterminieren. Niemand hat daran geglaubt, dass über so ein Gesetz neue Arbeitsplätze geschaffen würden. Nur schlechte Arbeitsplätze können so entstehen. Das würde das amerikanische Heuern-und-Feuern-System nach Europa bringen.

Dieses Gesetz, das mehr in Form eines unilateralen Erlasses ohne Vorabkonsultation mit den Gewerkschaften daherkam, wurde schließlich zurückgezogen, denn alle französischen Gewerkschaften zusammen haben Hunderttausende von Bürgerinnen und Bürgern mobilisiert und eine starke Koalition mit den studentischen Organisationen aufgebaut. Sie haben die große Mehrheit der französischen Öffentlichkeit hinter sich gewusst und auch eine starke internationale Unterstützung vom EGB und seinen Mitgliedsorganisationen erfahren, auch mit großartiger solidarischer Unterstützung des DGB. Solche Dinge sollte man wiederholen. (Beifall)

Drei zentrale Lehren können wir hieraus ziehen. Wir müssen Einigkeit unter uns schaffen, um erfolgreich zu sein. Wir brauchen die öffentliche Meinung auf unserer Seite, und wir werden Entscheidungen, die unsere Leute betreffen, niemals ohne sozialen Dialog, Anhörung und Verhandlungen hinnehmen. Das ist das Herzstück des europäischen Sozialmodells. Niemand in Europa lebt heute noch auf einer Insel namens Nationalstaat. Wir sind alle betroffen. Der Kampf der französischen Gewerkschaften war unser Erfolg, und dieser Erfolg ist gut für uns alle. (Beifall)

Mein dritter Punkt. Die deutsche Mitbestimmung gerät immer mehr unter Beschuss. Die Arbeitgeber und einige politische Kräfte möchten sich ihrer entledigen, sie zumindest auf ein Mindestmaß zurückfahren. Ihr und ich, wir werden uns daran erinnern: Als wir im Europäischen Gewerkschaftsbund darüber gestritten haben, wie die Mitbestimmung einzuschätzen ist, dachten einige, sie sei eine Kollaboration zwischen Arbeit und Kapital, man würde sozusagen mit dem Feind ins Bett gehen. Aber diese Debatte ist abgeschlossen. Die Mitbestimmung ist heute ein Eckpfeiler der sozialen und wirtschaftlichen Demokratie in Deutschland und in Europa.

Es ist ein typisch deutsches Modell. Es zu erhalten, liegt in unser aller Interesse. Es ist auch ein Gegenentwurf zu dem einzigen Wert, den manch einer heute fördern möchte: dem der Aktionäre. Es gibt überhaupt keine europäische Rechtsgrundlage, die die Mitbestimmung in Deutschland gefährden würde. In diesem Sinne ist von zentraler Bedeutung, dass man auch die Arbeitnehmerbeteiligung in der neu geschaffenen europäischen Aktiengesellschaft nutzt, einen Raum schafft für den sozialen Dialog in dem, was man neudeutsch Corporate Governance nennt, also verantwortliche Führung. Die Arbeitnehmerbeteiligung mit ihren unterschiedlichen Strukturen und sozialhistorisch gewachsenen Gepflogenheiten muss auf jeden Fall als Säule unseres Sozialmodells erhalten bleiben. Dieses Modell steht nun unter Druck. Lasst es uns gemeinsam stützen, schützen und weiterentwickeln. (Beifall)

Mein vierter und letzter Punkt. Europa ist die einzige Region in der Welt, die mehr als nur eine Freihandelszone bildet. Trotz offensichtlicher Mängel ist es ein positives Lehrstück im Globalisierungskontext. Die Globalisierung braucht Regeln. Damit kann man regional und zentralisiert beginnen.

Der EGB ist ein Bündnis von Gewerkschaften, in dem alle historischen Strömungen vereinigt sind. Wir handeln gemeinsam und achten dabei Pluralismus und Vielfalt. Das wisst Ihr in Deutschland. Das müssen wir auch weiter erhalten und weiter ausgestalten.

Es gibt keine nationale Antwort auf globale Probleme, aber es kann eine europäische geben. Wenn nun der neue internationale Gewerkschaftsdachverband im November 2006 gegründet wird, gibt es auch eine globale Antwort. Der EGB wird zu diesem Prozess in bestmöglicher Weise beitragen. (Vereinzelt Beifall)

Dafür brauchen wir ein starkes Engagement des DGB und all seiner Mitgliedsorganisationen. Ich habe mich sehr gefreut, Tausende von deutschen Kolleginnen und Kollegen in Straßburg und in Brüssel zu sehen, wo wir erfolgreich und wirklich entscheidend gegen die Bolkestein-Richtlinie demonstriert haben.

Wir haben Eure Unterstützung, und dafür danke ich Euch. Natürlich hätte ich nichts dagegen, wenn Ihr uns noch mehr Unterstützung gewähren würdet. Ich appelliere an Euch alle, gemeinsam für ein Europa zu arbeiten, ein Europa mit einem menschlichen Antlitz, einer starken wirtschaftlichen Dimension und sozialem Fortschritt, mit einer neuen europäischen Verfassung, die diese Ziele verankert. (Beifall)

Ich freue mich sehr, dass dieser Vorschlag vom Deutschen Bundestag angenommen worden ist. Nun muss er allerdings noch von allen 25 Mitgliedsstaaten angenommen werden. Der EGB denkt, dass die Verabschiedung einer solchen Verfassung ein Europa der Arbeitnehmer schaffen würde. Man würde damit wegkommen von dem Wildwuchs des Casino-Kapitalismus und von Herrn Münteferings „Heuschrecken“.

All das gehört zu dem großen Auftrag des EGB. Wir brauchen den DGB dazu mitten im Zentrum. Alles Gute. Glück auf! (Beifall)

Dieter Scholz, Vorsitzender des Kongresses

Lieber John, herzlichen Dank für dieses Grußwort. Du kannst sicher sein, der DGB wird sich weiter für den EGB und ein soziales Europa engagieren. Auch dieser Kongress wird noch ein deutliches Zeichen setzen. Wir werden einen Leitantrag zum sozialen Europa diskutieren und verabschieden, der die programmatischen Eckpunkte unseres europäischen Engagements für die nächsten Jahre festlegen wird. Wir werden damit gut vorbereitet sein, wenn der EGB in einem Jahr seinen nächsten Kongress im spanischen Sevilla abhalten wird. Herzlichen Dank noch einmal für Dein Grußwort und weiter auf gute Zusammenarbeit! (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir nehmen jetzt wieder die Arbeit auf, die wir gestern unterbrochen haben, das heißt die Beratung der Satzungsanträge. Ich bitte vor allen Dingen die Mandatsprüfungs- und Wahlkommission, so verfügbar zu sein, dass wir im Fall der Fälle auszählen können, da nach wie vor die Zweidrittelregelung gilt.

Ich rufe jetzt auf den Satzungsantrag S 007 und bitte die Antragsberatungskommission um ihr Votum.

Berthold Huber, Sprecher der Antragsberatungskommission

Guten Morgen, Kolleginnen und Kollegen! Wir kommen zu S 007. Der Antragsteller ist der DGB-Bundesvorstand.

Im Antrag S 007 wird gefordert, Änderungen in den Paragraphen 11 und 12 der Satzung vorzunehmen. Ziel des Antrags ist es, die Reihenfolge der DGB-Konferenzen zu ändern. Demnach soll künftig erst der DGB-Bundeskongress stattfinden. Danach sollen die Bezirkskonferenzen und wiederum im Anschluss daran die Regionsdelegiertenkonferenzen stattfinden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag ist eine Konsequenz der Maßnahmen, die im Rahmen der Initiative „Trendwende“ vereinbart wurden. In diesem Zusammenhang sind auch die Strukturen des DGB überprüft worden. Die Finanzsituation des DGB erfordert im Übrigen zwingend weitere Veränderungen. Allen Gliederungen des DGB soll aber ausreichend Zeit gewährt werden, um die anstehenden Strukturfragen anhand konkreter Analysen und praktischer Entwicklung zu diskutieren.

Dieser Intention folgt der Antrag S 007. Es geht in diesem Antrag weder darum, die Regionen aufzulösen, noch darum, die Wahlfunktionen der Bezirke und Regionsvorsitzenden abzuschaffen, wie an einigen Stellen diskutiert wird. Es geht auch nicht darum, Einschnitte in die Struktur zu beschließen. Es geht, wie erwähnt, da-

rum, Zeit für die Entwicklung gründlich überprüfter Maßnahmen bis zum nächsten DGB-Bundeskongress zu gewinnen, im Vertrauen darauf - das ist natürlich Bedingung -, dass die „Trendwende“ greift.

Der DGB soll auch weiterhin in vielen Städten und Kreisen vertreten sein. Im Moment wird eine Stärke- und Schwächeanalyse in verschiedenen DGB-Regionen durchgeführt. Ab 2007 sollen die Ergebnisse in Ruhe bewertet werden. Es wird geklärt, ob Strukturveränderungen Sinn machen. 2008 wird dem Bundesausschuss dazu ein Bericht vorgelegt.

Der Antrag soll gewährleisten, dass die Delegierten auf dem nächsten DGB-Bundeskongress im Jahr 2010 die dann gemeinsam erarbeiteten Veränderungen beschließen und diese dann auch umgesetzt werden können. Es bleibt nach dem Antrag S 007 bei den Konferenzen auf Regions- und Bezirksebene.

Die Antragsberatungskommission empfiehlt dem Kongress die Annahme dieses Antrags.

Dieter Scholz, Vorsitzender des Kongresses

Danke, Berthold. – Kolleginnen und Kollegen! Zu diesem Antrag liegen vier Wortmeldungen vor. Ich bitte all diejenigen, die noch zu diesem Antrag sprechen möchten, jetzt ihre Wortmeldungen abzugeben.

Ich rufe in der Debatte als Ersten den Kollegen Bernd Dreute, NGG, Delegiertennummer 228, auf.

Bernd Dreute

Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte Euch und fordere Euch auf, dem Antrag zur Änderung der Reihenfolge der Konferenzen nicht zuzustimmen, sondern ihn abzulehnen. (Beifall) Es kann nicht sein, dass die Willens- und Meinungsbildung der Kolleginnen und Kollegen aus den Regionen erst vier Jahre später auf den Bezirks- oder Bundeskonferenzen behandelt und besprochen wird. Auch wenn der DGB nicht vertikal, sondern horizontal organisiert ist, müssen demokratische Spielregeln eingehalten werden. Das heißt Meinungsbildung von unten nach oben und nicht umgekehrt. (Beifall)

Dies trifft besonders zu, wenn man das politische Profil des DGB verbessern will; das ist notwendig. Dann muss, so meine ich, die Basis auch die Möglichkeit haben, hierauf zugreifen zu können.

Im Übrigen würde ich mir als Delegierter auf den Regions- und Bezirkskonferenzen überflüssig vorkommen, Kolleginnen und Kollegen, wenn ich nur noch die Beschlüsse der übergeordneten Konferenzen abnicken müsste. (Vereinzelt Beifall)

Deshalb, Kolleginnen und Kollegen, bitte ich Euch, diesem Antrag nicht zuzustimmen. – Schönen Dank. (Beifall)

Dieter Scholz, Vorsitzender des Kongresses

Danke, Bernd. – Das Wort hat jetzt die Kollegin Christine Saurer, ver.di, Delegiertennummer 316.

Christine Saurer

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich kann nahtlos an meinen Vorredner anknüpfen. Ich will dasselbe wie er. Ich spreche mich auch gegen den Antrag S 007 aus.

Der Kollege vor mir hat von der demokratischen Willensbildung gesprochen. Das ist für mich auch sehr wichtig. Ich war bisher immer sehr stolz darauf, dass ich einer Gewerkschaft angehöre, die DGB-Gewerkschaft ist, in der die demokratische

Willensbildung von unten nach oben verläuft und in der man den Eindruck hat, etwas mitzugestalten - was jetzt zwar in den letzten zwei Tagen etwas verwischt ist, aber das ist ein anderes Problem. (Beifall)

Du hast gesagt, das sei im Rahmen der Aktion „Trendwende“ gemacht worden. Ich meine, diese Trendwende wäre sehr negativ, wenn wir diesen Antrag beschließen würden. (Vereinzelter Beifall)

Du hast gesagt, es gehe um Umorganisationen, und die müssten dann eben nach vier Jahren beschlossen und dann sofort umgesetzt werden. Ich war 26 Jahre lang Personalrätin und Betriebsrätin. Wir sind immer davon ausgegangen, dass eine Maßnahme, die eine Umorganisation bedeutet, wovon Menschen betroffen sind, nicht beschlossen und dann umgesetzt wird, sondern dass man die Menschen, die betroffen sind, hinführt, dass man Sozialpläne macht, dass man Personalentwicklung macht. Ich meine, dass gerade aus diesem Grund dieser Aufbau von unten nach oben - erst der Beschluss und dann die langsame Umsetzung - besser wäre, sozialer und demokratischer wäre als das, was Euch hier vorschwebt, was Du gesagt hast.

Es geht um Menschen, es geht nicht um Kosten, und die Menschen müssen sich eben langfristig auf Umorganisationen einspielen können.

Pilotprojekte werden ja nicht plötzlich vom Kongress beschlossen, sondern das geht nach meiner Auffassung auch von unten nach oben. Ich meine, es ist besser, wenn man es zuerst beschließt und dann nachher langsam umsetzen kann. Eine Umorganisation, die eine Satzungsänderung braucht, braucht auch Zeit, und für Pilotprojekte brauche ich keine Satzungsänderung, das kann ich auch so diskutieren.

Ich bitte Euch also, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, dieser Empfehlung der Antragsberatungskommission nicht zuzustimmen, sie also abzulehnen. Es würde mich sehr freuen, wenn es uns heute gelänge, unseren Willen einmal anders darzustellen, als es hier vorgeschlagen worden ist, um es mal ganz vorsichtig zu sagen. – Danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall)

Dieter Scholz, Vorsitzender des Kongresses

Danke, Christine. – Das Wort hat jetzt der Kollege Frank Firsching, IG Metall, Delegiertennummer 137.

Frank Firsching

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich spreche mich gegen den Antrag aus. Der Antrag wird in der Begründung mit drei Argumenten untermauert. Das erste Argument ist: Der DGB ist horizontal gegliedert, und aus diesem Grund ändert sich an der Willensbildung nichts, weil über die Vorstände ja Anträge bei den übergeordneten Konferenzen noch eingereicht werden können.

Die Praxis, liebe Kolleginnen und Kollegen, sieht oft anders aus als die Theorie. Theoretisch ist diese Begründung richtig, praktisch nicht. Über was diskutieren wir denn in den Regionalkonferenzen, in den Bezirkskonferenzen? Da diskutieren wir doch nicht nur über die Ausweisung neuer Industriegebiete, sondern wir diskutieren über Sozialpolitik, wir diskutieren über Steuerpolitik, wir diskutieren über die Rente mit 67. Da werden Beschlüsse gefasst. Diese Beschlüsse werden insgesamt, auf allen Delegiertenkonferenzen der Republik, von etwa 6.000 Delegierten gefasst, und 6.000 Delegierte sind nun mal mehr als 400 – ohne diesem Kongress irgendwas wegnehmen zu wollen, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall) Das ist Mitgliedernähe. Diese Beschlüsse werden dann über die Regionsvorstände, über die Bezirksvorstände an die jeweiligen höhergeordneten Konferenzen weitergelei-

tet. Es ist richtig: Wenn wir dieses Verhältnis umkehren, dann ist es eben nicht möglich, kurzfristig zu reagieren und Beschlüsse nach oben zu tragen. Schon mit dieser ersten Begründung ist es abzulehnen.

Die zweite Begründung ist die finanzielle Situation. Ich glaube nicht, dass wir durch die Umkehrung der Konferenzen unsere finanzielle Situation in irgendeiner Form verbessern. (Zustimmung) Ich möchte auch eine Erfahrung meiner Hauptamtlichkeit in den Gewerkschaften ausdrücken: Vor 15 Jahren habe ich bei der DGB-Jugend Nordbayern als Jugendsekretär angefangen. Damals hatte der DGB Nordbayern zwölf DGB-Kreise. Jetzt sind es nur noch fünf Regionen mit weniger als 50 Prozent der Beschäftigten von vor 15 Jahren. Es gibt also natürlich Strukturänderungen, und es gibt Änderungen auch in den Zuschnitten, ohne dass man die Konferenzen, ohne dass man den Ablauf ändern muss. Das war bisher möglich, und es wird auch weiterhin möglich sein, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Das dritte Argument: Strukturmaßnahmen müssen dann beim nächsten Bundeskongress diskutiert und zeitnah umgesetzt werden, in einem Top-down-Prozess. Berthold hat heute wirklich glaubwürdig gesagt, es geht nicht um die Abschaffung der Wahlfunktionen. Aber es wird natürlich darüber diskutiert, und es gibt sicherlich Kräfte, die die Wahlfunktion abschaffen wollen. Ich wende mich ausdrücklich gegen einen zentral organisierten DGB. Wenn wir Mitgliedernähe wollen, dann können wir uns nicht zentral organisieren, sondern nur dezentral. Deswegen lehne ich den Antrag ab. – Danke schön. (Beifall)

Dieter Scholz, Vorsitzender des Kongresses

Herzlichen Dank, Frank. – Das Wort hat jetzt der Kollege Karl-Heinz Wiener, ver.di, Delegiertennummer 371.

Karl-Heinz Wiener

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst mal recht herzlichen Dank, dass der Karl-Heinz Wiener hier reden darf. Ich kann mich kurz fassen, weil die wesentlichen Argumente von meinen Vorrednern gebracht wurden. Ich will mich daher auf zwei Punkte konzentrieren:

Der Mensch steht im Mittelpunkt unseres Handelns und – Satz zwei – deshalb immer im Wege. (Heiterkeit) Nein, das darf nicht sein. (Beifall) Wenn wir selber der anderen Seite empfehlen, nutzt das Know-how, das Wissen, die Kompetenz Eurer Beschäftigten für die Entwicklung der Unternehmen, Dienststellen und Verwaltungen, dann müssen wir, um diesem Hinweis Gewicht zu verleihen, dies selber bei uns vormachen. (Beifall)

Jawohl, die Willensbildung hat im DGB selbstverständlich in den Einzelgewerkschaften zu erfolgen, und sie hat jeweils horizontal im DGB entsprechend ihre Wirkung zu zeigen. Wir raufen uns auf jeder Ebene zusammen. Aber in den satzungsändernden Anträgen wird letztendlich eine sehr starke Verlagerung der Handlungskompetenzen auf die Spitze des DGB vorgeschlagen. Aus „Einvernehmen“ bei Veränderungen wird „Benehmen“ gemacht. Das zwingende Einverständnis der Betroffenen, der Bezirke, wird umgewandelt in eine Anhörung: „im Benehmen mit“. Aus der Frage, wen wählen wir bei Wahlfunktionen, wird über eine Pauschalverlagerung von Verantwortlichkeiten in die Richtlinienkompetenz eine Einengung der Freiheit, Wahlfunktionen durch die jeweiligen Konferenzen zu besetzen, vorgenommen – potentiell zumindest.

Das Ganze wird dadurch getoppt, dass wir den notwendigen Umorganisationsprozess – ich als Verdianer weiß, wovon ich rede – wegen im Grunde genommen weniger davon berührter personalpolitischer Entscheidungen mal kurz kippen wol-

len. Nicht um Ressourcen geht es, sondern um den Ressourceneinsatz. Ist das nicht eine regionale Sache? Steuerung ist doch wohl eine Angelegenheit, die sich nicht im Detail damit befasst, wie Ressourcen zielgerichtet eingesetzt werden.

Es werden darüber hinaus Argumente verwendet, die ich im Einzelnen nicht nachvollziehen kann.

Ich habe versprochen, mich kurz zu halten: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte Euch, wegen insgesamt dadurch zu gewinnender maximal 15 Monate Diskussion diese für mich nicht demokratische Satzungsregelung abzulehnen und entsprechend die Zweidrittelmehrheit zu verweigern. – Danke. (Beifall)

Dieter Scholz, Vorsitzender des Kongresses

Danke, Karl-Heinz. – Ich habe jetzt noch zwei Wortmeldungen, und ich frage den Kongress: Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Antrag? – Dann schlage ich Euch vor, dass wir die Rednerliste an dieser Stelle schließen. Seid Ihr damit einverstanden? – Okay. – Dann hat jetzt noch Dietmar Hexel vom Bundesvorstand das Wort.

Dietmar Hexel, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe ja am Montag gesagt: Gewerkschaften müssen dort sein, wo die Menschen sind. Dabei bleibe ich auch. Aber es ist unheimlich schwierig, diesen ja von Berthold Huber völlig korrekt vorgebrachten Begründungszwang gegen die Emotion zu stellen, die natürlich alle bewegt, das weiß ich. Denn wenn hier der Eindruck besteht, der Antrag würde vom DGB-Bundesvorstand vorgeschlagen, um in irgendeiner Weise die innergewerkschaftliche Demokratie zu beeinträchtigen, muss man ja dagegen sein. (Beifall – Zuruf: Bravo!) Aber das ist eben nicht beabsichtigt und, wenn Ihr in die Satzung schaut, auch nicht wahr. Wir ändern an der Antragsfolge, an der Antragsberechtigung der Regionen, der Bezirke auf diesem Bundeskongress durch diesen Antrag nichts. Das ist erst mal der Satzungssachverhalt. Aber, wie gesagt, ich weiß ja, dass ich vielleicht eher versuchen muss, diesen anderen Bereich, warum wir es wirklich tun müssen, darzulegen.

Ich stimme zum Beispiel dem Christian sehr zu, wenn er sagt, wir müssten natürlich, wenn wir in einer Krise seien, wenn wir schwache Strukturen hätten, wenn wir kein Geld hätten, Personalentwicklung betreiben. Wir müssten also nicht irgendeine harte Strukturentscheidung treffen und dann gucken, wie wir damit umgingen, sondern wir müssten sehen, wie wir mit den Ressourcen umgingen, die wir hätten, mit den Geldern und den Möglichkeiten, damit wir erfolgreich sein könnten.

Genau das wollen wir zu erreichen versuchen, und zwar mit den Pilotprojekten. Wir machen die Satzungsänderung also nicht, um die Pilotprojekte zu machen, sondern das Gegenteil ist richtig. Das war die Alternative. Die Vorsitzenden haben gesagt: Die Alternative zur derzeitigen finanziellen Lage des DGB, wie sie sich jetzt darstellt und von der wir in den nächsten zwei oder drei Jahren vielleicht noch ausgehen müssen, ist weniger Geld, und zwar jeden Monat. – Wenn wir weiterhin jeden Tag 800 Mitglieder verlieren, wie das zurzeit der Fall ist, dann bedeutete das für den DGB, dass wir alle zwei Monate eine Personalstelle verlieren, ob wir das wollen oder nicht. Das würde zu einer völlig unkontrollierten und nicht gewollten Strukturveränderung führen.

Deswegen ist im letzten Jahr überlegt worden: Müssen wir *diesem* Kongress harte Strukturmaßnahmen vorschlagen, zum Beispiel die Frage stellen, ob man die Regionen abschaffen muss? Darüber gab es eine ganz intensive Diskussion. Das Ergebnis ist: Nein, wir als Bundesvorstand haben diesem Kongress nicht vorge-

schlagen, die Regionen einzuschränken oder sie gar abzuschaffen. Wir haben auch nicht vorgeschlagen, die Wahlfunktionen einzuschränken oder abzuschaffen, was auch stets in der Diskussion war, sondern wir haben gesagt: Es kann doch nicht sein, dass wir eine Trendwende machen und darauf setzen, dass es gelingt, dass wir andererseits aber diesem Kongress aufgrund der Finanzsituation vorschlagen müssen, solche harten Schnitte zu machen.

Als Resultat haben wir gesagt, wir müssen Zeit gewinnen. Strategie macht man ja, um Zeit zu gewinnen. Und Zeit zu gewinnen heißt, dass wir jetzt den Auftrag haben, in den Pilotregionen, die wir im Bundesgebiet machen werden, zwei Jahre lang zu schauen, wie wir die Regionen stabilisieren, was sie brauchen, um gut arbeiten zu können, was die Gewerkschaften von ihnen wollen, wie wir die Geldmittel einteilen. Es ist leider nicht so, dass die Ressourcensteuerung heute optimal funktioniert. Wir setzen zum Beispiel in Regionen, in denen wir sehr viele Mitglieder und sehr großes Potential haben, wesentlich weniger Geld ein als in anderen. Wir müssen darüber diskutieren, ob das so bleiben kann oder ob wir es anders machen müssen.

Ziel ist es also, die Regionen zu stärken und in den nächsten beiden Jahren dazu klare Erkenntnisse zu gewinnen. Wenn man dann immer noch der Meinung ist, wir könnten es nicht ändern, dass jeden Tag weitere 800 Mitglieder nicht mehr bei uns sind, und wir können uns die Regionen nicht mehr leisten, dann muss man dem *nächsten* Kongress Strukturmaßnahmen vorschlagen, vor denen Ihr zu Recht Sorge habt. Das ist aber dann erst in vier Jahren der Fall.

Ich persönlich glaube, dass es uns gelingen wird, nach diesem zweijährigen Test, nach der Auswertung und der dann zu führenden sorgfältigen Diskussion darüber, was man tun kann – es stehen dann ja in allen Gewerkschaften alle Möglichkeiten offen –, zu konsensbildenden Entscheidungen zu kommen. Das ist mir jedenfalls lieber, als wenn wir jetzt nichts tun, wenn wir so tun, als sei alles bestens, wir dann vor dem nächsten Kongress aber ganz schnell etwas tun müssen, weil wir die Struktur nicht mehr bezahlen können.

Der eigentliche Grund ist also, Zeit zu gewinnen, das Ganze in Ruhe auszuwerten und Strukturveränderungen dann, wenn sie nötig sind, dem nächsten Kongress vorzuschlagen. Das ist die sachliche Begründung.

Nehmt mir bitte ab, dass ich die Emotionen verstehe. Vielleicht war es ein kleiner Fehler, dass wir in die Begründung hineingeschrieben haben, es ändere sich ja nichts, weil wir horizontal aufgestellt seien, weil wir nichts ändern wollten. Natürlich hat der DGB auch eine Funktion von unten nach oben über die Bezirksvorstände; das ist klar. Aber eigentlich sind die Regionen für die Menschen da, wo diese sind, die Bezirke für die Landesregionen und der Bundesvorstand für die Bundesebene. Das entspricht der Funktion eines Dachverbandes. Der DGB ist eben Bund und Dachverband, und er ist nicht Organisationsebene für einzelne Mitglieder in diesem Bereich.

Ich bitte Euch also sehr, der Empfehlung der Antragsberatungskommission aus den genannten Gründen zuzustimmen, damit wir Zeit gewinnen, damit wir die Regionen stärken können, damit wir klare Modelle haben und damit wir die Trendwende schaffen und nicht in drei oder vier Jahren vor dem nächsten Kongress darüber reden müssen, ob wir wirklich harte Einschnitte machen müssen. Das ist meine Bitte. Ich bitte Euch herzlich, dabei zu helfen. – Vielen Dank. (Beifall)

Dieter Scholz, Vorsitzender des Kongresses

Danke, Dietmar. – Als letzter Redner zum Antrag S 007 hat jetzt der Kollege Christian Wechselbaum von der NGG mit der Delegiertennummer 231 das Wort.

Christian Wechselbaum

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Vorstand! Ich danke meinen Vorrednern mit vielleicht einer Ausnahme. So könnt Ihr schon mal erkennen, in welche Richtung meine Ausführungen gehen werden. (Beifall)

Kollege Huber und Kollege Hexel, was Ihr vorhin gesagt habt und was in dem Antrag steht, das kann ich so nicht stehen lassen. Es steht einmal drin, die Handlungsfreiheit des Bundes solle erhöht werden. Was ist denn seit 50 Jahren im DGB los? Hat der DGB-Bundesausschuss über 50 Jahre lang keine Handlungsfreiheit gehabt? Das bezweifle ich. (Beifall)

Claus sagte eben, die demokratische Willensbildung sei nicht beeinträchtigt. Guckt Euch den „einblick extra“ von heute an; da steht drin, ein Fünftel der Anträge komme direkt von den Gewerkschaften. Die anderen Anträge kommen alle aus dem DGB selber. Aus den Bezirken kommt der größte Anteil. Wo wurden diese Anträge zum größten Teil beschlossen? – Auf den Konferenzen, und sie wurden dann zum Vorstand weitergeleitet. Also ich bitte Dich. (Beifall)

Ich nehme einmal ein praktisches Beispiel: Das Thema Mindestlohn hat uns jetzt auf allen Konferenzen mehr als ein Jahr lang beschäftigt. Wo würden wir heute stehen – wir wollen in dieser Woche ja auch noch einen Antrag dazu verabschieden –, wenn wir diese Diskussion nicht geführt hätten? Ich sage Euch: Dann würden wir hier eine große Blockabstimmung machen, und dann würden wir untergehen. (Beifall)

Ich glaube, diese Umstrukturierungen, die hier vorbereitet werden, die auch noch in anderen Anträgen genannt werden, gehen eindeutig in die falsche Richtung und würden eine Schwächung des DGB darstellen. Wenn wir eine Stärkung des DGB erreichen wollen, dann müssen wir die Leute auf allen Ebenen, auch auf der Ebene des DGB, einbinden und müssen überall eine Diskussion darüber führen, wie wir das auf anderen Wegen hinkriegen können. – Danke. (Beifall)

Dieter Scholz, Vorsitzender des Kongresses

Danke, Christian.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind uns sicherlich alle darüber einig, dass wir es hier mit einem sehr sensiblen Antrag zu tun haben. Ich habe deshalb vorhin eine Entscheidung getroffen, auch wenn wir bisher noch keine Abstimmung durchgeführt haben; denn ich habe die Mitglieder der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission gebeten, ihre Positionen einzunehmen. Ich meine, wir sollten bei dieser Geschichte gar nichts anbrennen lassen. Dieser Antrag braucht, um durchzugehen, 262 Stimmen. Ich lasse deshalb schon bei der ersten Abstimmung heute auszählen; dann sparen wir uns wahrscheinlich Zeit und eine lange Diskussion darüber, wie denn die Mehrheitsverhältnisse auf diesen Kongress sind.

Deshalb, Kolleginnen und Kollegen, frage ich die Mitglieder der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission, ob sie zum Auszählen bereit sind. Roland? – Ihr seid bereit, okay.

Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung über die Empfehlung zum Antrag S 007. Ich bitte alle diejenigen, die der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen wollen, um ihr Kartenzeichen und bitte darum, das jetzt auszuzählen. – Seid Ihr mit dem Zählen fertig? – Nein. Demokratie braucht ein bisschen Zeit, Kolleginnen und Kollegen, das ist manchmal so. – Seid Ihr nun fertig? – Das ist der Fall. Dann bitte ich jetzt um die Gegenprobe. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission nicht folgen will, den bitte ich nun um das Kartenzeichen. – Ich frage die Kolleginnen und Kollegen der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission,

ob sie mit dem Zählen durch ist. – Roland sagt ja. Dann wüsste ich gerne das Ergebnis. Die Empfehlung ist dann angenommen, wenn sich 262 Delegierte dafür ausgesprochen haben.

Wir sollten auf zukünftigen Kongressen unsere Mandatsprüfungs- und Wahlkommission mit einem Taschenrechner ausstatten. (Beifall) – Kann uns jemand das Ergebnis mitteilen? – Wunderbar. Roland hat das Wort.

Roland Kern, Sprecher der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Kopfrechnen ist auch eine Tugend. (Heiterkeit – Beifall)

Dieter Scholz, Vorsitzender des Kongresses

Roland, ich nehme diese Kritik an. (Beifall)

Roland Kern, Sprecher der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission

Kolleginnen und Kollegen! Das Ergebnis lautet wie folgt. Mit Ja stimmten 175 (Beifall), mit Nein stimmten 179 der Delegierten. (Starker Beifall)

Dieter Scholz, Vorsitzender des Kongresses

Danke, Roland. – Damit hat dieser Antrag nicht die nötige Zweidrittelmehrheit erhalten; die Satzung bleibt, wie sie ist. (Starker Beifall – lebhafte Zustimmung)

Ich rufe den Antrag S 008 auf und bitte die Antragsberatungskommission um ihr Votum.

Berthold Huber, Sprecher der Antragsberatungskommission

Beantragt, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird im S 008 die Durchführung von Frauen- und Jugendkonferenzen auf allen Ebenen des DGB. Damit verbunden sein sollen entsprechende Antragsrechte der Konferenzen und Ausschüsse im Hinblick auf die nächsthöhere Ebene.

Ich wiederhole mich: Nach Ansicht der Antragsberatungskommission widerspricht der Antrag der grundlegenden Konstruktion des DGB als Dachverband seiner acht Mitgliedsgewerkschaften. Eine mitgliedernahe Politikstruktur des DGB muss sich auf die Mitgliedsgewerkschaften beziehen. Diesem Prinzip wird der Antrag nicht gerecht. Deshalb empfiehlt die Antragsberatungskommission Ablehnung des Antrags.

Dieter Scholz, Vorsitzender des Kongresses

Danke, Berthold. – Das Wort zum Satzungsantrag 008 hat jetzt die Kollegin Kornelia Dubbel, ver.di, Delegiertennummer 324.

Ich habe keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Antrag. Wer also noch dazu sprechen will: Jetzt ist die Möglichkeit, die Stimme zu erheben.

Kornelia Dubbel

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wenn man die Worte von Dietmar Hexel von eben ernst nimmt und sagt, wir haben nicht die Absicht, demokratische Strukturen im Keim zu ersticken, zu ändern oder niedrigzuhalten, dann, muss ich sagen, muss dieser Antrag unbedingt angenommen werden. (Beifall) Der Antrag, nicht die Empfehlung!

Wenn man Jugend- und Frauenpolitik ernst nimmt, muss es möglich sein, in der Satzung zu verankern, dass es Konferenzen zu geben hat und dass diese Konferenzen vor allen Dingen auch antragsberechtigt sein müssen. (Beifall) Ich komme aus NRW. Dort wird nicht theoretisch diskutiert, sondern wir haben den konkreten Fall, dass Konferenzen Anträge beschlossen hatten und danach darüber in den Vorständen noch einmal entschieden werden musste, ob diese Anträge weitergegeben werden. Das darf nicht sein! Das widerspricht jeglicher demokratischer Auffassung. (Beifall) Wenn wir uns als DGB den Vorwurf nicht machen lassen wollen, dass es im DGB möglich ist, dass ein Gremium mehrheitlich Anträge beschließt und danach ein Vorstand, der in der Hauptsache hauptamtlich besetzt ist, noch einmal darübergucken muss, müssen wir diesen Antrag annehmen und dürfen nicht der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen. Darum bitte ich Euch. – Ich danke für Eure Aufmerksamkeit. (Beifall)

Dieter Scholz, Vorsitzender des Kongresses

Danke. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es liegen uns keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit schließe ich die Rednerliste an dieser Stelle, und wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen jetzt über die Empfehlung ab. Das heißt, bei Ablehnung reicht die einfache Mehrheit.

Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission Folge leisten will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke. Die Gegenprobe! – Das Erste war aus unserer Sicht eindeutig die Mehrheit. Wird daran Zweifel erhoben? (Zurufe) Gut, dann lassen wir auszählen. Roland, bitte. – Sind alle in Position? – Dann bitte ich die, die der Empfehlung der Antragsberatungskommission zustimmen, um das Kartenzeichen – sprich: Ablehnung dieses Antrages. – So, seid Ihr mit dem Zählen durch? – Dann bitte ich um die Gegenprobe. – Ihr müsst noch einen Moment die Arme oben lassen bitte. – Ist die Mandatsprüfungs- und Wahlkommission durch? – Okay, herzlichen Dank. Dann werden die Kollegen jetzt das Abstimmungsergebnis zusammentragen. – Wir warten zwar das Ergebnis ab, aber Ihr solltet trotzdem im Saal bleiben. – So, die Mandatsprüfungs- und Wahlkommission hat ein Ergebnis. Wir werden hören. Roland, du hast das Wort. Bitte.

Roland Kern, Sprecher der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission

Danke. – Die Auszählung hat nachfolgendes Stimmabgabergebnis: Mit Ja stimmten 199 Kolleginnen und Kollegen, mit Nein 134 Kolleginnen und Kollegen.

Dieter Scholz, Vorsitzender des Kongresses

Danke, Roland. Damit ist der Empfehlung der Antragsberatungskommission Folge geleistet. Der Antrag ist abgelehnt.

Ich rufe auf Antrag S 009.

Berthold Huber, Sprecher der Antragsberatungskommission

Der Antrag S 009 fordert, dass Bezirks- und Regionsdelegiertenkonferenzen die Berechtigung erhalten, Anträge an die jeweils höhere DGB-Ebene zu stellen. In dem vorliegenden Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird nicht ausgeführt, wie die Satzungsänderung formuliert sein soll. So kann über den Antrag nicht abgestimmt werden. Die Antragsberatungskommission empfiehlt Nichtbefassung.

Dieter Scholz, Vorsitzender des Kongresses

Danke, Berthold. – Ihr habt die Empfehlung gehört, über die wir jetzt auch unmit-

telbar abstimmen müssen. Die Antragsberatungskommission empfiehlt Nichtbefassung. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission auf Nichtbefassung Folge leisten will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke. Gegenprobe! – Hier besteht kein Zweifel, Kolleginnen und Kollegen. Der Empfehlung der Antragsberatungskommission ist mit großer Mehrheit gefolgt worden. – Danke.

Ich rufe auf Antrag S 010. – Berthold, Du hast das Wort.

Berthold Huber, Sprecher der Antragsberatungskommission

Es geht um Antrag S 010 des Bundesvorstands. In dem Antrag wird gefordert, Paragraph 11 Ziffer 12 der Satzung neu zu fassen. In den DGB-Bezirken soll es wie bisher Landesvorsitzende und Landesvorstände geben. Das Wahlprozedere, die Aufgaben und die Zusammensetzung des Vorstandes sollen in einer Richtlinie und nicht mehr wie bisher in der Satzung geregelt werden. Die Vertretung des Bundes bei den Bundesländern wird nach außen hin durch diesen Antrag vereinheitlicht. Künftig gibt es je eine oder einen Landesvorsitzenden und einen Landesvorstand. Durch die Richtlinie können die unterschiedlichen Gegebenheiten in den Ländern differenzierter wahrgenommen werden.

Die Antragsberatungskommission bittet um Annahme des Antrags.

Dieter Scholz, Vorsitzender des Kongresses

Danke, Berthold. – Zu diesem Antrag liegen uns keine Wortmeldungen vor. Wenn sich jetzt niemand mehr meldet, werde ich in die Abstimmung eintreten. – Es gibt keine Wortmeldungen. Dann frage ich den Kongress: Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe! – Bei wenigen Gegenstimmen so beschlossen.

Ich rufe auf Antrag S 011. - Berthold, Du hast das Wort.

Berthold Huber, Sprecher der Antragsberatungskommission

Diese geplante Satzungsänderung besagt nicht mehr und nicht weniger, als dass die Richtlinie zur Geschäftsführung der DGB-Bezirksvorstände explizit in der Satzung erwähnt wird. Diese Richtlinie existiert bereits, sie soll aber überarbeitet werden. Mit der Erwähnung in der Satzung soll ihr ein größeres Gewicht beigemessen werden. Die Richtlinie für die Wahrnehmung der gemeinsamen Aufgaben und für die Geschäftsführung innerhalb des Bundes wird vom Bundesvorstand beschlossen. Damit wird die Geschäftsführung der Bezirke nach einheitlichen Kriterien geregelt. Eine Überarbeitung der Richtlinie soll im Rahmen einer einheitlichen und bezirksübergreifenden Aufgabenstellung erfolgen.

Die Antragsberatungskommission empfiehlt Annahme dieses Antrags des Bundesvorstands.

Dieter Scholz, Vorsitzender des Kongresses

Danke, Berthold. – Zu diesem Antrag liegen uns ebenfalls keine Wortmeldungen vor. Wird dazu das Wort noch gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann treten wir in die Abstimmung ein. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Bei wenigen Gegenstimmen so beschlossen.

Berthold, Du hast das Wort zum Antrag S 012.

Berthold Huber, Sprecher der Antragsberatungskommission

Antragsteller für S 012 ist der Bundesvorstand. Paragraph 12 Ziffer 1 der Satzung

soll dahin gehend geändert werden, dass der Bundesvorstand nach gemeinsamer Beratung und im Benehmen – ich betone: im Benehmen – mit den Bezirksvorsitzenden Regionen einrichtet. In Paragraph 12 Ziffer 11 sollen die Regierungsvorstände nach Beratung mit dem Bezirksvorstand ehrenamtliche Kreis- und Ortsverbände einrichten können. In der derzeit gültigen Fassung der Satzung ist formuliert: „Einvernehmen und auf Vorschlag der Bezirksvorstände“. Mit der Änderung des Paragraphen 12 Ziffer 1 würde der DGB-Bundesvorstand eine höhere Steuerungskompetenz erhalten.

Die Antragsberatungskommission unterstützt dieses Ansinnen und empfiehlt deshalb Zustimmung.

Dieter Scholz, Vorsitzender des Kongresses

Danke, Berthold. – Zu diesem Antrag liegen uns ebenfalls keine Wortmeldungen vor. Wird dazu das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Dann treten wir in die Abstimmung ein. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission zum Antrag S 012 zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke. Die Gegenprobe! – Das Erste war eine klare Zweidrittelmehrheit. Ich danke Euch. Damit ist der Empfehlung der Antragsberatungskommission Folge geleistet.

Ich rufe auf Antrag S 013. – Berthold, Du hast das Wort.

Berthold Huber, Sprecher der Antragsberatungskommission

Im Antrag S 013 wird gefordert, Paragraph 9 Ziffer 5 der Satzung zu ändern. Dies soll bundeseinheitliche Anforderungsprofile für Wahlmandate ermöglichen. Mit diesem Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen, würden Mindestanforderungen im Qualifikationsprofil für das hauptamtliche Führungspersonal sichergestellt werden. Vor dem Hintergrund der vielfältigen und anspruchsvollen Aufgaben ist dieses Antragsbegehren eigentlich überfällig. Der DGB tut gut daran, bei aller Individualität ein hohes, ein höchstes Qualitätsniveau seiner Führungspersonen anzustreben. Die Antragsberatungskommission empfiehlt deshalb Annahme des Antrags mit den ausgedruckten Änderungen.

Dieter Scholz, Vorsitzender des Kongresses

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben auch zu diesem Antrag keine Wortmeldungen. Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Antrag S 013 steht in der geänderten Fassung zur Abstimmung. Wer dem Vorschlag der Antragsberatungskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Das ist eine breite Mehrheit. Danke. Ich bitte um die Gegenprobe. – Auch hier ist bei wenigen Gegenstimmen der Empfehlung der Antragsberatungskommission gefolgt worden.

Ich rufe auf Antrag S 014. – Berthold, Du hast wieder das Wort.

Berthold Huber, Sprecher der Antragsberatungskommission

In Antrag S 014 wird gefordert, die Paragraphen 8 und 9 der Satzung zu ändern. Gestrichen werden soll beim Bundesausschuss der Absatz k), nach dem im Bundesausschuss die Gehalts- und Anstellungsbedingungen bestätigt werden sollen. Dieser Passus wird wortgleich in Paragraph 9, der die Aufgaben des Bundesvorstands regelt, unter dem Absatz m) ergänzt. Die Anstellungsbedingungen der Angestellten des DGB sollen im Bundesvorstand und nicht mehr im Bundesausschuss bestätigt werden. Dies ist sinnvoll und nach Ansicht der Antragsberatungskommission auch unproblematisch. Dieses gehört zum operativen Geschäft des Bundesvorstands. Das sind ureigenste Aufgaben des Bundesvorstands.

Die Ergänzung des Paragraphen 9 Ziffer 5 um den Buchstaben m) ist in diesem Sinne lediglich ein Schritt der Ausweitung des operativen Aufgabenfelds des Bundesvorstands. Deshalb empfiehlt die Antragsberatungskommission Annahme.

Dieter Scholz, Vorsitzender des Kongresses

Danke Berthold. Ihr habt die Empfehlung gehört. Auch hierfür liegen uns keine Wortmeldungen vor. Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Wir treten in die Abstimmung ein. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission Folge leisten will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Bei einigen Gegenstimmen angenommen. Danke.

Berthold, Du hast das Wort zum S 015.

Berthold Huber, Sprecher der Antragsberatungskommission

Der Antrag S 015 sieht eine Reihe von Satzungsänderungen vor, die die Erweiterung des Prüfungsauftrags der bezirklichen Revisionskommissionen auf die DGB-Regionen und die folgerichtige Abschaffung der Revisionskommissionen der Regionen zum Inhalt haben. Vor diesem Hintergrund soll auch die Erweiterung der bezirklichen Revisionskommissionen um Stellvertreter möglich sein. Die Revisionskommission auf Bundesebene soll weiter die Möglichkeit erhalten, externe Prüfaufträge zu vergeben.

Gerade bei der zunehmenden Komplexität des Finanzgeschäftes ist es notwendig, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Revisionskommission auf Bundesebene die Möglichkeit zu geben, Prüfaufträge extern zu vergeben. Dies soll die Änderung des Paragraphen 12 Ziffer 2 der Satzung ermöglichen.

In den Bezirken können zukünftig Stellvertreterinnen und Stellvertreter in die Revisionskommissionen gewählt werden. Auch dies ist eine sinnvolle Ergänzung des Paragraphen 11 Ziffer 6 vor dem Hintergrund zunehmender Anforderungen an die Mitglieder der Revisionskommission.

Die Änderung der Paragraphen 10, 11 und 12 zu den Revisionskommissionen sind auch im Zuge der Konzentration der Kassen bei den Bezirken notwendig geworden. Dabei wird das Revisionsverfahren in den Regionen geändert. Die Änderung von Paragraf 12 Ziffer 5 und Paragraf 12 Ziffer 10 hat eine Abschaffung der Revisionskommissionen auf Regionesebene zur Folge.

Die Antragsberatungskommission bittet um Annahme des Antrags in geänderter Fassung.

Dieter Scholz, Vorsitzender des Kongresses

Danke, Berthold. Zu diesem Antrag liegen uns bisher ebenfalls keine Wortmeldungen vor. Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann stellen wir den Antrag S 015 in der geänderten Fassung der Antragsberatungskommission zur Abstimmung. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe! – Bei wenigen Gegenstimmen so beschlossen.

Berthold, Du hast das Wort zum S 016.

Berthold Huber, Sprecher der Antragsberatungskommission

Das betrifft jetzt den Komplex S 016 und E 3, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das müsste bei Euch auf den Tischen liegen.

Hier geht es um die Abgrenzung der Organisationsbereiche, Änderungen der Organisationskataloge. Der vorliegende Antrag will das bisherige Verfahren zur Ergänzung, Präzisierung oder Änderung der Organisationszuständigkeiten der Ge-

werkschaften beschleunigen. In Zukunft soll der Bundesvorstand einstimmig Änderungen im Organisationsbereich einer Gewerkschaft beschließen dürfen. Wird kein einstimmiges Votum im Bundesvorstand erreicht, bleibt es wie bisher bei einem Beschluss durch den Bundesausschuss.

Der vorliegende Antrag hat zwei Zielsetzungen. Die erste Zielsetzung ist bereits aus dem Antrag ersichtlich. Die Änderung, dass zukünftig der Bundesvorstand statt wie bisher der Bundesausschuss einstimmig über Änderungen der Organisationsbereiche beschließen kann, dient der beschleunigten Beschlussfassung von Änderungen in den verschiedenen Organisationsbereichen der DGB-Mitgliedsgewerkschaften. Damit kommt der DGB-Bundesvorstand einem seit langem von den Mitgliedsgewerkschaften gewünschten Anliegen nach, möglichst zeitnah Beschlüsse über Organisationsbereiche vornehmen zu können, ohne erst eine Entscheidung des Bundesausschusses abwarten zu müssen, der nur einmal jährlich tagt.

Die Zielsetzung des Abänderungsantrags, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist, eine höhere Verbindlichkeit zwischen den Mitgliedsgewerkschaften herzustellen, was die Organisationsbereiche angeht. Diese Verbindlichkeit soll dadurch erreicht werden, dass es, solange die Zustimmung des Bundesvorstands beziehungsweise des Bundesausschusses nicht vorliegt, bei der Zuständigkeit derjenigen Gewerkschaft bleibt, die vor der beabsichtigten Satzungsänderung zuständig war.

Unter dem Strich kann man sagen, dass der geänderte Antrag eine Beschleunigung des Verfahrens einerseits und eine höhere Verbindlichkeit zwischen den Gewerkschaften andererseits bringt.

Die Antragsberatungskommission empfiehlt dem Bundeskongress deshalb Annahme von S 016 in der durch den Abänderungsantrag E 3 veränderten Fassung.

Dieter Scholz, Vorsitzender des Kongresses

Danke, Berthold. Ihr habt die Empfehlung der Antragsberatungskommission gehört. Mir liegen hier ebenfalls keine Wortmeldungen vor. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich diese Empfehlung der Antragsberatungskommission zur Abstimmung. Wer ihr folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke. Die Gegenprobe! – Bei wenigen Gegenstimmen so beschlossen. Danke schön.

Berthold, Du hast das Wort zum S 017.

Berthold Huber, Sprecher der Antragsberatungskommission

Es geht in diesem Antrag um eine redaktionelle Satzungsänderung. Es geht allein um die Änderung, dass es zukünftig Schiedsgerichtsverfahren statt Schiedsverfahren heißen soll. Das muss man nicht weiter begründen.

Die Antragsberatungskommission empfiehlt Annahme.

Dieter Scholz, Vorsitzender des Kongresses

Danke, Berthold. Es liegen dazu keine Wortmeldungen vor. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission Folge leisten will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe! – So beschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Damit sind wir durch das schwierige Feld der Beratung der Satzungsanträge durch. Ich bedanke mich erst einmal sehr bei der Antragsberatungskommission für ihre Arbeit, die ja die Grundlage war, dass wir hier gut durchgekommen sind. (Beifall)

Ich bedanke mich bei der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission, dass sie alle Zweifel ausgeräumt hat mit ihrer Arbeit. Danke, das hat uns sehr geholfen. (Beifall)

Die haben auch mal einen Applaus verdient. Sie haben ja auch gestern schon ein schweres Stück Arbeit leisten müssen.

Letztendlich bedanke ich mich bei Euch für Eure konstruktive Arbeit auf diesem Kongress. Wir unterbrechen jetzt für 15 Minuten. Danke schön.

(Unterbrechung des Kongresses: 10.18 Uhr)

(Fortsetzung des Kongresses: 10.41 Uhr)

Sinischa Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte Euch, Platz zu nehmen. Wir fahren mit unserem Kongress fort.

Sehr geehrte Frau Künast, seien Sie herzlich willkommen auf unserem 18. Ordentlichen DGB-Bundeskongress. (Beifall) Wir freuen uns, dass Sie für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu uns sprechen. Frau Roth und Herr Bütikofer waren dieser Tage auch schon unsere Gäste. Es ist gut, dass der Kontakt zu der Partei so gut funktioniert. Wir sind gespannt auf Ihre Grußworte. Sie haben das Wort.

Renate Künast, Vorsitzende der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen

(mit Beifall begrüßt)

Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst einmal ganz herzlichen Glückwunsch an Sie, Herr Sommer, und an den gesamten neu gewählten Vorstand. Es hat zumindest in den Medien ein bisschen den Eindruck gemacht, dass es nicht ganz einfach war, zu einem neuen Vorstand zu kommen. Aber seien Sie versichert, so etwas wendet sich erstens eines Tages, und zweitens haben wir alle so etwas schon mal erlebt. (Heiterkeit – Beifall) Deshalb wissen wir auch, wie sich das anfühlt, zumindest einige Stunden lang.

Ich will mich für die Einladung bedanken, dafür, dass wir auch in grünen Oppositionszeiten, die im Übrigen nicht ewig dauern müssen, für ein Grußwort eingeladen werden. Wir haben, meine ich, auch wenn wir in der Opposition sind, jede Menge aktuelle und Zukunftsthemen miteinander zu diskutieren, und ich denke sogar, wir haben gemeinsame Anliegen und gemeinsame Ziele.

Die Kernfrage, die uns alle im Augenblick beschäftigen muss, heißt doch: Wie funktioniert eigentlich der Arbeitsmarkt und wie funktioniert der Sozialstaat unter den Bedingungen der Globalisierung? Was bindet uns eigentlich? Was ist für uns orientierendes Kriterium? Wie organisieren wir eigentlich unter den Bedingungen des globalen Marktes das Gemeinwohl in diesem Staat?

Man kann das, wenn ich ins Detail gehe, festmachen an der Frage der Einführung eines Mindestlohnes, an der Debatte über den Kündigungsschutz und an der Frage der Umfinanzierung des Sozialstaates. Das Motto Ihres Gewerkschaftstages ist „die Würde des Menschen ist unser Maßstab“. Lassen Sie mich an der Stelle aus dem grünen Grundsatzprogramm zitieren, das auch über diesen Maßstab redet. Bei uns heißt es: „Die Unantastbarkeit der menschlichen Würde ist unser Ausgangspunkt. Sie ist der Kern unserer Vision von Selbstbestimmung und Parteinahme für die Schwächsten.“ Also beides: Selbstbestimmung und Parteinahme für die Schwächsten. Wir meinen: Damit ein Leben in Menschenwürde möglich ist - so fängt ja unser aller Grundgesetz an -, brauchen wir einen Sozialstaat, der auf Freiheit und Gerechtigkeit aufbaut. Den Begriff „Freiheit“ wollen wir und werden wir, auch als Grüne nicht, nicht denjenigen überlassen, die unter Freiheit immer nur

Marktfreiheit oder Freiheit des Ellbogens verstehen. Das werden wir nicht zulassen. (Beifall) Wir sagen: Freiheit und Gerechtigkeit gehören zusammen, weil es auch darum geht, bei der Freiheit jedem die Chance zu geben, sich in dieser Gesellschaft selbstbestimmt zu entwickeln, frei zu entwickeln.

Schauen wir uns die Kinder in dieser Republik an, die Kinder aus den sozioökonomisch schwachen Familien, die Kinder mit Migrationshintergrund. In keinem Industriestaat der Welt haben es Kinder so schwer wie in Deutschland, aufs Gymnasium zu kommen, obwohl sie es drauf hätten. (Beifall) In keinem Staat gibt es noch so viele institutionelle Hürden, mit denen Kinder eingeschränkt werden, sich zu entwickeln. Freiheit ist deshalb für uns auch eine Art Chance zur Selbstbestimmung und die Möglichkeit, sich selbst zu entwickeln, und zwar unabhängig von sozialer Herkunft. Wir brauchen einen Staat, der Chancengerechtigkeit organisiert. (Beifall)

Für uns, meine Damen und Herren, sind Freiheit und Gerechtigkeit eben keine Gegensätze, sondern sie bedingen einander. Freiheit *und* Gerechtigkeit - das muss immer unser Kompass sein, wenn wir über den Sozialstaat der Zukunft reden. Wir müssen in einer globalisierten Welt wettbewerbsfähig sein, ja.

Aber was heißt das? Das darf meines Erachtens nicht als Erstes heißen, dass man immer nur den Arbeitnehmern abfordert, den Gürtel enger zu schnallen, sondern dass sich endlich Politik und Wirtschaft auch an ihre Hausaufgaben machen. (Beifall) Das heißt, dass sie sich mal mit der Frage beschäftigen, was denn eigentlich die Rohstoffe der Zukunft sind. Wir leben in einer Europäischen Union, in der es mal um Kohle und Stahl und Agrarproduktionen ging. Heute sind die Kernrohstoffe der Zukunft Bildung und die Antwort auf die Energiefrage. Darum müssen sich Politik und Wirtschaft kümmern. (Beifall)

Deshalb brauchen wir Steuereinnahmen, um mehr, besser und gezielter in frühkindliche Bildung zu investieren. Ich sage ganz klar: Das BAföG allein reicht definitiv nicht. (Beifall) Wir müssen in den Schulen Strukturen schaffen, die wirklich für alle Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten bieten. Wir müssen über eine viel breitere Studienfinanzierung nachdenken. Und wir müssen über eines auf diesem global market place nachdenken, nämlich dass wirklich lebenslanges Lernen für jede Arbeitnehmerin und jeden Arbeitnehmer ermöglicht wird. (Beifall)

Wir brauchen einen nationalen Energieplan. Das ist die Aufgabe der näheren Zukunft. Es geht darum, dass wir wirklich auf Effizienzsteigerung und auf Einsparung von Energie setzen. Warum? Was hat das mit Ihnen zu tun, und warum habe ich als Grüne die Bitte an den DGB, sich damit intensiv zu beschäftigen? Ich will es sagen: Im produzierenden Gewerbe machen Materialkosten und Energiekosten fast 60 Prozent der gesamten Kosten aus. Die Personalkosten machen gerade mal ein Fünftel aus. Wer heute also über Zukunft redet, über internationale Wettbewerbsfähigkeit, muss als allererstes darüber reden: Wie kriegen wir eine zukunftsfähige Energieversorgung hin? Wie machen wir Energie preiswerter? Wie sparen wir Energie ein, um damit Arbeitsplätze zu schaffen beziehungsweise zu sichern? Dies ist die Aufgabe und Verantwortung der Wirtschaft! (Beifall)

Ich sage das so, weil wir immer über fördern und fordern reden. An dieser Stelle fördert der Staat Umbau und Innovation. An der Stelle ist aber auch die Wirtschaft gefordert, sich auf den Hosenboden zu setzen und dafür Sorge zu tragen, dass sie nicht nur den globalen Wanderzirkus mitmacht und sich von Land zu Land, von Subvention zu Subvention bewegt, sondern dass sie an dieser Stelle tatsächlich ihre Hausaufgaben macht. Wir brauchen nicht immer mehr Gipfel, sondern wir brauchen eine Wirtschaft, die wirklich an den Hammelbeinen gepackt wird und auch sagt, sie sei bereit, in Energieeffizienz und -einsparung zu investieren, statt sich immer mehr Privilegien zu holen. (Beifall)

Ich bin fest davon überzeugt: Angesichts weiter steigender Energiepreise, angesichts der – sage ich mal – auch prekären Situation in den Ländern, in denen zum Beispiel Erdöl gefördert wird – all diese Ressourcen sind nicht unendlich -, wird das eines der Kernthemen sein, wenn wir über Arbeitsmarkt reden, über die Frage, wie viel Druck auf den Personalkosten liegt, und über die Frage, ob in diesem Land noch neue Arbeitsplätze entstehen.

Und ich bitte Sie hier alle auch an der Stelle, das Wort Mitbestimmung im Betrieb breit zu begreifen und mitzureden, sich gerade da stärker zu engagieren.

Beim Thema Zukunftsfragen muss ich ehrlich sagen: Es hätte den deutschen Automobilherstellern ja gut angestanden, wenn sie zum Beispiel den Hybridantrieb nicht einem ausländischen Unternehmen als Werbemaßnahme überlassen hätten. Also: Viel stärker und früher einsteigen und nicht immer sagen, Klimaschutz oder Umweltpolitik sei ein bürokratisches Hemmnis. Nein, der Druck ist international so groß, dass hier die Chance für neue Arbeit entsteht, die Chance, die Arbeit nicht zu teuer zu haben. Meine Bitte ist: Mischen Sie sich an der Stelle ein und lassen Sie sich auch selbst nicht immer in die Situation bringen und konfrontieren bei der Debatte über Tarifverhandlungen, Lohnsenkungen und potentielle Entlassung! Lassen Sie sich nicht davon abhalten, über die Ziele der Unternehmen zu reden: was produzieren sie, wie produzieren sie. Die Verbraucherinnen und Verbraucher wollen es wissen und wollen auch dementsprechend einkaufen. (Beifall)

Ich habe aber als Grüne auch noch eine andere Bitte, als Grüne und als eine, die daran interessiert ist, dass sich Wirtschaft weiter entwickelt. Das betrifft das Thema Gleichstellung. Ich glaube, hier können und müssen Gewerkschaften auch Unternehmern auf die Beine helfen. Das ist kein Luxusthema, sondern es geht hier um einen knallharten Standortvorteil der Wirtschaft in Deutschland. Man hat ja manchmal geradezu das Gefühl, Wirtschaft in Deutschland sei von gestern. Wenn Sie sich das mal ansehen: Überall international sitzt da der Vorstand mit einem großen Anteil von Frauen. Überall international macht man sich Gedanken darum, Beruf und Kinder zu vereinbaren – aber noch viel zu wenig in Deutschland. (Beifall)

Wir alle wissen – gut, ich sehe, auch Männer klatschen –, dass gerade die Frauen bei dem Thema Kinderbetreuung eine organisatorische Meisterleistung vollbringen. Ich sage Ihnen: Meines Erachtens ist das Elterngeld gut, aber das Elterngeld ist definitiv noch lange nicht die Lösung der Probleme von Frauen in dieser Gesellschaft, denn vor dem Elterngeld braucht man erst einmal eine angemessene und gute Kinderbetreuung. (Starker Beifall) Dafür müssen wir Geld investieren.

Das trifft die Kommunen, das trifft die Debatte über das Ehegattensplitting: Lieber hier senken und das Geld direkt in die Kinder investieren. Es trifft aber auch die Frage – sehen wir uns andere Länder an –, wie in Deutschland Unternehmen sich sozial organisieren. Eigentlich muss man doch sagen: Überall da, wo ein Elternteil – ich sage nicht: eine Mutter – einen Erwerbsarbeitsplatz in einem Unternehmen hat, muss das Unternehmen daran interessiert sein, dass es dazu auch einen Kinderplatz gibt. (Beifall)

Wir reden nicht über irgendeinen Luxus, sondern wir reden über Vielfalt in Unternehmen – bis hin zur Vielfalt in den Vorständen. Jedes große, international agierende Unternehmen weiß doch, dass es die Vielfalt von Frauen und Männern braucht, im Übrigen auch verschiedene Migrantinnen und Migranten, weil man nur so die Bedürfnisse der potentiellen Kunden am Besten wahrnehmen kann.

Und wir brauchen, meine Damen und Herren, einen Schub bei den ganz großen Unternehmen, bei den Börsen-, bei den DAX-Unternehmen. Es ist nachgerade peinlich, dass wir bei 30 DAX-Unternehmen eine Frau und einen Migranten haben. International kommen wir so nicht weiter. Gemischte Teams sind innovativer. Das gilt im wahrsten Sinne des Wortes auch für die Vorstandsetagen, und das gilt auch

dafür, dass der Sozialstaat sich dem anpassen muss, zum Beispiel bei der Frage: Wie werden in dieser Republik Kinder gefördert? (Beifall)

Meine Damen und Herren! Ich komme noch auf ein aktuelles Thema, das gerade jetzt die Große Koalition beschäftigt: Alle reden über Weiterentwicklung, und schon sind wir beim Thema Steuern. Ich glaube, das, was uns da im Moment als Debatte geboten wird, ist so ziemlich das größte systematische Steuerchaos, das wir in den letzten Jahrzehnten der Republik erlebt haben. (Leichter Beifall) Es ist, wenn man sich die steuerpolitischen Maßnahmen dieser Koalition ansieht, die größte Steuererhöhung in der Geschichte der Bundesrepublik, und sie trifft mal wieder die Kleinen. Und das ist falsch. (Beifall)

Diese Steuererhöhungen gehen zulasten der Konjunktur. Sie sind ungerecht, weil sie den Normalverdiener besonders belasten. Sie bevorteilen die großen Unternehmen, die sich ja jetzt schon freuen wie Bolle auf die Unternehmenssteuerreform, auf Steuergeschenke, die da in Milliardenhöhe angekündigt werden.

Was mich auch stört, ist, dass die Reichensteuer im Ergebnis eine Art Placebo-Reichensteuer ist, wo nur noch symbolisch zur Kasse gebeten wird. Wir sagen aber: Freiheit muss auch mit Gerechtigkeit einhergehen. Wir wollen einen zukunftsfesten Sozialstaat, und er muss stärker über Steuern finanziert werden. Dann muss natürlich die Bemessungsgrundlage auch entsprechend sein, damit wirklich alle ihren Teil der Verantwortung für das Gemeinwesen übernehmen.

Ich sage Ihnen ganz klar: Was ich den doppelten Betrug an einem Teil dieser Steueränderung finde, nämlich der Mehrwertsteuer, ist die Tatsache, dass die drei Prozent am Ende praktisch nur und zu hundert Prozent in das Stopfen von Haushaltslöchern gesteckt werden. Sie werden nicht mal investiert in den Bereich Lohnnebenkosten. Faktisch passiert eines: Auf der einen Seite gibt es die Absenkung der Arbeitslosenversicherung, aber auf der anderen Seite wird dies durch die Steigerung in der Kranken- und Rentenversicherung komplett wieder aufgeessen; die Große Koalition steigt bei der Arbeitslosenversicherung in die Steuerfinanzierung ein, und bei der Krankenversicherung steigt sie wieder aus. Das ist am Ende ein Nullsummenspiel, und der behauptete Effekt dieser Mehrwertsteuererhöhung wird nicht eingelöst. (Beifall)

Was mich an der Stelle irritiert, ist, dass manche glauben, das ist so ein bisschen ähnlich wie bei der Ökosteuer. Ich sage Ihnen eines ganz klar: Die Ökosteuer hat eine Preiserhöhung von sechs Cent pro Liter Benzin gebracht, und sie hat immerhin eine Steuerungswirkung in der Frage der Energieeffizienz, als ein Zukunftsthema, bei dem wir Kosten senken müssen wollen. Bei der Mehrwertsteuererhöhung kommt doch nichts anderes heraus als eine Verteuerung und das Stopfen von Haushaltslöchern. Mit der Mehrwertsteuererhöhung wurde versprochen, einen Schritt zu gehen in Richtung zukunftsfester Sozialstaat. In Wahrheit aber wird diese Mehrwertsteuererhöhung nur in die schwarzen Löcher des Bundeshaushalts gesteckt, und das finde ich nicht akzeptabel. (Beifall)

Wir haben uns als Grüne – das will ich Ihnen noch erzählen – Gedanken gemacht auch über das Thema Arbeitsmarkt, Arbeitsplätze, und zwar gerade bei den Geringverdienern, bei den niedrig Qualifizierten. Wir meinen, dass bei den niedrigen Gehaltsgruppen nicht das Kombilohnmodell die richtige Antwort ist, weil dieses am Ende nur Mitnahmeeffekte organisiert.

Wir haben da ein Progressivmodell vorgeschlagen, das wir gern auch mit den Gewerkschaften weiter diskutieren wollen. Wir wollen die Sozialversicherungsbeiträge bei kleinen Einkommen senken und über Steuer finanzieren. Und ich meine, unser Progressivmodell hat mehrere positive Effekte. Durch die Verringerung kann der Arbeitgeber mehr Arbeitsplätze und neue Dienstleistungen anbieten, also neue Beschäftigung entstehen lassen. Und gerade im Dienstleistungsbereich gibt es ja

noch diese Potentiale. Der andere positive Effekt: Die Niedrigverdiener bekommen tatsächlich mehr Lohn. Es ist für Arbeitnehmer also einfacher, den Einstieg in Beschäftigung zu finden.

Ich sage Ihnen: Das umgekehrte Modell der Koalition, nämlich nur mit Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung bestehende Arbeitsplätze wettbewerbsfähig zu machen, reicht mir nicht aus. Wir brauchen einen Schub und müssen ihn organisieren, um neue Potentiale zu entwickeln. Wir brauchen Zugang zum Arbeitsmarkt.

Wir als Grüne haben die Debatte über Mindestlöhne geführt. Wir wissen, dass in diesem Land drei Millionen Menschen in einer der führenden Industrienationen unterhalb der Armutsschwelle leben, obwohl sie erwerbstätig sind. Die müssen mit einem Nettoeinkommen von weniger als 940 Euro im Monat auskommen. Da, wo die Tarifbindung nicht mehr greift und Lohndumping an der Tagesordnung ist, ist meines Erachtens der Staat gefragt. Hier gilt es eben auch, Sozialstaat zukunftsfest zu machen und zu organisieren. Deshalb sagen wir Grüne: Wir brauchen einen Mindestlohn; dieser ist unverzichtbar. (Beifall)

Wir meinen, diesen sollte man nicht ausrichten und festlegen an 7,50 Euro pro Stunde, sondern wir wollen die Höhe an den Gegebenheiten der Branche und der Region ausrichten. Mindestlöhne müssen jetzt schrittweise eingeführt werden; denn Jobs, die im Moment unterhalb des Mindestlohnes liegen, soll man auch nicht verschwinden oder in die Schwarzarbeit abwandern lassen. Wir würden an der Stelle gerne mit Ihnen diskutieren, wie wir all das organisieren können.

Meine Damen und Herren! Die sozialen Sicherungssysteme in Deutschland sind nach unserer Auffassung nicht überdimensioniert, sondern sie sind falsch organisiert und falsch finanziert. Die Umfinanzierung ist etwas, das wir jetzt anpacken müssen.

Wir Grünen sagen immer, Freiheit und Gerechtigkeit gehören zueinander. Wir sagen – ich will noch einmal darauf hinweisen –, die Unantastbarkeit der menschlichen Würde ist unser Ausgangspunkt, Kern unserer Vision von Selbstbestimmung. Deshalb lassen Sie uns ein Stück zusammenarbeiten bei dem Thema: Wie schaffen wir die Arbeitsplätze der Zukunft, und wie schaffen wir es, dass Steuergelder dafür ausgegeben werden, hier ein Stück vorzufinanzieren, ohne Mitnahmeeffekte zu organisieren? Lassen Sie uns auch über die Frage diskutieren: Wie schaffen wir es, dass jedes Kind in dieser Republik Chancen bekommt, sich gut zu entwickeln, dass Frauen und Männer erwerbstätig sein können und dass wir einen Sozialstaat entwickeln – auch in Zeiten der Globalisierung –, der Menschen in Notsituationen tatsächlich auffängt?

Ich wünsche Ihnen für Ihren Gewerkschaftstag, der mit etwas Furore angefangen hat, alles Gute, einen guten Fortgang der Gespräche und viel Kraft, danach weiterzukämpfen. - (Lebhafter Beifall)

Sinischa Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Sehr geehrte Frau Künast, ich danke Ihnen für Ihre Ausführungen. Sie haben viele Themen angesprochen, die auch uns auf den Nägeln brennen. Wir alle wissen, dass Gewerkschaften und Grüne nicht immer der gleichen Meinung sind. Wir haben uns aber beide zum Ziel gesetzt, unser Land sozial und ökologisch zu erneuern. Daran arbeiten wir gemeinsam, wir hier im DGB und Sie in der Fraktion im Bundestag. Wir versuchen, unabhängig von Wahlergebnissen konstruktiv im Gespräch zu bleiben. Das ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Wir wollen beide die Demokratie in diesem Land gegen die Feinde von Rechts verteidigen; das ist ein wichtiges Gut für uns. Engagement an dieser Stelle ist wichtiger denn je. Wir brau-

chen die Grünen; denn sie treten mit Entschlossenheit für Integration ein. Vielen Dank, für Ihren Besuch, vielen Dank, Frau Künast. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir fahren fort mit unserem Kongress, wir fahren fort mit der Antragsberatung.

Wir kommen jetzt bei den Sachgebieten zunächst zum Sachgebiet A – Organisationspolitik. Hier hat der Sprecher der Antragsberatungskommission, Dietmar Schäfers, das Wort. Er wird uns durch den Antragsblock B führen, und er wird auch kurz einige Ausführungen zu dem Antragsblock A machen.

Dietmar Schäfers, Sprecher der Antragsberatungskommission

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestattet mir zunächst eine Präzisierung: Ich werde durch den Antragsblock A führen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Sachgebiet A – Organisationspolitik – beinhaltet unterschiedliche Themenbereiche, über die die Antragsberatungskommission vorweg einen Überblick geben möchte, bevor wir in die Beratung der einzelnen Anträge eintreten werden.

Wir haben es in diesem Sachgebiet Organisationspolitik mit sehr unterschiedlichen Themenfeldern zu tun. Bei den vorliegenden 19 Anträgen ist der Antrag A 001 des Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Bundesvorstands, als organisationspolitischer Leitantrag zu verstehen. Er bildet eine Klammer, die die meisten der Anträge dieses Sachgebiets erfassen. Von daher haben wir uns in der Antragsberatungskommission bei der Reihenfolge für die Beratung der Anträge nach der Struktur des Antrags A 001 gerichtet.

Neben dem Leitantrag mit seinem umfassenden Themenspektrum können die weiteren Anträge sieben Themenblöcken zugeordnet werden. Ich möchte Euch eine inhaltliche Übersicht für die Beratung der Einzelanträge geben:

Die Anträge A 002 und A 003 befassen sich mit der Problematik der Organisationsabgrenzung der Mitgliedergewerkschaften im DGB, also mit der Frage, welche Gewerkschaft für welchen Organisationsbereich und für welchen Betrieb zuständig ist. Im Leitantrag ist das unter dem Abschnitt 1 – Branchenprinzip im wirtschaftlichen Wandel stabilisieren – in den Grundzügen beschrieben. Die beiden Anträge A 002 und A 003 wollen dazu Ergänzungen.

Einen zweiten Themenblock bilden die Anträge A 004 bis A 006 mit der Frauen- und Gleichstellungspolitik. Hier werden die gewerkschaftliche Frauenarbeit in den DGB-Regionen, die Notwendigkeit eines Frauenförderprogramms und die Umsetzung des Gender Mainstreaming im DGB behandelt.

Die Anträge A 007 bis A 011 befassen sich mit der Jugendarbeit und den dabei auftretenden unterschiedlichen Teilaspekten. Sie behandeln auch grundsätzliche Überlegungen, mit welchen Politikfeldern sich der DGB als Dachverband in der Jugendarbeit befassen sollte.

Nach der Jugend kommen wir in der Reihenfolge der Anträge zu den Senioren. Die Anträge A 012 bis A 015 zielen auf eine Stärkung der Seniorenarbeit hin. Dieses Ziel wird auch im Leitantrag des Bundesvorstands im Abschnitt 4 – Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter nach der Erwerbsarbeit – verfolgt, der einen Ausbau der bisherigen Ansätze in der Seniorenarbeit als notwendig erachtet. Wir haben ja bereits bei den Satzungsanträgen die Arbeit der Senioren und ihre organisatorische Struktur behandelt. Die in diesem Themenblock befindlichen Anträge greifen dies erneut auf.

In einem Antrag wird die Gewerkschaftsarbeit mit einer weiteren Mitgliedergruppe angesprochen, nämlich mit Erwerbslosen. Ohne auf den Antrag A 016 schon im Einzelnen eingehen zu wollen, werden auch hier nicht inhaltliche und politische,

sondern strukturelle innerorganisatorische Maßnahmen gefordert.

Mit dem Antrag des Bundes-Jugendausschusses A 017 wird die europäische Dimension der Organisationspolitik tangiert, die auch in dem Leitantrag des Bundesvorstands angesprochen wird.

In den Anträgen A 018 und A 019 geht es um Details in der Organisation des DGB-Rechtsschutzes.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach dieser Übersicht steigen wir nun in die Beratung der einzelnen Anträge ein.

Sinischa Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Vielen Dank, Dietmar. Dann rufe ich den Antrag A 001 und den Antrag A 008 auf und bitte den Sprecher der Antragsberatungskommission, die Empfehlung vorzutragen.

Dietmar Schäfers, Sprecher der Antragsberatungskommission

In dem Antrag A 001 – Organisationspolitik und Weiterentwicklung des DGB – des DGB-Bundesvorstands geht es darum: Um zukunftsfähig zu bleiben, den Herausforderungen einer globalisierten Wirtschaft gewachsen zu sein und den Mitglieder-rückgang zu stoppen, benötigen wir als Gewerkschaften strategische, attraktive Alternativkonzepte für den wirtschaftlichen Strukturwandel. Wir müssen uns den Herausforderungen einer globalisierten Wirtschaft stellen und gewerkschaftliche Alternativkonzepte entwickeln.

Der aufgerufene Antrag zeigt wichtige Schritte auf, wie der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Gewerkschaften organisationspolitisch auf die aktuellen Herausforderungen in Gesellschaft und Arbeitswelt antworten können. Der DGB als Dachverband braucht aber auch im gewerkschaftlichen Innenverhältnis ein schärferes Leistungsprofil, eine größere Effizienz und eine bessere Zusammenarbeit mit und unter den Einzelgewerkschaften.

Um dies zu erreichen, werden in diesem Antrag Eckpunkte von Veränderungsnotwendigkeiten und von möglichen Maßnahmen beschrieben. Dieser organisationspolitische Leitantrag steckt einen Orientierungsrahmen für die Weiterentwicklung des DGB ab. Er hat das Ziel, den DGB als Dachverband und Bund der Gewerkschaften zukunftsfähig zu machen. In diesem Sinn beschreibt der organisationspolitische Leitantrag insbesondere ab Punkt 5 die Eckpunkte von Veränderungsansätzen, die im Rahmen der Initiative „Trendwende“ im Teilprojekt „Weiterentwicklung der DGB-Organisationsstrukturen“ erprobt werden.

Wir empfehlen die Annahme des Antrags in der ausgedruckten geänderten Fassung.

Sinischa Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Mir liegen keine Wortmeldungen vor. Gibt es trotzdem Diskussionsbedarf? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für die Empfehlung der ABK ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Somit ist der Empfehlung der Antragsberatungskommission gefolgt worden und der Antrag angenommen.

Wir kommen zu dem Antrag A 002. Ich bitte den Sprecher um seinen Vortrag.

Dietmar Schäfers, Sprecher der Antragsberatungskommission

In dem Antrag A 002 geht es im Wesentlichen um die Rolle des DGB, indem er stärker einbezogen werden soll bei Konflikten in der Schlichtungsrolle.

Die Antragsberatungskommission empfiehlt Annahme des Antrags.

Sinitscha Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Zu diesem Antrag liegen mir keine Wortmeldungen vor. Gibt es trotzdem Diskussionsbedarf? – Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Empfehlung der ABK ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Somit ist der Antrag angenommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe den Antrag A 003 auf. Ich bitte den Sprecher der Antragsberatungskommission, die Empfehlung vorzutragen.

Dietmar Schäfers, Sprecher der Antragsberatungskommission

Im Antrag A 002 wird darauf verwiesen, dass der DGB die Konfliktklärungsinstrumente entwickelt sowie Fristen und Sanktionsmöglichkeiten festlegen soll.

Im vorliegenden Antrag wird die Bildung einer Kommission vorgeschlagen, die diese Arbeit leisten kann. Der Antrag stellt somit eine sinnvolle Ergänzung zum Antrag A 002, den wir vorhin angenommen haben, dar.

Aus diesem Grund empfehlen wir die Annahme des Antrags A 003 als Material zum Antrag A 002.

Sinitscha Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir liegt hierzu eine Wortmeldung vor. Hugo Müller, GdP, Delegiertennummer 236, Du hast das Wort.

Hugo Müller

Kolleginnen und Kollegen! Ich bin in der Gewerkschaft der Polizei im Bundesvorstand verantwortlich für Mitgliederwerbung und Mitgliederentwicklung und habe dort ab und an die Aufgabe, bei Organisationsabgrenzungsstreitigkeiten im DGB über die Frage mitzustreiten, was gut und richtig ist. Es gab in den letzten Wochen und Monaten einige Fälle, in denen wir unter der Verantwortung von Dietmar Hexel zusammensaßen und, wie ich fand, in einem sehr fairen Austausch über Argumente gestritten haben. Immer wieder wurde deutlich, dass es Fälle gibt, in denen das althergebrachte Branchenprinzip unter dem Gesichtspunkt „Ein Betrieb, eine Gewerkschaft“ nur bedingt hilft, Probleme zu lösen.

Wir haben in der GdP eine durchaus zufrieden stellende Mitgliederentwicklung. Es gibt aber Fälle, in denen wir Kolleginnen und Kollegen, die zu uns kommen und um Aufnahme in unsere Gewerkschaft bitten, sagen müssen, „Nein, das geht nicht, weil wir nicht die zuständige Gewerkschaft sind“, das potentielle Mitglied angesichts unserer Empfehlung aber sagt: In die Alternativgewerkschaft will ich nicht, weil ich dort meine Interessen nicht abgedeckt sehe.

Das ist der Hintergrund für unseren Antrag. Ich glaube, das ist auch für viele verständlich und nachvollziehbar, wobei die Frage, ob die Annahme als Material zu einem anderen Antrag dem Anliegen genügen kann, durchaus positiv zu sehen ist. Wir akzeptieren das gerne. Allerdings will ich deutlich darauf hinweisen, dass für uns die Empfehlung der ABK insofern nicht nachvollziehbar ist, als eine Empfehlung, das als Material zu Antrag 002 anzunehmen, ausgesprochen wird.

Der Antrag 002 beschreibt den Konfliktfall. Das Kind liegt also schon im Brunnen, und es geht um die Frage, was man tun kann, um es herauszuholen.

Unsere Ideen im Antrag 003 gehen in eine andere Richtung, nämlich dafür zu sorgen, dass es diesen Konfliktfall eben überhaupt nicht gibt. Insofern ist aus unserer Sicht die Annahme als Material zum Antrag 001 die viel sinnvollere Variante.

Ich bitte die ABK, diesbezüglich noch einmal zu überdenken, ob nicht eine entsprechend geänderte Empfehlung, die letztendlich den Inhalt nicht verändert, sinnvoll ist. – Danke schön. (Beifall)

Sinischa Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Vielen Dank, Hugo Müller. – Uns liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich bitte trotzdem noch einmal den Sprecher der Antragsberatungskommission, die Empfehlung zu wiederholen.

Dietmar Schäfers, Sprecher der Antragsberatungskommission

Die Empfehlung lautet: Annahme als Material zum Antrag A 002 aus den von der Antragsberatungskommission vorhin genannten Gründen. Wir haben uns gerade noch einmal kurz beraten; wir bleiben bei der Empfehlung.

Sinischa Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Vielen Dank. – Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer für die Empfehlung der ABK ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Somit ist die Empfehlung der ABK angenommen. Vielen Dank.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich rufe den Antrag A 004 auf. Hierzu gibt es eine Wortmeldung: Birgit Pitsch, Gewerkschaft NGG, Teilnehmernummer 102, Du hast das Wort.

Dietmar Schäfers, Sprecher der Antragsberatungskommission

Wir möchten zuerst die Empfehlung geben.

Sinischa Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Sorry, genau. Ich war zu schnell.

Dietmar Schäfers, Sprecher der Antragsberatungskommission

Hierbei geht es um einen Antrag des Bundesfrauenausschusses. Das Hauptanliegen dieses Antrags ist es, mit einem konkreten Konzept die gewerkschaftliche Frauenarbeit in den DGB-Regionen zu stärken, insbesondere die jungen Frauen unter 35 stärker anzusprechen und in die gewerkschaftliche Arbeit einzubeziehen. Die Antragsberatungskommission stützt das Antragsbegehren des Bundesfrauenausschusses. Wir empfehlen, den ersten Satz anzunehmen, den wir dahin gehend geändert haben, dass von den DGB-Regionen und vom Bundesfrauenausschuss entsprechende Pilotprojekte geplant werden sollen.

In unserem organisationspolitischen Leitantrag bekennen wir uns zur aktiven Frauenarbeit und zur stärkeren Ansprache junger Frauen. Das passt zu diesem Antrag und ist kein Lippenbekenntnis. Wir haben die Chance auf diesem Kongress, uns für die nächsten Jahre aufzustellen.

Bei den Antragsberatungen waren wir uns einig, dass es wichtig ist, ein Gesamtkonzept zu erstellen: ein Konzept aus einem Guss – nicht viele kleine Baustellen, unübersichtlich nebeneinander.

Wir empfehlen für Absatz 1 Annahme in der ausgedruckten geänderten Fassung. Weiter empfehlen wir, den Antrag ab Zeile 16 – das ist der zweite Absatz – als Material zu unserem organisationspolitischen Leitantrag A 001 aufzunehmen. So untermauern wir den organisationspolitischen Leitantrag und fordern den DGB in Gänze verstärkt dazu auf, frauenpolitische Projekte zu starten.

Sinischa Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Vielen Dank, Dietmar. – Jetzt kommen wir aber zur Wortmeldung von Birgit Pitsch, NGG, Teilnehmernummer 102.

Birgit Pitsch

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich spreche hier für den DGB-Bundesfrauenausschuss. Auch wir begrüßen und unterstützen den beschlossenen Antrag A 001. Wir Frauen sehen uns im Zentrum der Trendwende, und im Geiste dieser Trendwende haben wir Euch den vorliegenden Antrag A 004, den wir intensiv diskutiert haben, eingereicht. Unser Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen, spiegelt einen Diskussionsprozess der letzten zwei Jahre wider. Diese Diskussion und auch die Ergebnisse wurden in der DGB-Bundesfrauenkonferenz weitergeführt und dort auch beschlossen. In Arbeitsgruppen haben wir Projektideen entwickelt, die wir auch gern umsetzen möchten. Wir haben leider allzu oft in der Vergangenheit die Erfahrung gemacht, dass gute Ideen allein nichts zählen. Allzu oft sind wohlwollenden Zusagen keine Taten und keine Umsetzung gefolgt. Darum, Kolleginnen und Kollegen, halten wir es nicht für ausreichend, wenn unser Antrag, vor allem in den Zeilen 16 und 17, nur als Material angenommen wird. Für uns ist es unerlässlich, dass das Konzept des Bundesfrauenausschusses nicht nur Material wird, sondern eine formale Integration in die Trendwende erhält. Darum bitte ich Euch, der Empfehlung der Antragsberatungskommission nicht zu folgen, ihr nicht zuzustimmen und anschließend unseren Antrag in der Urfassung anzunehmen. – Danke. (Leichter Beifall)

Sinischa Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Uns liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer für die Empfehlung der Antragsberatungskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Das zählen wir aus. Ich bitte die Mandatsprüfungs- und Wahlkommission, ihre Arbeit aufzunehmen. Ist die Zählkommission bereit? – Wer für die Empfehlung der ABK ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Wir warten auf die Auszählung. – Ich bitte um die Bekanntgabe des Ergebnisses.

Roland Kern, Sprecher der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es stimmten mit Ja 175 Kolleginnen und Kollegen, mit Nein 142 Kolleginnen und Kollegen. – Danke.

Sinischa Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Die Empfehlung der ABK ist angenommen.

Ich rufe Antrag A 005 auf und bitte den Sprecher der Antragsberatungskommission um die Stellungnahme.

Dietmar Schäfers, Sprecher der Antragsberatungskommission

Antrag A 005, DGB-Bezirksvorstand Baden-Württemberg. Die Antragsberatungskommission befürwortet die Annahme des Antrags in geänderter Fassung. Wir sind der Auffassung, dass die Nennung des DGB-Bundesvorstands, in dem ja alle Mitgliedsgewerkschaften vertreten sind, eine Präzisierung gegenüber der bisherigen Formulierung „der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften“ darstellt. Schon im Satzungsantrag S 001 – dort geht es auch um stärkere Präsenz von Frauen und

Jugendlichen bei Konferenzen – ist deutlich geworden, dass der DGB großen Wert auf eine stärkere und besser abgesicherte Präsenz von Frauen legt. Wir empfehlen die Annahme in geänderter Fassung. Auf Seite 15 des Antragsbuchs ist bei der Empfehlung „Annahme in geänderter Fassung“ der letzte Absatz gestrichen worden. Das hat die Antragsberatungskommission verändert. Ihr habt das jetzt nicht vorliegen. Ich will den Satz, der statt der Streichung neu aufgenommen werden soll, Euch kurz vorlesen. Statt der Streichung in der geänderten Fassung des letzten Absatzes heißt es dann neu: „Dabei sollten Zielvorgaben und Qualifizierungsmaßnahmen berücksichtigt werden.“ Mit dieser Änderung in der geänderten Fassung empfehlen wir die Annahme des Antrags A 005. (Zurufe: Kann das wiederholt werden?) – Der erste Absatz der geänderten Fassung bleibt wie ausgedruckt. Der letzte Absatz, der in den Euch vorliegenden Texten noch gestrichen ist, heißt dann neu: „Dabei sollten Zielvorgaben und Qualifizierungsmaßnahmen berücksichtigt werden.“ Mit diesen Änderungen empfehlen wir die Annahme des Antrags A 005.

Sinischa Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Zu diesem Antrag liegen uns keine Wortmeldungen vor. Gibt es trotzdem Diskussionsbedarf? – Ich sehe, das ist nicht der Fall. Kommen wir zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der ABK folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Somit ist der Antrag in der geänderten Fassung angenommen. Ich rufe Antrag A 006 auf und bitte den Sprecher der Antragsberatungskommission.

Dietmar Schäfers, Sprecher der Antragsberatungskommission

Antragsteller ist der DGB-Bezirksvorstand Hessen-Thüringen. Der Antrag des DGB-Bezirksvorstands Hessen-Thüringen befasst sich mit der Implementierung und Umsetzung des Gender Mainstreaming im DGB in allen politischen Feldern. Da die Modalitäten der Umsetzung noch geklärt und abgestimmt werden müssen, empfehlen wir die Annahme als Material an den Bundesvorstand.

Sinischa Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Zu diesem Antrag liegt keine Wortmeldung vor. Gibt es trotzdem Diskussionsbedarf? – Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Somit ist der Antrag als Material an den Bundesvorstand angenommen. Ich rufe auf Antrag A 007 und bitte den Sprecher der Antragsberatungskommission. Dietmar.

Dietmar Schäfers, Sprecher der Antragsberatungskommission

Antragsteller Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Der hohe Stellenwert der Studierendenarbeit für die Gewerkschaften und den DGB wird bereits im organisationspolitischen Leitantrag A 001 beschrieben. Der vorliegende Antrag kann mit seinen konkreten Vorschlägen einen Beitrag bei der Umsetzung des Leitantrags leisten. Die Antragsberatungskommission empfiehlt daher die Annahme als Material zum Leitantrag A 001.

Sinischa Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Vielen Dank. Hierzu liegen auch keine Wortmeldungen vor. Gibt es trotzdem Diskussionsbedarf? – Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der

Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Somit wird der Antrag als Material zum Leitantrag A 001 angehängt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich rufe auf Antrag A 009 mit dem dazugehörigen Änderungsantrag 4.

Dietmar Schäfers, Sprecher der Antragsberatungskommission

Zuerst A 008. Der Antrag des DGB-Bezirksvorstandes Nordrhein-Westfalen fordert die Sicherstellung der personellen und finanziellen Ressourcen für die gewerkschaftliche Jugendarbeit. Weiter fordert dieser Antrag die Besetzung der gewerkschaftlichen Gremien mit Jugendlichen entsprechend ihrem Mitgliederanteil. Wie bei den Anträgen A 004 und A 007 empfiehlt die Antragsberatungskommission, den Antrag A 008 als Material zu unserem organisationspolitischen Antrag weiterzuleiten.

Der letzte Satz des Absatzes 1, „Ebenfalls sollten Jugendliche mindestens entsprechend ihrem Mitgliederanteil bei Konferenzen beteiligt werden“, hat sich mit der Annahme des Satzungsantrages S 001, den wir vorhin angenommen haben, erledigt.

Also Annahme als Material zu Antrag A 001, dritter Satz erledigt durch Annahme von Antrag S 001.

Sinischa Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Mir liegen keine Wortmeldungen vor. Wir kommen nun zur Abstimmung des A 008. Wer für die Empfehlung der Antragsberatungskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Somit ist der Empfehlung der Antragsberatungskommission Folge geleistet.

Wir kommen nun zu Antrag A 009 mit dem dazugehörigen Änderungsantrag 4. Ich bitte den Sprecher der Antragsberatungskommission. Dietmar.

Dietmar Schäfers, Sprecher der Antragsberatungskommission

Die Antragsberatungskommission empfiehlt nunmehr Annahme von A 009 unter Einbeziehung der im Abänderungsantrag 4 ausgewiesenen Fassung.

Sinischa Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Uns liegen keine Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Damit ist der Antrag angenommen. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir kommen nun zu Antrag A 010. Ich bitte den Sprecher der Antragsberatungskommission. Dietmar, Du hast das Wort.

Dietmar Schäfers, Sprecher der Antragsberatungskommission

Antragsteller Bundes-Jugendausschuss. Dieser Antrag beschreibt, mit welchen Politikfeldern sich der DGB als Dachverband in der Jugendarbeit beschäftigen soll und wie die Aufgabenverteilung zwischen DGB und den Gewerkschaften in diesem Bereich zu gestalten ist. Der Antrag des DGB-Bundes-Jugendausschusses untermauert unseren organisationspolitischen Antrag A 001.

Die Antragsberatungskommission empfiehlt, diesen Antrag der jungen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter als Material zum organisationspolitischen Leitantrag A 001 anzunehmen.

Sinischa Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Auch hier liegen keine Wortmeldungen vor. Gibt es trotzdem Diskussionsbedarf? – Das ist nicht der Fall. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Somit wird der Antrag als Material zu Antrag A 001 angehängt.

Wir kommen nun zu Antrag A 011. Hier noch der Hinweis: Der Antragsteller ist nicht der Bundesvorstand, sondern der Bundes-Jugendausschuss. Ich bitte den Sprecher der Antragsberatungskommission. Dietmar, Du hast das Wort.

Dietmar Schäfers, Sprecher der Antragsberatungskommission

Im Antrag des DGB-Bundes-Jugendausschusses wird die langfristige Sicherung der Jugendbildungsstätten des Deutschen Gewerkschaftsbundes gefordert. Aufgeführt werden hier neben dem DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen unter anderem auch die Jugendbildungsstätten Flecken, Zechlin und Kandelblick sowie das DGB-Jugendcamp Markelfingen.

Die langfristige Sicherung der Jugendbildungsstätte in Hattingen hat der DGB-Bundesvorstand mit dem Beschluss zur Reorganisation der Jugendbildungsarbeit vom Juli 2004 eingeleitet.

Die Antragsberatungskommission begrüßt die Forderung nach kontinuierlicher Weiterentwicklung der Bildungsstätten, da nur mit einer Qualitätssteigerung die notwendige Auslastung auch gewährleistet werden kann. Für die anderen bezirklichen und regionalen Jugendbildungsstätten, also Flecken, Zechlin und Kandelblick kann solch eine verbindliche Zusage nicht getroffen werden, da sie in anderer Trägerschaft sind und der DGB-Bundesvorstand hier keine Entscheidungskompetenz hat.

Eine Sicherung der Jugendbildungsstätten über das Jahr 2007 hinaus ist allerdings seitens des DGB-Bundesvorstandes beabsichtigt. Aus diesem Grund empfiehlt die Antragsberatungskommission die Annahme der Absätze 1 und 2 in geänderter Fassung wie ausgedruckt. Ihr habt in Euren Beratungsunterlagen da einen fehlerhaften Abdruck.

Hier geht es darum, dass die Antragsberatungskommission auch den Absatz 2 in geänderter Fassung wie ausgedruckt zur Annahme empfiehlt. Den Absatz 3 empfiehlt die Antragsberatungskommission zur Annahme als Material an den Bundesvorstand, wobei in Zeile 17 das Wort „DGB“ am Ende der Zeile zu streichen ist. Die Jugendbildungsstätten Flecken, Zechlin und Kandelblick gehören eben nicht dem DGB.

Noch einmal: Absätze 1 und 2 Annahme in geänderter Fassung wie ausgedruckt, und Absatz 3 Annahme als Material an den Bundesvorstand mit der Einschränkung, dass das Wort „DGB“ dort gestrichen wird, weil diese Bildungsstätte nicht dem DGB gehört.

Sinischa Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Okay, vielen Dank. Auch zu diesem Antrag liegen keine Wortmeldungen vor. Gibt es Diskussionsbedarf? - Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen möchte, bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Somit ist der Antrag angenommen.

Wir kommen nun zu dem Antrag A 012. Ich bitte den Sprecher der Antragsberatungskommission. Dietmar.

Dietmar Schäfers, Sprecher der Antragsberatungskommission

Mit diesem Antrag des DGB-Bezirksvorstands Baden-Württemberg soll die politische Interessenvertretung der Seniorinnen und Senioren gestärkt werden. Der Antrag fordert die Erstellung eines entsprechenden Konzeptes durch den DGB. Die Antragsberatungskommission empfiehlt Annahme des Antrags.

Sinitscha Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Hierzu liegen uns keine Wortmeldungen vor. Gibt es dennoch Diskussionsbedarf? - Aber ganz schnell! Okay, eine Wortmeldung kommt noch eingeflogen. Bitte nenne Deinen Namen und Deine Delegiertennummer, wenn Du ans Pult gehst.

Horst Steiner

Mein Name ist Horst Steiner, Delegiertennummer 317. Ich komme von der Gewerkschaft ver.di.

Kolleginnen und Kollegen! Dieser Antrag ist zur Annahme durch den Kongress empfohlen. Trotzdem muss ich noch einmal auf die für die Senioren etwas schmerzliche Niederlage gestern in der Abstimmung über einen satzungsändernden Antrag in Bezug auf die Seniorinnen und Senioren hinweisen. Das ist Schnee von gestern. Jetzt liegt dieser Antrag vor. Darin heißt es unter anderem: „Ein eigenständiger, in der Satzung des DGB verankerter Status ist dafür nicht erforderlich.“ Okay, das muss man einfach so hinnehmen. Aber ich möchte trotzdem, wenn dieser Antrag zur Abstimmung steht, auf eines hinweisen, und das geht jetzt ganz bewusst an den neu gewählten Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes. In der Antragsbegründung heißt es: „Die DGB-Satzung muss dazu nicht geändert werden, sondern mit Leben erfüllt werden. Schon jetzt ist es möglich, in die DGB-Gremien weitere VertreterInnen zu wählen. In einer Richtlinie könnte hier für die Bereiche, in denen eine aktive Seniorinnen- und Seniorenarbeit stattfindet, die Einbindung in die DGB-Vorstände empfohlen werden.“

Lieber Michael, Du bist der neu gewählte Vorsitzende. Wir kennen uns seit Jahrzehnten. Bitte, Michael, übernimm das, was in der Begründung steht. Dann haben wir zumindest einen Teilerfolg für die Seniorinnen und Senioren auf diesem Kongress, den wir dann auch zu Hause unseren Seniorinnen und Senioren vorweisen und damit zeigen können, dass wir nicht das fünfte Rad innerhalb der Gewerkschaftsbewegung sind. (Beifall)

Sinitscha Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Vielen Dank, Horst. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen möchte, bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Keine; sehr schön. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich rufe auf den Antrag A 013 und bitte den Sprecher der Antragsberatungskommission.

Dietmar Schäfers, Sprecher der Antragsberatungskommission

Antragsteller ist ver.di. In dem Antrag von ver.di werden Seniorenausschüsse und Seniorenkonferenzen auf allen DGB-Ebenen gefordert. Die Anträge A 001 und A 012, die wir angenommen haben, behandeln denselben inhaltlichen Bereich. Ich erinnere noch einmal daran, dass der Antrag A 012 will, dass ein Konzept erarbeitet wird. Der Antrag A 013, über den wir jetzt beraten, passt daher als Material zu

diesen Anträgen. Wir empfehlen daher die Annahme als Material zu den Anträgen A 001 und A 012.

Sinischa Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Mir liegen keine Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Empfehlung der Antragsberatungskommission ist, bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Mit einer Gegenstimme wird der Antrag als Material den Anträgen A 001 und A 012 angehängt.

Ich rufe auf den Antrag A 014.

Dietmar Schäfers, Sprecher der Antragsberatungskommission

Der Antrag A 014 der Industriegewerkschaft Metall hebt die Bedeutung der gewerkschaftlichen Seniorenpolitik hervor. In seinem umsetzungsorientierten Teil fordert er die Schaffung der Voraussetzungen für eine koordinierte Seniorenpolitik sowie die Einrichtung von Koordinierungsgruppen in den DGB-Regionen. Der vorliegende Antrag ist ein guter Beitrag für die weitere Arbeit im Sinne unseres organisationspolitischen Leitanspruches und des Antrages A 012, die denselben inhaltlichen Bereich behandeln. Wir empfehlen daher die Annahme als Material zu den Anträgen A 001 und A 012.

Sinischa Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Uns liegen keine Wortmeldungen zu diesem Antrag vor. Gibt es trotzdem Diskussionsbedarf? - Das ist nicht der Fall.

Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen möchte, bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Einstimmig! Somit wird der Antrag als Material den Anträgen A 001 und A 012 angehängt.

Ich rufe auf den Antrag A 015. Dietmar, Du hast das Wort.

Dietmar Schäfers, Sprecher der Antragsberatungskommission

Antragsteller ist der DGB-Bezirksvorstand Nord. Der vorliegende Antrag fordert den DGB-Bundesvorstand auf, ähnlich wie die Anträge A 013 und A 014, den DGB-Regionen die Einrichtung von Koordinierungsgruppen für Seniorenpolitik zu empfehlen. Er formuliert außerdem die Zielstellung für die Seniorenpolitik des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Im organisationspolitischen Leitanspruch wird das seniorenpolitische Aufgabenfeld des DGB umfassend skizziert. Der vorliegende Antrag ist eine gute Ergänzung dieses Leitanspruches. Daher empfehlen wir die Annahme als Material zum Antrag A 001.

Sinischa Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Uns liegen keine Wortmeldungen vor. Gibt es dennoch Diskussionsbedarf? - Das ist nicht der Fall.

Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer für die Empfehlung der Antragsberatungskommission ist, bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Einstimmig! Der Antrag wird als Material dem Antrag A 001 angehängt.

Ich rufe auf den Antrag A 016. Dietmar, Du hast das Wort.

Dietmar Schäfers, Sprecher der Antragsberatungskommission

Der Antrag von ver.di fordert die Einrichtung von Erwerbslosenausschüssen und

-konferenzen auf allen DGB-Organisationsebenen. Der Antragsteller verkennt, dass auch bisher schon alle Organisationsebenen die Möglichkeit haben, je nach den Gegebenheiten und Arbeitsprioritäten vor Ort Erwerbslosenausschüsse einzurichten beziehungsweise Erwerbslosenkongressen abzuhalten. Es widerspricht dem dezentralen Ansatz, dies für alle zentral und verbindlich vorzuschreiben. Die Antragsberatungskommission empfiehlt aus diesem Grunde Ablehnung.

Sinischa Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Uns liegen keine Wortmeldungen vor. Gibt es dennoch Diskussionsbedarf? – Das ist nicht der Fall.

Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Die Mehrheit war für die Ablehnung dieses Antrags.

Kommen wir nun zu dem Antrag A 017. Ich bitte den Sprecher der Antragsberatungskommission. Dietmar.

Dietmar Schäfers, Sprecher der Antragsberatungskommission

Antragsteller ist der Bundesjugendausschuss. Der Antrag A 017 fordert vom DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften, auch Mitglieder anderer EGB-Gewerkschaften zu vertreten. Außerdem soll der DGB über den EGB auch andere Gewerkschaften dazu auffordern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! In dieser Frage gibt es bereits eine ganze Reihe bilateraler Abkommen. Viele Einzelgewerkschaften haben europäische beziehungsweise internationale Abkommen mit Schwestergewerkschaften getroffen, Gewerkschaftsmitglieder in den jeweiligen Ländern zu betreuen beziehungsweise zu unterstützen. Auch der Europäische Gewerkschaftsbund hat sich für solche Abkommen eingesetzt, zuletzt auf den EGB-Kongressen 1999 und auch 2003.

Die Vertretung von Mitgliedern kann nur durch Einzelgewerkschaften, nicht durch den DGB erfolgen. Der DGB-Bundeskongress kann daher lediglich eine Empfehlung an seine Mitgliedsgewerkschaften aussprechen. Darum empfiehlt die Antragsberatungskommission Annahme in der ausgedruckten geänderten Fassung.

Sinischa Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Mir liegen keine Wortmeldungen vor. Gibt es trotzdem Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir nun zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Einstimmig. Somit ist der Antrag in geänderter Fassung angenommen.

Kommen wir nun zu dem Antrag A 018. – Dietmar, Du hast das Wort.

Dietmar Schäfers, Sprecher der Antragsberatungskommission

Der vorliegende Antrag der Gewerkschaft der Polizei möchte, dass der DGB das Innovationsprojekt Rechtsschutz fortsetzt und hierzu die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung stellt. Das Innovationsprogramm Rechtsschutz des DGB wurde aus Mitteln des Solidaritätsfonds bezahlt. Über diese Mittel beschließen im Konsens die Mitgliedsgewerkschaften des DGB außerhalb der normalen Haushaltsplanung. Der Antragsgegenstand liegt also nicht im Zuständigkeitsbereich dieses Kongresses. Aus diesem Grund empfehlen wir zu diesem Antrag Nichtbefassung.

Sinischa Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Uns liegen keine Wortmeldungen vor. Gibt es trotzdem Diskussionsbedarf? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für die Empfehlung der Antragsberatungskommission ist, also für Nichtbefassung, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Bei einzelnen Gegenstimmen ist an dieser Stelle Nichtbefassung beschlossen.

Ich rufe den letzten Antrag, den Antrag A 019 auf. – Dietmar, Du hast das Wort.

Dietmar Schäfers, Sprecher der Antragsberatungskommission

Der Antrag A 018 der Gewerkschaft der Polizei fordert die Wiedereinsetzung der rechtspolitischen Umlage und die Zahlung von jährlich circa 250.000 Euro an die Gewerkschaft der Polizei. Zur Frage der rechtspolitischen Umlage gibt es jedoch zwischen den Gewerkschaften noch erheblichen Beratungsbedarf. Die Gewerkschaften nutzen die Rechtsschutz GmbH in unterschiedlicher Intensität. Eine Finanzierung nach Aufwand würde aber die Finanzkraft einiger Gewerkschaften überfordern.

Die Antragsberatungskommission empfiehlt die Annahme als Material an den Bundesvorstand, der sich mit der schwierigen Situation und Lösungswegen auseinandersetzen hat.

Sinischa Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Mir liegen keine Wortmeldungen vor. – Gibt es dennoch Diskussionsbedarf? – Das ist nicht der Fall.

Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Bei einigen Gegenstimmen ist die Empfehlung „Material an den Bundesvorstand“ angenommen.

Wir sind jetzt mit diesem Themenblock durch. – Vielen Dank, Dietmar, an Dich. (Beifall)

Kommen wir nun zu dem Sachgebiet B, Gewerkschaftliche Leitorientierung. Sprecherin der Antragsberatungskommission ist Marianne Demmer. Sie wird hier noch mal eine kurze Einführung zu diesem Themenblock geben.

Marianne Demmer, Sprecherin der Antragsberatungskommission

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Sachgebiet B, Gewerkschaftliche Leitorientierung. Ich beginne ebenfalls mit einem allgemeinen Überblick.

Sachgebiet B beginnt auf Seite 37 Eurer Beratungsunterlagen. Diesem Sachgebiet haben wir alle Anträge zugeordnet, die sich auf Grundsätze und Leitorientierungen der Gewerkschaftsarbeit beziehen. Die Spannweite dieser Arbeit findet ihren Ausdruck im Leitantrag B 001, „Die Würde des Menschen ist unser Maßstab“. Hier wird das Motto unseres Kongresses aufgegriffen und inhaltlich unterfüttert. Weitere acht Anträge und drei Initiativanträge unterstreichen oder präzisieren die Kernanliegen des Leitantrags. Abänderungsanträge zu den vorliegenden Anträgen sind bei uns nicht eingegangen.

Ein kurzer Überblick zu den Inhalten des Leitantrags: Hier wird eine vorausschauende und soziale Politik verlangt. Stichpunkte sind soziale Gerechtigkeit, Zukunft des Sozialstaats und der sozialen Sicherungssysteme. Der Antrag fordert eine neue Finanzarchitektur des Sozialstaats. Zentraler Aspekt ist die Würde des Menschen in Bezug auf Arbeit beziehungsweise auf Arbeitslosigkeit. Der Mensch darf nicht auf einen Kostenfaktor reduziert werden. Der Antrag betont die Forderung

nach Chancengleichheit für Männer und Frauen, nach gesellschaftlicher Integration und gleichen Chancen für Menschen mit Migrationshintergrund, nach Bildung und Ausbildung als Voraussetzung für berufliche, gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt, das Leben in einem demokratischen und sozialen Europa ohne Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sind Grundvoraussetzungen für ein Leben in Würde.

Der Leitantrag B 001 fordert schließlich dazu auf, den sozialen Grundkonsens in unserer Gesellschaft zu erneuern. Er bringt damit zum Ausdruck, dass es um mehr geht als um ein Kongressmotto. Um die Ernsthaftigkeit des Anliegens zu unterstreichen, wird der DGB beauftragt, zur inhaltlichen Gestaltung eines erneuerten sozialen Grundkonsenses und als Beitrag zu einer öffentlichen Debatte Tagungen und Kongresse zur Zukunft des Sozialstaates durchzuführen.

Die weiteren Anträge sind teilweise tagespolitisch höchst aktuell. Es handelt sich um Anträge und Initiativanträge zur Förderung der Integration von Migranten und Migrantinnen oder zum Rechtsextremismus, ein Thema, das uns in den letzten Tagen beschäftigt hat.

Die weiteren Anträge präzisieren und konkretisieren den Leitantrag B 001. Die drei Initiativanträge reagieren auf aktuelle Erfahrungen, und sie bereiten uns auf anstehende Debatten vor.

Sinitscha Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Vielen Dank, Marianne. – Wir unterbrechen an dieser Stelle unsere Antragsberatung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf herzlich in unserer Mitte unsere Bundeskanzlerin Frau Dr. Merkel begrüßen. (Starker Beifall)

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Merkel, seien Sie willkommen! Sie kommen gerade von einer Auslandsreise zurück, bei der die Wirtschaftsbeziehungen zu China auf der Agenda standen. Ich fand es sehr gut, dass Sie die schwierige Thematik der Produktpiraterie beziehungsweise des Patentschutzes angesprochen haben. Forschung und Entwicklung und die daraus resultierenden Innovationen beziehungsweise Produkte sind ein elementarer Wirtschaftsfaktor und Standortvorteil unseres Landes. Diesen Standortvorteil gilt es zu schützen und zu verteidigen.

Jetzt hat Sie die innerpolitische Realität wieder. Der 18. Ordentliche DGB-Bundeskongress ist gespannt, auf welche Konzepte Sie reagieren, über die wir an diesen Tagen hier diskutieren; das sind die Themen Mindestlohn, Rentenpolitik, Steuererhöhung, Arbeitslosigkeit. Wir sind gespannt auf Ihre Ausführungen. – Frau Bundeskanzlerin Merkel, Sie haben das Wort. (Beifall)

Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland

Sehr geehrter Herr Sommer, sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Delegierte, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Sommer, zuerst möchte ich Ihnen zu Ihrer Wiederwahl als Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes ganz herzlich gratulieren. Ich freue mich auf unsere weitere Zusammenarbeit. Mein Glückwunsch gilt natürlich auch den weiteren Mitgliedern des DGB-Bundesvorstands. Ich glaube, wir sind uns einig: Sie alle tragen eine große Verantwortung für unser Land. In diesem Sinne hoffe ich auf eine gute Zusammenarbeit mit Ihnen allen. (Beifall)

Ich glaube, Sie selbst haben die Aufgabe, die vor uns steht, und die Verantwortung, die das in der Tat bedeutet, ganz eindringlich – Sie hätten es eindringlicher fast nicht tun können – mit dem Motto Ihres Bundeskongresses „die Würde des

menschen ist unser maßstab“ benannt. Sie hätten es kaum anspruchsvoller formulieren können; denn Sie nehmen mit Ihrem Motto Bezug auf Artikel 1 unseres Grundgesetzes.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Das ist der großartige Beginn unseres Grundgesetzes. Dass die Menschenwürde am Anfang des Grundgesetzes steht, hat viele Gründe. Dieser Beginn des Grundgesetzes ist eine Absage an jedwede totalitäre Gesellschaftsform. Ich selber habe 35 Jahre lang am eigenen Leibe erfahren, was es bedeutet, wenn die Würde des Menschen nicht ausreichend im Mittelpunkt steht. (Unruhe) – Ich glaube, darüber, dass wir heute eine andere Situation haben, sind wir uns doch noch einig. (Beifall)

Dieser Beginn des Grundgesetzes ist eine klare Absage an Gesellschaftsformen, in denen die Gemeinschaft alles und der Einzelne wenig oder gar nichts zählt. Das ist genau der Unterschied zwischen der grundgesetzlichen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland und der Ordnung der früheren DDR. Gemeint ist in diesem Artikel 1 des Grundgesetzes wirklich jeder Einzelne, jeder einzelne Mensch, und zwar unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Religion, Nationalität, Herkunft oder anderen Unterscheidungsmerkmalen.

Ich sage deshalb aus gegebenem Anlass klipp und klar: Wer in unserem Land andere Menschen angreift, sie bedrängt oder gar töten will, weil sie zum Beispiel aus einem anderen Land kommen oder weil sie eine andere Hautfarbe haben, muss mit der ganzen Härte der Gesetze unseres Staates rechnen. (Lebhafter Beifall) Null Toleranz gegen extremistische Gewalt, das ist gelebte Menschenwürde im Sinne unseres Grundgesetzes.

Meine Damen und Herren! Die Menschenwürde als Maßstab bedeutet ein Weiteres. Sie bedeutet auch: zuerst der Mensch und dann der Staat. Niemand darf den Menschen zum bloßen Objekt seines Handelns machen. Und jeder, der an diesem Grundsatz rütteln will, wird den entschiedenen Widerstand der Bundesregierung zu spüren bekommen; denn dieser Grundsatz ist nicht irgendein Satz, sondern er ist zwingender Bestandteil dessen, was unser Land, die Bundesrepublik Deutschland, stark gemacht hat: Er ist zwingender Bestandteil der Sozialen Marktwirtschaft, der Sozialen Marktwirtschaft als wirtschaftlicher Ordnung, aber auch als gesellschaftlicher Ordnung. Die Soziale Marktwirtschaft schafft den Ausgleich von Arbeit und Kapital, sie nimmt den Einzelnen als Subjekt und nicht als Objekt wahr. Die Soziale Marktwirtschaft erkennt Leistung an, sie ermöglicht Solidarität zwischen den Generationen, zwischen den Starken und den Schwachen.

Nun werden viele von Ihnen sagen: Schön und gut, alles richtig. Aber haben diese Worte noch etwas mit unserer heutigen Realität zu tun? (Beifall) Diese Frage muss gestellt werden; sie ist immer gestellt worden, und sie muss auch heute gestellt werden. Meine ehrliche wie sicherlich auch ernüchternde Antwort lautet: Nur noch in Teilen hat das etwas mit unserer Realität zu tun. Dazu reicht der Blick auf die Realität, dazu reicht jede Bestandsaufnahme. Fast fünf Millionen Arbeitslose in unserem Land, eine nicht immer gesicherte Zukunft unserer sozialen Sicherungssysteme, zu viele junge Menschen, die keinen Ausbildungsplatz haben, insgesamt rasante Veränderungen unserer Rahmenbedingungen durch die Globalisierung – das ist der Befund.

Ich sagte das in China; das ist hier gesagt worden: Andere Länder holen auf, sie alle spüren in ihrer Arbeitswelt, dass die Welt kleiner geworden ist. Es konkurrieren mehr Menschen als früher um die besseren Ideen. Der Wohlstand, den wir uns erarbeitet haben, ist nicht einfach mehr eine Selbstverständlichkeit. Das ist deshalb umso beunruhigender, als ich zutiefst davon überzeugt bin: Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft ist ohne jede vernünftige

Alternative. (Beifall) Aber der Mensch – und da ist den Menschen auch gar kein Vorwurf zu machen – ist eben so geartet, dass die Soziale Marktwirtschaft jeden Einzelnen nur dann überzeugen wird, wenn sie sich für die Menschen in ihrem ganz persönlichen Leben als nützlich erweist: bei Sicherheit im Alter, bei Sicherheit vor Krankheit, bei Gebrechen, bei Behinderung und vor allem natürlich bei der Suche nach einem Arbeitsplatz.

Eine nicht unbeträchtliche Zahl von Menschen erlebt die reale Umsetzung der Sozialen Marktwirtschaft so, wie sie heute ist, in der Praxis ganz anders. Die Menschen erleben auf der einen Seite solche, die Erfolg haben und denen alles an Veränderungen nicht schnell genug gehen kann, und sie erleben auf der anderen Seite diejenigen, die Angst und Sorge haben, einfach auf der Strecke zu bleiben. Die Menschen erleben Spaltungstendenzen zwischen Ost und West, zwischen Menschen ohne Arbeit und Menschen mit Arbeit, zwischen Älteren und Jungen.

Ich sage ganz eindeutig: Damit dürfen wir uns nicht abfinden. (Beifall) Und wenn ich sage, damit dürfen wir uns nicht abfinden, dann sage ich auch ganz bewusst als Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland und als Vorsitzende der Christlich Demokratischen Union Deutschlands: Ich will starke Gewerkschaften. Ich will einen starken DGB. (Anhaltender starker Beifall)

Aber: (Zurufe) Für den DGB gilt wie für jeden Verein, für jede Gruppe, für jede Partei, für jede Vereinigung (Widerspruch), dass wir uns immer wieder fragen müssen – das ist es, was uns gemeinsam umtreiben muss –, ob die Antworten, die wir in der Vergangenheit im Übrigen sehr erfolgreich gegeben haben, heute noch gültig sind oder ob wir sie überprüfen müssen.

Meine Antwort in einer Welt, die sich verändert, heißt ganz eindeutig: Wir brauchen Veränderungen; wir müssen die Dinge auf den Prüfstand stellen. Ich sage Ihnen voraus: Wenn wir uns vor dieser kritischen Überprüfung drücken, werden wir vielleicht noch kurzfristig Erfolg haben, aber langfristig nach meiner festen Überzeugung nicht. Wer sich nicht den richtigen Fragen stellt, wird zum Schluss selbst infrage gestellt. (Zurufe) Das ist das, was wir miteinander besprechen müssen. Wir dürfen uns nicht in die Taschen lügen, sondern wir müssen nach Wegen der Veränderung suchen.

Dabei ist – darin stimme ich Ihnen völlig zu – die Würde des Menschen als Maßstab unseres Handelns zu sehen. Das ist der Maßstab unseres Handelns. Das war er in der Geschichte der Bundesrepublik, und das ist er auch für die Zukunft. Das bedeutet für mich eben kein Festhalten am Status quo, kein bloßes Klammern an das, was war, sondern das bedeutet, dass wir die Kraft zur Weiterentwicklung haben, und zwar mit einem festen Grundsatz. Über den muss in jeder Facette gesprochen werden. Wir müssen erhalten, was sich bewährt hat, und wir müssen verändern, was uns heute belastet.

Während ich das sage, weiß ich sehr wohl, dass die Bundesregierung mit den Entscheidungen, die wir gerade in der letzten Woche im Deutschen Bundestag gefällt haben, zum Haushaltsbegleitgesetz zum Beispiel, den Bürgern sehr viel abverlangt. (Pfui-Rufe) Ich weiß, dass nicht wenige ganz persönlich finanziell sehr unter der Mehrwertsteuererhöhung leiden werden, auch wenn ein Prozent davon – daran möchte ich noch einmal erinnern – in die Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge und damit in die Senkung von Lohnzusatzkosten geht, (Pffiffe) auch wenn der ermäßigte Steuersatz von sieben Prozent erhalten bleibt. Sie wissen, dass das gerade im Bereich von Lebensmitteln und anderen Gütern sehr wichtig ist.

Ich weiß und sage das ganz klar: Es geht nicht, auf der einen Seite den Bürgerinnen und Bürgern – und das ist jetzt wieder eine Erfahrung aus meiner China-Reise – etwas zuzumuten und auf der anderen Seite – ich bin froh darüber, dass das

eben hier angesprochen wurde – einfach mal für ein Projekt, zum Beispiel für das Transrapid-Projekt, noch Bundesgelder zu geben, weil man eben sagt: Das muss so sein, weil China dafür noch Unterstützung braucht.

Wir müssen schon mit dem Geld sehr sorgsam umgehen, aber ich sage noch einmal: Ich weiß, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern mit unseren Entscheidungen sehr viel zumuten. Aber wenn es immer heißt, wir müssen sparen, sage ich auch: Im Sparen sind weitere Maßnahmen enthalten, zum Beispiel der Abbau von Subventionen. Das heißt auch – das braucht man nicht schönzureden –: Sparen tut weh; denn Sparen spielt sich nicht im luftleeren Raum ab. Wir haben uns das nicht einfach gemacht. Aber, meine Damen und Herren, an einem führt kein Weg vorbei: Wir müssen unsere Haushalte sanieren. Wenn die Würde des Menschen unser Maßstab ist, ist auch die Würde derer, die heute jung sind oder die noch gar nicht geboren sind, unser Maßstab. Wir haben kein Recht dazu – das ist mit unserer Werteordnung nicht vereinbar –, durch Verschuldung heute die Lebenschancen von zukünftigen Generationen zu schmälern. Auch dieser Verantwortung muss sich die Bundesregierung stellen – und das tut sie. (Beifall – Widerspruch – Pfiffe)

Damit kommen wir an den Punkt. Ich weiß, dass wir die Bürgerinnen und Bürger in Zukunft nicht mehr von dem Nutzen, von dem Wert, von der Notwendigkeit der Sozialen Marktwirtschaft überzeugen können, wenn wir glauben, dass ein einfacher Transfer der alten Sozialstaatlichkeit so möglich wäre. Wir dürfen nicht glauben, dass ein einfacher Transfer möglich ist, sondern wir müssen uns zur Strukturreform bekennen. Davon bin ich zutiefst überzeugt.

Meine Damen und Herren! Genau über diese Fragen müssen wir miteinander diskutieren; denn ich weiß: Es führt kein Weg an Strukturformen vorbei. Mit ihnen – das weiß ich auch – wird vieles, gerade am Anfang, schwierig. Aber ohne sie wird nichts gelingen. Ich wäre froh, wir wären darüber im Grundsatz einig.

Und jetzt werden wir konkret - machen Sie sich keine Sorgen, es kommt alles noch! (Heiterkeit) Ich finde nur, wir müssen uns über die Grundsätze schon einig sein. Aus meiner Sicht heißt der Grundsatz: Ich weiß, dass es mit Strukturformen am Anfang schwierig werden wird. Aber ich bin sicher: Wenn wir sie nicht machen, wird es am Schluss ganz bitter.

Jetzt heißt das: Strukturformen auf dem Arbeitsmarkt. Der Bundespräsident hat einen wichtigen und richtigen Satz gesagt: Wenn wir unseren Wohlstand erhalten wollen, müssen wir so viel besser sein, wie wir teurer sind. – Viele, die wissen, dass Teile ihrer Betriebe in anderen Ländern sind, kennen diese Erfahrung aus eigenem Erleben. Genau deshalb hat die Bundesregierung gesagt: Wir investieren in Forschung und Entwicklung. Genau deshalb habe ich das Thema in China angesprochen; denn wenn das geistige Eigentum nicht geschützt wird, haben wir überhaupt keine Chance, aus dem, worin wir besser sind, den notwendigen Fortschritt für unsere Gesellschaft zu machen. Darum müssen wir in einer globalen Welt kämpfen. Dafür gibt es keine Toleranz, sondern das muss durchgesetzt werden. (Beifall) Wir werden das nächste Jahr in der G8-Präsidentschaft noch einmal ganz intensiv diskutieren. (Beifall)

Wenn wir über den Arbeitsmarkt reden, geht es eben – wir haben gerade im Kabinett darüber gesprochen – auch um den Ausbildungspakt. Es geht um die Chancen von jungen Leuten, in das Berufsleben hineinzukommen. Der Ausbildungspakt ist im Augenblick in einem Zustand, mit dem wir nicht zufrieden sein können, zu dem jeder seinen Beitrag leisten muss. (Beifall)

Ich möchte an dieser Stelle sagen: Ausbildung – das wissen Sie aber auch – muss auch für Betriebe attraktiv sein. Deshalb, finde ich, gibt es sehr interessante Regelungen bei der IG BCE, mit denen für die Chemiebranche, „Zukunft durch Ausbildung“ (Zurufe) – man wird ja wohl einmal eine Gewerkschaft loben dürfen! (Heiter-

keit – Beifall) –, eine Steigerung des Ausbildungsangebotes vereinbart wurde – mit im Gegenzug einer Einfrierung der Ausbildungsvergütung –, was, wie ich finde, eine wichtige Maßnahme darstellt und im Rahmen der Tarifautonomie für die jungen Menschen mehr Ausbildungschancen eröffnet. Das finde ich gut. (Zurufe) – Ich habe ja lediglich das Handeln einer Einzelgewerkschaft belobigt. Es tut mir Leid, dass Sie das niederschreien. Aber das können Sie unter sich ausmachen.

Meine Damen und Herren! Ausbildung ist auch Vorsorge für die Zukunft. Knapp 40 Prozent der Arbeitslosen sind ohne Ausbildung. Das ist doch unser Problem. Deshalb muss der gesamte Schwerpunkt auf die Ausbildung gelegt werden. Und über 40 Prozent der Arbeitslosen sind schon länger als ein Jahr arbeitslos, und auch da trifft es wieder genau die, die keine Ausbildung haben. (Zurufe: Umlage!)

Meine Damen und Herren! Ich finde, in die gesamte Debatte über die Frage „Wie kommen wir auf dem Arbeitsmarkt voran?“ gehört auch eine Diskussion des Themas Kombilohn. Es gibt ganz verschiedene denkbare Modelle, aber eine gemeinsame Idee dabei – und die sollten wir nun wirklich nicht verwerfen – ist: Über staatliche Transferleistungen wollen wir das Potential an Arbeitsplätzen in bestimmten Bereichen besser nutzen. Sie, der Deutsche Gewerkschaftsbund, haben immer gesagt: Lieber in Arbeit finanzieren als in Arbeitslosigkeit. Diese Devise muss weiter gelten. (Beifall)

Da geht es nicht um flächendeckende Lösungen, aber es geht vielleicht darum, sich gerade auch um Problemgruppen zu kümmern. Und wir haben Problemgruppen in unserer Gesellschaft. Wir haben das Problem, dass viel zu viele ältere Menschen keine Chance mehr auf dem Arbeitsmarkt haben, und wir wissen, dass wir da etwas tun müssen. Wir haben das Problem, dass unter 25-Jährige es häufig schwer haben, dass sie von einer Schleife in die andere kommen und keine richtige Perspektive haben. Wenn wir da den Kombilohn einsetzen, um Menschen in Arbeit zu überführen oder in Arbeit zu halten, dann kann ich nur sagen: Wir sollten dieses Instrument zumindest nicht verwerfen. Wir werden das in den nächsten Monaten diskutieren.

Ich komme zum Thema Mindestlohn. Ich stehe dieser Diskussion offen gegenüber. (Beifall) Ich weiß, dass im Zusammenhang mit der Dienstleistungsrichtlinie auf uns Situationen zukommen werden – nicht heute und nicht morgen, aber im Jahr 2011, wenn die komplette Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union da ist –, in der wir Länder haben, in denen das Lohnniveau deutlich unter dem bei uns liegt und wo wir uns überlegen müssen: Wie reagieren wir darauf? Für mich hat die gesamte Diskussion um den Mindestlohn ein Kriterium: Am Ende dieser Diskussion dürfen wir nicht weniger Arbeitsplätze in Deutschland haben, sondern wir müssen mehr Arbeitsplätze in Deutschland haben. (Vereinzelt Beifall) Deshalb – das will ich dann auch nicht verschweigen – sage ich Ihnen: Einen einheitlichen, flächendeckenden Mindestlohn in Höhe von 7,50 Euro halte ich nicht für richtig im Blick auf die Frage, haben wir mehr Arbeitsplätze oder haben wir weniger Arbeitsplätze. (Pffife - Widerspruch) – Ich finde, es gehört zur Offenheit, dass wir uns das hier sagen. Gleichzeitig sage ich auch: Es dürfen keine sittenwidrigen Löhne gezahlt werden. Auch das ist geregelt, und darauf muss aufgepasst werden. (Zurufe) Aber, meine Damen und Herren, ganz zum Schluss trägt die Bundesregierung ein großes Stück Verantwortung dafür, dass wir bei allem, was wir tun, mehr Arbeitsplätze haben und nicht weniger, und ich werde nichts zustimmen, was nach meiner festen Überzeugung zu weniger Arbeitsplätzen in Deutschland führt. Davon müssen und dürfen Sie ausgehen, meine Damen und Herren. (Vereinzelt Pffife)

Es geht, wenn wir über den Arbeitsmarkt sprechen, auch um ein Mehr an Flexibilität – Sie alle wissen: im Rahmen der Tarifautonomie. Schauen Sie sich doch die Tarifverträge an. Auch hier haben wir doch erfreulicherweise eine Entwicklung zu

mehr Flexibilität und mehr Gestaltungsmöglichkeiten. Ich habe mir den letzten Tarifvertrag der IG Metall angeschaut, der in der Metallbranche verabschiedet wurde. Ich habe sogar deutlich gemacht, dass ich es richtig finde, dass wir Flexibilisierungsmöglichkeiten haben.

Meine Damen und Herren, liebe Delegierte! Wenn ich das einschleichen darf: Sie alle haben Ihre Heimat in Ihren Betrieben, und Sie alle kennen die Realität in den Betrieben. Diese Realität heißt, dass es dem einen Betrieb mal besser und dem anderen Betrieb mal schlechter geht. Und Sie wissen inzwischen, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu vielem bereit sind, wenn es dafür die Aussicht, die Chance und die Sicherheit gibt, Arbeitsplätze zu erhalten. Der Weg dahin war immer Flexibilität, und ich bin froh, dass er zunehmend bei den Tarifverträgen gegangen wird. Ich halte das für einen richtigen Schritt.

Meine Damen und Herren! Wir müssen auch dafür sorgen, dass die deutschen Regeln der Mitbestimmung auch im globalen und europäischen Kontext wirklich gelten können beziehungsweise dass man den globalen und europäischen Regelungen auch Rechnung trägt. Es gibt die Kommission, geleitet von Kurt Biedenkopf. Ich hoffe, dass dort Vorschläge dazu gemacht werden, aber es ist wichtig, dass wir auch an der Stelle sagen: Im europäischen Binnenmarkt haben sich die Realitäten verändert. Wir müssen darauf reagieren. Wir müssen das, was sich bei uns bewährt hat, erhalten, aber wir müssen es so erhalten, dass es auch lebbar ist im Zusammenhang mit anderen europäischen Ländern, die ganz andere Regelungen haben.

Ich will als einen letzten Punkt die Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Erfolg ihres Unternehmens nennen. Ich halte dies für die Zukunft für einen ganz wichtigen Punkt bei der Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft. Denn, meine Damen und Herren, die Frage, ob Menschen, die im Betrieb arbeiten, auch eine Bindung an den Erfolg haben, ist in der Geschichte der Sozialen Marktwirtschaft nicht ausreichend gelöst worden. Das ist ein offenes Problem.

Indem ich all die Punkte des Arbeitsmarktes jetzt genannt habe, komme ich mit einem Punkt noch einmal zur Generalität: Wir müssen die Soziale Marktwirtschaft weiterentwickeln; das sehen Sie an all diesen Beispielen. Ich habe das einmal „die neue Soziale Marktwirtschaft“ genannt. (Zurufe) – Ihr Vorsitzender ist davon nicht begeistert und Sie offensichtlich auch nicht. Aber, meine Damen und Herren, ich zeige es Ihnen am Beispiel des Arbeitsmarktes und gleich noch am Beispiel auch der sozialen Sicherungssysteme: Ich glaube, dass wir die Veränderungen schaffen müssen, um zum Schluss die Soziale Marktwirtschaft als neue und im Sinne der Globalisierung gestaltete Soziale Marktwirtschaft attraktiv nicht nur für uns zu machen, sondern für Länder überall auf der Welt. Davon wird der Erfolg dieses Konzepts nämlich auch abhängen, meine Damen und Herren.

Nach dem Arbeitsmarkt komme ich nun zu der Zukunft der sozialen Sicherungssysteme. Die Menschen leben länger; das ist erfreulich. Wir wissen heute, dass im Jahre 2030 im Durchschnitt weniger als zwei Erwerbstätige einem Rentner gegenüber stehen werden. An diesem Faktum wird sich nichts mehr ändern lassen. Die Rentenlaufzeiten haben sich zwischen 1960 und heute um mehr als zwei Drittel erhöht, nämlich von 10 auf 17 Jahre. Das ist genau die erfreuliche Entwicklung der verlängerten Lebensarbeitszeit. Das heißt, wir haben mehr Rentner – das ist erfreulich –, aber wir haben leider auch immer weniger Kinder, die einmal zu Beitragszahlern werden, und wir hatten im Übrigen jetzt auch über Jahre eine Abnahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse, was die Finanzlage der sozialen Sicherungssysteme im Rentensystem und im Gesundheitssystem noch einmal erschwert hat. Es geht ja nicht um die Erwerbsfähigen in einer Gesellschaft, sondern wenn wir die Situation der sozialen Sicherungssysteme be-

trachten, dann geht es um die Erwerbstätigen; denn nur die zahlen ein. Deshalb muss die ganze Aufmerksamkeit darauf gelenkt werden – das sage ich ausdrücklich –, dass wir möglichst viele sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse in unserem Lande schaffen. (Beifall) – Ja, das ist die Aufgabe, meine Damen und Herren.

Bei der Rente können wir uns vieles anschauen; das gilt nahezu für alle Parteien. Es kommt darauf an, die Weichen zum richtigen Zeitpunkt zu stellen. Ich sage frank und frei, auch für die Christlich Demokratische Union: Manche der Weichen haben wir zu spät gestellt. Deshalb stehe ich ausdrücklich zu dem Beschluss der Bundesregierung, dass wir ab dem Jahr 2012 schrittweise das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre erhöhen. (Buh-Rufe – Pfiffe – Zurufe) Nur der Vollständigkeit halber erwähne ich eine weitere Facette des Beschlusses. Wir haben gesagt: Diejenigen, die mit dem Erreichen des 65. Lebensjahres 45 Arbeitsjahre aufweisen können, werden von der Verlängerung der Lebensarbeitszeit ausgenommen. Auch das halte ich für einen ganz fairen Gedanken. (Eine Gruppe von Delegierten zeigt „rote Karten“ – Zurufe)

Meine Damen und Herren! Die einen sagen, das finden sie sowieso falsch. Denen kann ich nur sagen: Die Regeln der Mathematik wird niemand außer Kraft setzen. (Zurufe) Das hat noch kein politisches System geschafft, und das schafft auch die Bundesrepublik Deutschland nicht. Und deshalb ist der Beschluss richtig. (Vereinzelte Pfiffe)

Andere sagen: Das könntet Ihr vielleicht tun, aber vorher müsst Ihr doch erst einmal sicherstellen, dass die Älteren auf dem Arbeitsmarkt auch eine Chance haben, damit das, was dann den Menschen zugemutet wird, auch wirklich lebbar wird und nicht einfach nur eine Rentenkürzung ist. Da bin ich bei Ihnen, und deshalb wird die Bundesregierung – ich komme wieder zurück auf den Kombilohn und vieles andere – alles daran setzen, Menschen über 50 eine bessere Chance auf dem Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Deshalb haben wir diese Beschlüsse auch auf das Jahr 2012 und nicht auf das Jahr 2007 gelegt, weil wir wissen, dass die Arbeitssituation der Älteren heute nicht zufrieden stellend ist. Aber ich sage Ihnen auch: Wenn Sie sich dem Beschluss insgesamt verweigern, werden Ihnen irgendwann die jungen Menschen in diesem Lande sagen, dass Sie die Weichen für die Zukunft nicht rechtzeitig gestellt haben. Dann werden sie sich der Solidarität zwischen Jung und Alt verweigern. Das möchte ich nicht, denn die Solidarität zwischen Jung und Alt hat etwas mit der Würde des Menschen zu tun. Darum müssen wir die Weichen richtig stellen.

Meine Damen und Herren! Wir haben in diesem Jahr bei dem Gesetz zur Gültigkeit des aktuellen Rentenwerts einen Beschluss gefasst. Ich bitte Sie auch, dass Sie das den älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die jetzt schon Rente bekommen, in dem Kreis der Gewerkschaft sagen: Wir werden keine Rentenkürzung machen. (Unruhe). – Vor der Wahrheit können Sie sich auch nicht drücken, Sie schließen doch auch die Tarifverträge ab, Sie haben auch etwas mit der Höhe der Löhne zu tun. (Widerspruch). – Wenn die Tarifpartner nichts mit der Höhe der Löhne zu tun haben, weiß ich nicht, wovon wir jeweils reden. Die Wahrheit ist: Wenn wir die gültige Rentenanpassungsformel gewählt hätten, hätte das dazu geführt, dass in diesem Jahr die Renten im Westen um knapp ein Prozent und im Osten um mehr als ein Prozent hätten gekürzt werden müssen.

Aus Verantwortung vor der Lebensleistung der älteren Menschen haben wir deutlich gemacht, dass wir das nicht tun werden. Wir werden die Renten nicht kürzen und damit eine Ausnahme von der gültigen Rentenformel machen. Aber Sie alle, die Sie sich auskennen mit der Wirkungsweise des Rentensystems, wissen, was das bedeutet.

Deshalb komme ich wieder zurück: Unsere gesamte Politik muss sich daran orientieren, dass die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse wieder wächst, weil wir ansonsten in nicht überbrückbare Schwierigkeiten kommen.

Meine Damen und Herrn! Wir kommen zum zweiten sozialen Sicherungssystem, was mir auch ganz besonders am Herzen liegt. Das ist das Thema Gesundheitspolitik. Wir haben in der vergangenen Legislaturperiode ein Gesundheitsmodernisierungsgesetz beschlossen, und heute haben wir eine Situation, in der wir wissen, dass wir weitere Strukturreformen brauchen. Die Situation unseres Gesundheitssystems, das empfinden viele auch so, ist nicht transparent, es gibt zu wenig Wettbewerb, und viele Menschen erleben, dass wir Tendenzen haben für einen Weg in eine Zwei-Klassen-Medizin. (Unruhe – Zuruf: Haben wir schon!) – Darüber kann man jetzt reden, ob wir sie schon haben oder wie weit die Tendenzen fortgeschritten sind. Wenn Sie es aber mit Ihrem Motto ernst meinen – die Würde des Menschen ist unser Maßstab –, dann sind wir einig, diesen Tendenzen muss begegnet werden. Wir wollen, dass jeder Mensch ein Anrecht auf vernünftige, richtige, gute Gesundheitsvorsorge hat, und zwar entlang dem, was Medizin heute leisten kann. Das wollen wir alle. Das muss durchgesetzt werden. Wir müssen darüber sprechen, wie wir das schaffen. (Beifall)

Unser Ziel bei den Diskussionen um die Gesundheitsreform ist deshalb: Transparenz, Abbildung der Kosten, Senkung der Lohnzusatzkosten, zumindest keine Steigerung – die Bundesregierung hat sich richtigerweise verpflichtet, die Lohnzusatzkosten unter 40 Prozent zu bringen –, weiterhin die Solidarität zwischen Gesunden und Kranken, zwischen den Schwachen und den finanziell besser Gestellten. Die Verhandlungen laufen.

Ich möchte hier nur einen Gedanken sagen, der zur Wahrheit gehört: Bei einer Gesellschaft, in der die Menschen älter werden, und in einer Welt, in der die Möglichkeiten des medizinischen Fortschritts wachsen, wird das gesamte System der Gesundheitsvorsorge, auch wenn wir es effizienter, wettbewerbsfreudiger und transparenter machen, nicht billiger werden, sondern es werden tendenziell Kosten dazukommen.

Ich bekenne mich dazu. Wir müssen jetzt überlegen, wie wir das vernünftig tun. Wer behauptet, man könnte für weniger Geld mehr Gesundheitsvorsorge für jeden schaffen, egal welchen Alters und in welchem sozialen Status, der lügt sich in die Tasche. Und das möchte ich nicht! Wir werden mehr Geld für Gesundheit ausgeben müssen. Das wollen wir auch, weil es etwas mit der Würde der Menschen in unserem Lande zu tun hat, meine Damen und Herren. (Vereinzelt Beifall)

Wir haben ähnliche Strukturreformen zu leisten bei der Pflege. Deshalb – und das ist das, worum wir uns in der Politik zu kümmern haben, alles hängt mit allem zusammen –: Die Reformen der sozialen Sicherungssysteme können und sollten einhergehen mit einer Senkung der Lohnzusatzkosten. Eine Senkung von Lohnzusatzkosten ist nach meiner festen Überzeugung förderlich für mehr Wachstum, aber vor allen Dingen für mehr Beschäftigung – und zwar Beschäftigung im sozialversicherungspflichtigen Bereich; es hat keinen Sinn, wenn wir zum Schluss nur noch Minijobs haben und Umgehungsstatbestände um die Sozialversicherungsbereiche. Wenn wir mehr Beschäftigung haben, haben wir auch eine Chance, die fünf Millionen Arbeitslosen abzubauen. Das muss unser Ziel sein. Denn mit denen dürfen wir uns schon gar nicht abfinden, meine Damen und Herren. (Vereinzelt Beifall)

Wir müssen eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie bekommen. Ich bin im Übrigen der Überzeugung, dass die Frage, ob Menschen sich für Kinder entscheiden, unglaublich viel zu tun hat mit der Frage, ob man einen hoffnungsvollen Blick in die Zukunft wagt. (Unruhe) – Da sind wir uns doch wieder einig. Dafür müs-

sen wir arbeiten. Deshalb sage ich ja, alles hängt mit allem zusammen. Es hat kaum Sinn, wenn sich der eine um die Sanierung der Haushalte kümmert und der andere um Mehrausgaben in einem anderen Sinn. Spätestens bei einer Bundesregierung laufen die Dinge zusammen! Wer heute Schulden macht, weil er noch schnell etwas erreichen will, der versündigt sich an der künftigen Generation und wird die Menschen auch nicht davon überzeugen können, dass künftige Generationen mindestens so gut leben können wie heutige.

Das sind alles die Punkte, die wir zusammenbringen müssen. Deshalb sage ich ganz eindeutig: Natürlich geht es um einen Ausbau der Kinderbetreuung. Wir haben auch mit dem Elterngeld einen ganz wichtigen Schritt gemacht. Natürlich wissen wir, dass mehr Kinder und mehr Politik für mehr Arbeitsplätze zum Schluss auch wieder die sozialen Sicherungssysteme entlasten und uns die Chance geben, das an sozialem Ausgleich zu leisten, was die Menschen mit Recht erwarten.

Darüber möchte ich mit Ihnen in den nächsten Jahren weiter diskutieren. Es geht darum, die Kräfte, die in unserem Land stecken, zu bündeln. Wenn man im Ausland ist, weiß man, wie viele andere Länder auf das, was wir geschafft haben, ganz aufmerksam, zum Teil auch ein bisschen neidisch schauen. Das sage ich nicht, weil ich über die Probleme hinwegreden will. Ich will einfach nur sagen: Wir brauchen, und zwar genau im Sinne Ihres Mottos, eine nationale gemeinsame Kraftanstrengung. Eine Kraftanstrengung, die die Kräfte freisetzt, die etwas für das Wohl unseres Landes tun können. Das sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer genauso wie die Entwickler und Ingenieure, die Selbstständigen, die Unternehmer. Und das alles in sozialer Verantwortung. Wenn wir es schaffen, die Balance zu finden, das zu bewahren, was sich bewährt hat, und das zu verändern, was wir zum Wohle der Menschen in unserem Lande verändern müssen, dann bin ich sicher, dass das Modell der Sozialen Marktwirtschaft in einer neuen Realität unsere Chance ist, nicht nur die Menschen in unserem Land zu überzeugen, sondern auch andere auf dieser Welt.

In diesem Sinne freue ich mich auf die konstruktive Zusammenarbeit mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund. - Herzlichen Dank, dass ich heute hier sein konnte. (Beifall)

Sinischa Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, liebe Frau Dr. Merkel! Wir danken Ihnen für Ihre Ausführungen.

Michael Sommer hat das Wort.

Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin! Ich danke für Ihre offenen Worte, und zwar deshalb, weil wir etwas dafür übrig haben, dass wir miteinander offen und mutig umgehen und dass wir die Kontroverse auch nicht scheuen. Sie müssen allerdings auch wissen, dass es natürlich zu etlichen Punkten dessen, was Sie gesagt haben, in den deutschen Gewerkschaften andere Positionen gibt und wir alles dafür tun werden, die auch durchzusetzen. (Beifall – Bravo-Rufe)

Nun steht es mir nicht an, Ihr Grußwort in irgendeiner Art und Weise zu zensieren. Das will ich auch nicht tun. Ich will allerdings drei Anmerkungen machen.

Die erste Anmerkung ist: Tun Sie etwas, und zwar wirklich etwas, damit die jungen Menschen in diesem Land die Chance für Ausbildung bekommen. Dass Zehntausende diese Chance nicht kriegen, ist und bleibt ein Skandal! (Beifall)

Mein zweiter Punkt: Sie sprachen davon, dass Sie sich zur Notwendigkeit von Mindestlöhnen bekennen. Okay. Allerdings sagten Sie, 7,50 Euro seien mit Ihnen nicht

zu machen, das würde Beschäftigung zerstören. Den Beweis dafür gibt es nicht. Überall dort, wo wir Niedriglöhne haben, haben wir auch hohe Arbeitslosigkeit. Das Argument können und wollen wir nicht gelten lassen! (Lebhafter Beifall)

Ich füge hinzu: Es gibt ja auch unter der neuen Bundesregierung ein sehr gutes deutsch-französisches Verhältnis. In Frankreich werden die Mindestlöhne im Juli auf 8,15 Euro steigen. Das nur zur Erinnerung. (Beifall)

Der dritte Punkt, den ich ansprechen will und ansprechen muss, ist Ihr Hinweis auf die Biedenkopf-Kommission. Sie wissen, dass ich selbst Mitglied dieser Kommission bin und dass wir uns an das Werk gemacht haben, zu sehen, wie wir die deutsche Mitbestimmung europafest machen können. Ich weiß allerdings auch, dass die Damen und Herren der anderen Seite diese Kommission teilweise dazu nutzen wollen, die Mitbestimmung zu schwächen. Ihr Ziel ist es, die Drittelparität durchzusetzen. Ich sage Ihnen ganz eindeutig: Einem solchen Versuch werden sich die Gewerkschaften in den Weg stellen. Wir lassen uns die Mitbestimmung nicht nehmen! (Beifall)

Wir haben uns mit dem Kommissionspräsidenten darauf verständigt, über den Stand der Beratungen in der Kommission nichts zu sagen. Aber ich will ausdrücklich daran erinnern, dass in der Koalitionsvereinbarung der Großen Koalition steht, dass die gemeinsam erarbeiteten Positionen dann von der Bundesregierung geprüft werden. Beim jetzigen Stand ist meine Hoffnung, dass wir zu gemeinsam erarbeiteten Positionen kommen, relativ gering. Ich will trotzdem weiter konstruktiv in der Kommission mitarbeiten. Jürgen Peters wird das auch tun und Günter Reppin auch. Aber ich sage eindeutig: Wer immer meint, die Gewerkschaften würden zusehen, wie ein Stück gelebte Demokratie in Deutschland kaputt gemacht wird, der irrt sich. (Beifall)

Ansonsten - ich wiederhole mich - kann und will ich nicht zu jedem Punkt Ihrer Ausführungen etwas sagen. Wir haben es sehr wohl gehört, die positiven Seiten, die negativen. Auch das Bekenntnis einer Bundeskanzlerin und der Vorsitzenden der größten Regierungspartei - mit der CSU zusammen - (Heiterkeit) zu starken Gewerkschaften ist eine wichtige Aussage.

Gestatten Sie mir, dass ich Ihnen als Letztes persönlich sage: Ich war davon beeindruckt, wie Sie im Wahlkampf immer wieder gesagt haben: Es ist ein Skandal, dass in Deutschland jeden Tag 1.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze verloren gehen. Sie haben Recht, das ist ein Skandal. Nur, die Menschen erwarten jetzt von Ihnen, auch von Ihnen, auch von der Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, dass Sie endlich etwas dagegen tun, und zwar konkret. (Beifall)

In diesem Sinne bedanke ich mich herzlich für Ihre Ausführungen. Sie können gewiss sein, wenn der Vizekanzler morgen hier ist, werden wir Entsprechendes auch kommentieren. So verstehen sich Einheitsgewerkschaften. Herzlichen Dank. (Beifall)

Sinischa Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Vielen Dank, Michael.

Wir werden nach der Pause mit der Prämierung des ausgeschriebenen Fotowettbewerbs weiter machen. Das wird um 15 Uhr sein. Danach werden wir mit der Antragsberatung fortfahren.

Ich wünsche Euch einen guten Appetit. Der Kongress ist bis 15 Uhr unterbrochen.

(Unterbrechung des Kongresses: 12.45 Uhr)

(Fortsetzung des Kongresses: 15.03 Uhr)

Sinitscha Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hoffe, Ihr habt die Mittagspause zur Stärkung nutzen, Kräfte auftanken können. Wir machen mit unserem Kongress jetzt weiter.

Ich hatte es heute Morgen schon angekündigt: Der DGB hat im Vorfeld des Kongresses einen Fotowettbewerb unter dem Motto ausgeschrieben: „Wie sieht Würde aus?“ Hier vielleicht vorweg ein paar Ausführungen dazu.

Bis zum Einsendeschluss Ende Februar waren genau 206 Einsendungen eingegangen. Am 21. März hat eine Jury mehrere Stunden damit zugebracht, aus den über 600 Fotografien die Preisträger/Preisträgerinnen auszuwählen. Jetzt wollen wir die Preisträgerinnen und Preisträger ehren. Ich heiße sie hier in Berlin herzlich willkommen. (Beifall)

Ich darf mich heute bei der Jury, die ja sehr prominent besetzt war, ganz herzlich für ihr Engagement bedanken. Das gilt zuerst für Jupp Darchinger und Robert Lebeck, (Beifall) zwei Altmeistern des Pressejournalismus in Deutschland. Dann danke ich Herlinde Koelbl, die bei der Auswahl allerdings verhindert war. Und unser Dank gilt Enno Kaufhold, Bernd Fechner und Gisela Kayser sowie Michael Sommer. (Beifall)

Ein weiteres Mitglied der Jury, Klaus Staeck, der erst vor wenigen Wochen zum Präsidenten der Akademie der Künste gewählt wurde – von dieser Stelle aus einen herzlichen Glückwunsch –, (Beifall) darf ich jetzt zur Laudatio auf die Bühne bitten. – Klaus, Du hast das Wort.

Klaus Staeck

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem erstmals vom Deutschen Gewerkschaftsbund ausgeschrieben Fotowettbewerb unter dem Motto „Die Würde des Menschen ist unser Maßstab“ geht der DGB neue Wege in der kulturellen Arbeit, jenseits des üblichen Geschäfts der Tarifverträge und des Arbeitsplatzschutzes. Unsere – das sage ich als Gewerkschaftsmitglied – künftigen Kämpfe werden nicht nur um Tarifautonomie und Lohnerhöhungen gehen, sondern darin geht es auch um Fragen der Kultur. Es geht um den Kampf um die Beherrschung der Köpfe, und da sind manche, die unsere Gegner sind, sehr weit fortgeschritten. Ich bin sehr engagiert in dieser Lidl-Aktion von ver.di. Da spürt man, wie weit wir zurückgefallen sind, wenn es darum geht, die Menschen zu erreichen, und wie mühsam es ist – und das sind dann auch kulturelle Fragen –, Menschen zu erreichen, die schon ganz woanders gelandet sind.

Der Wettbewerb fand ein erfreulich großes Echo – das hat der Kollege eben schon gesagt – mit mehr als 600 Arbeiten, die von 209 Bildautoren und -autorinnen eingeschickt wurden. Es war keine leichte Aufgabe für die Jury, daraus die Gewinner zu ermitteln.

Eine Antwort auf die in der Ausschreibung rhetorisch gestellte Frage, ob die Würde grün, rot oder vielleicht blau sei, können die eingereichten Fotografien nicht geben. Ganz unverkennbar zeigen die Bilder aber eines: dass es offenbar wesentlich schwieriger ist, Würde in positiven Bildern darzustellen, als Würde in solchen Alltagsphänomenen zu finden, die Würde gerade vermissen lassen.

Unverkennbar zeigt die Mehrzahl der Fotografien solche Szenen, in denen es gerade an Menschenwürde mangelt, also die Negation von Würde. Das sind Motive von Obdachlosen oder Arbeitslosen, also Porträts einfacher Menschen, denen die Härte des verstrichenen Lebens, des Arbeitslebens in Gesicht geschrieben steht, und ähnliche Motive.

Die geringere Zahl der Fotografien, in denen Würde positiv dargestellt wird, zeigen beispielsweise alte und körperbehinderte Menschen beim Sport oder Frauen und Männer bei der Arbeit. Das hatten wir auch erwartet, aber die Zahl war trotzdem relativ klein.

Angesichts dieser Tatsache hielt die Jury es für angemessen, der vorliegenden mehrheitlichen Sichtweise auf menschenunwürdige Verhältnisse zu folgen. Das war, wenn man so will, zwar fast ein Bruch in der Ausschreibung, aber letztlich dem Thema doch geschuldet, das umso mehr, als mit jedem der eingereichten Fotos der Appell des Veränderns und des Veränderungsbedarfs verbunden ist, eine Haltung also, mit der sich der DGB solidarisieren kann. Denn es geht darum, der Forderung nach mehr Menschenwürde Ausdruck zu verleihen. Und wer sollte sich da letztlich mehr engagieren als die Gewerkschaften!

Die Schwierigkeit der Auslobung spiegelt sich auch in dem Entschluss der Jury, zwei erste Preise und zwei dritte Preise zu vergeben. Diese sollen nun im Einzelnen vorgestellt werden. Ich bitte die jeweiligen Preisträger, dann zu mir hier auf die Bühne zu kommen.

Den ersten der beiden ersten Preise erhält Helmut Ölschlegel für sein Porträt des Jazzposaunisten Albert Mangelsdorff. Obwohl nicht jeder Bildbetrachter den Posaunisten namentlich kennen wird, einer der ganz Großen seines Fachs, verbindet das Motiv des musizierenden älteren Mannes die Innigkeit, mit der er musiziert und mit der er sein Leben in Selbstbestimmung praktiziert. Das gilt umso mehr mit dem Wissen um den Jazzmusiker Albert Mangelsdorff, der lange Jahrzehnte zu den Protagonisten des Jazz in Deutschland zählte und für den die Musik sowohl Arbeit als auch unverzichtbaren Lebensinhalt bedeutete – einer der engagiertesten Kollegen, die ich kennen gelernt habe. Leider ist er vor einiger Zeit gestorben. Er war einer, für den das Wort Solidarität nicht nur eine Floskel war, sondern er hat ein Leben lang Solidarität auch gelebt.

Ich freue mich auch, dass wir ein kulturelles – um es so auszudrücken – Motiv genommen haben. Denn wir dürfen nie vergessen: Die Kultur ist ein wesentlicher Bestandteil auch der Arbeit, unseres Lebens. Sie ist nie nur das Sahnehäubchen auf dem Kaffee, sondern sie ist eines der entscheidenden Dinge, die in Zukunft wahrscheinlich eine noch größere Rolle spielen wird. (Beifall)

Ich bitte Herrn Ölschlegel jetzt auf die Bühne.

Den zweiten der beiden Ersten Preise erhält Inge Besgen für das Foto eines älteren Paares, das auf einem Flur steht und rückenfreie Krankenhaushemden, diese berühmten Flügelhemdchen trägt. Jeder, der mal eine Operation hatte, kennt das.

Der Jury imponierte die Mehrdeutigkeit des Bildes: Denn solche rückenfreien Krankenhaushemden entwürdigen den Kranken und machen ihn in gewisser Weise auch etwas lächerlich. Das Bild zeigt aber auch zugleich – und das relativiert den ersten flüchtigen Eindruck –, wie sich Frau und Mann an der Hand nehmen und so eine zwischenmenschliche Verbundenheit voller Würde und Menschlichkeit zeigen. Dass wir die Gesichter des Paares nicht sehen, anonymisiert das Paar und bewahrt es vor einer möglichen Denunziation, was in unserer Medienwelt ja sehr schnell möglich wäre. Das verleiht der Szene etwas Verallgemeinerbares und gibt der Würde breiteren Raum. Und wie ich eben erfahren habe, sind beide aktive Gewerkschafter, die Frau die aktivere, wie das im Leben oft der Fall ist. (Beifall)

Ein solches Foto birgt auch immer ein gewisses Risiko in sich, auch wenn man es jetzt auf diese Weise so öffentlich macht, wie wir das hier tun. Beide haben sich aber sehr darüber gefreut, und das freut uns und freut die Jury. Von Denunziation kann also keine Rede sein. Und das erste Lachen ist oft ein Lachen, das einem dann doch im Halse stecken bleibt. Ich kenne aus meiner Erfahrung, dass das der beste Weg zur Erkenntnis ist, wenn man denn je eine finden will. (Beifall)

Ich bitte nun Frau Besgen auf die Bühne. – Da ist sie schon.

Der Zweite Preis geht an Gabriele Neumaier. Das Foto zeigt ein sachbezogenes Motiv, ohne Menschen. Es dreht sich aber ganz ausdrücklich um die Würde des Menschen; denn für den Betrachter ist unübersehbar: Das sind die Reste eines auf einer Wand aufgeklebten Plakates, die den Bezug zu dem im Grundgesetz geschriebenen Satz „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ erkennen lassen. Das Bild kann als Sinnbild, wenn man so will, realer Verhältnisse gelesen werden. Danach steht der besagte Satz zwar festgeschrieben als verbindliches Postulat im Grundgesetz. Was er einfordert, ist aber, wie wir alle wissen, keinesfalls gesellschaftliche Praxis. Tagtäglich wird die Menschenwürde auf vielfältigste Weise verletzt, nicht nur hier zu Lande, sondern weltweit. Diesen Satz von der Menschenwürde haben wir alle hunderttausend Mal gehört, ich vor zwei Tagen von Bundespräsident Köhler auf dem internationalen PEN-Kongress. Auch dort war das der gemeißelte Satz, um den sich dann die ganze Rede drehte. Aber die Wirklichkeit ist, wie wir wissen, eine andere. Deshalb ist speziell dieses Foto ein Appell, die Stehsätze, die manchmal ein bisschen zur Floskel zu mutieren drohen, wieder ins Bewusstsein zu holen und auch diesen Sätzen die Würde, die sie verdienen, zurückzugeben.

Frau Neumaier ist leider nicht hier; sie kann heute nicht kommen. Jemand hat mir gesagt, das werde ihr mit der guten alten Post zugeschickt. Da frage ich mich natürlich als engagierter Mensch sofort: mit welcher Post? Ich gehe mal davon aus, dass es die gelbe Post ist. Aber ich weiß es nicht. (Beifall) Es wäre jedenfalls schön, wenn wir diesen Appell mitgeben würden.

Den zweiten der Dritten Preise vergibt die Jury an Heike Heuser für eine Serie, die sich mit Arbeitsdarstellungen aus dem nicht öffentlich sichtbaren Bereich in einer Universität befasst. Das Porträt einer älteren Frau, die in der Küche damit beschäftigt ist, Knödel zu formen, steht stellvertretend für eine ganze Serie von vielen verschiedenen Arbeitsbildern. Die Frau begegnet der Fotografin mit einem offenen Gesicht, in größter Selbstverständlichkeit. Sie verrichtet keine ungewöhnliche Tätigkeit, aber die Würde, mit der sie das macht, spricht für sie und die Szene; so haben wir das jedenfalls gefunden. (Beifall)

Frau Heuser bitte ich ebenfalls auf die Bühne. – Sie ist schon da. Ich gratuliere ihr. Noch eine kurze Anmerkung: Die Fotos sind in diesem wunderschönen kleinen Heft abgedruckt worden. Wir haben ein wenig Probleme, bei der Jury zu sagen: Ein Künstler, der seine Fotos einreicht, möchte sie auf jeden Fall veröffentlicht, gedruckt sehen. Uns ist versprochen worden, noch einen Teil der Fotos in verschiedenen Publikationen des DGB zu veröffentlichen. Das ist eine Bitte, die die Jury noch an die Gewerkschaft hat.

Das war ein Anfang. Wir hoffen, dass dieser Wettbewerb, der sicherlich beim nächsten Mal ein noch größeres Echo finden wird, fortgesetzt werden wird und dass Euch noch viele schöne Dinge einfallen werden.

Noch einmal der Appell: Die Kultur ist ein wichtiger Bestandteil unserer Arbeit. Überall, wo ich als Wanderprediger bei vielen Veranstaltungen auftrete, werbe ich für die Gewerkschaften, und ich gehe davon aus, dass Ihr Euch an diesem Tag hier Eurer Verantwortung bewusst seid. – Ich danke Euch. (Beifall)

Wie das mit Solisten – ich rede normalerweise immer frei – so ist: Da hat mir einer noch einen Namen aufgeschrieben. Den ersten der beiden Dritten Preise bekommt natürlich Dietrich Petersen, der auch schon auf der Bühne ist. (Beifall)

Wir sehen in seiner fotografischen Nahaufnahme die Hand eines alten Menschen in Verbindung mit dem gekrümmten Knauf eines Krückstocks. Sie wird von der Hand eines Kleinkindes angefasst. In symbolhafter Weise verweist das Motiv auf die

Verbindung unterschiedlichster Lebensalter und den Humankonsens zwischen den Generationen, der für uns ja immer wichtiger wird. Dies, so die Auffassung der Jury, ist unverkennbar ein Bild, in dem sich Menschen würdig aufeinander beziehen. Deshalb noch einmal mein Glückwunsch. Das Vergessen war jetzt eine besondere Erwähnung. Was will man mehr? (Beifall)

Sinischa Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Vielen Dank, Klaus, für Deine Ausführungen.

Auch von Seiten des Präsidiums und im Namen des Kongresses noch einmal einen herzlichen Glückwunsch an alle Preisträger und Preisträgerinnen. (Starker Beifall)

Wer Interesse hat, dem steht eine kleine Auswahl dieser Bilder hier im Raum zur Verfügung. Da kann man sich in einer vielleicht ruhigen Minute die Bilder noch einmal anschauen.

Heute Morgen hatten wir ein Geburtstagskind, das noch nicht anwesend war. Ich möchte es deshalb noch einmal kurz nennen: Geburtstag hat heute Cord Peter Lubinski. Er kann in der nächsten Pause vielleicht noch einmal kurz bei uns im Präsidium vorbeikommen. Wir haben für ihn noch eine kleine Aufmerksamkeit.

Dann kommen wir jetzt wieder zur Antragsberatung. Wir waren vorhin beim Sachgebiet stehen geblieben und hatten dazu schon eine Einführung bekommen. Es geht um die gewerkschaftliche Leitorientierung. Hier ist die Sprecherin der Antragsberatungskommission Marianne Demmer.

Ich rufe als ersten Antrag auf den Antrag B 001. Ich bitte die Sprecherin der Antragsberatungskommission um das Wort. – Marianne, Du hast das Wort.

Marianne Demmer, Sprecherin der Antragsberatungskommission

Vielen Dank. – Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Vor der Mittagspause hatte ich bereits eine allgemeine Einführung gegeben. Mir wurde allgemein berichtet, dass der Kongress in Erwartung der Bundeskanzlerin davon vermutlich nicht alles oder vielleicht sogar gar nichts mitbekommen hat. (Widerspruch) – Wunderbar. Ich wollte Euch aber auch beruhigen. Ich möchte jetzt nämlich nicht alles wiederholen, (Beifall) würde aber doch noch gerne zwei Bemerkungen machen, bevor wir jetzt mit der konkreten Beratung über den Antrag B 001 beginnen.

Wir haben ja gehört: Auch für Frau Merkel sind die Menschenrechte, ist die Würde des Menschen Leitorientierung. Streit bekommen wir allerdings offenbar, wenn es konkret wird. Wie niedrig kann zum Beispiel ein Mindestlohn sein, ohne die Menschenwürde zu verletzen? Es hörte sich so an, als würde mit dieser Frage das Einvernehmen zwischen DGB und Bundeskanzlerin bereits einer harten Prüfung unterzogen werden.

Aber die Bundeskanzlerin hat auch auf ein Zweites hingewiesen: dass unsere Leitorientierung nämlich sehr anspruchsvoll ist. Dem kann man nur zustimmen. Ich glaube, wenn man es genau nimmt: Eine anspruchsvollere Orientierung als die, die wir gewählt haben, kann man gar nicht wählen. Doch niemand soll sich täuschen! Die Würde des Menschen ist keine abgehobene Messlatte; die Würde des Menschen ist eine höchst alltägliche Angelegenheit. Ich finde, gerade die Fotografien, die wir bekommen haben, haben darauf sehr eindrücklich hingewiesen. Sie ist eine höchst alltägliche Angelegenheit, um die individuell und kollektiv jeden Tag aufs Neue gekämpft werden muss.

Damit, denke ich, können wir zum Leitantrag, zu B 001 kommen. Ich sage kurz die Stichworte: vorausschauende und soziale Politik, soziale Gerechtigkeit, Zukunft des Sozialstaats und der solidarischen Sicherungssysteme, neue Finanzarchitektur

des Sozialstaats, Arbeit und Arbeitslosigkeit, der Mensch darf nicht zu einem Kostenfaktor reduziert werden, Chancengleichheit für Männer und Frauen, gesellschaftliche Integration unserer Migrantenbevölkerung, Bildung und Ausbildung, berufliche und gesellschaftliche Teilhabe. Das sind die Stichworte des Leitantes.

Die Antragsberatungskommission – das habt Ihr Eurem Antragspaket entnommen – empfiehlt Annahme von B 001.

Sinitscha Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Vielen Dank, Marianne. – Zu diesem Antrag liegt mir eine Wortmeldung vor. Ich bitte Hohmann, Jürgen von ver.di, Teilnehmernummer 282, ans Rednerpult.

Jürgen Hohmann

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will zum Leit Antrag B 001 einige Sätze hier sprechen. Ich bin sehr einverstanden mit dem Motto, mit dieser programmatischen Erklärung. Ich habe aber Zweifel, ob wir mit unseren Bündnispartnern, die darin zitiert werden, die richtige Richtung einnehmen. Zumindest ist das für mich etwas missverständlich formuliert.

In den Zeilen 420 bis 424 – am Ende des Antrages – sagt der Bundesvorstand: „Wir appellieren an Arbeitgeber, Kirchen, Sozialverbände und Parteien, nach einer gescheiterten Umverteilungspolitik von unten nach oben mit uns gemeinsam neue Wege zu beschreiten.“ Das ist für mich eine Formulierung, die im Grunde auch unterstellen kann, dass wir mit den Triebkräften in der Gesellschaft, die diese Umverteilungspolitik organisiert haben und die Nutznießer dieser Umverteilungspolitik sind – diese Ackermanns, Schrempps, Walters und Rogowskis –, jetzt an sie appellieren, auf ihrem Weg umzukehren.

Ich sage: Das reicht mir nicht. Ich stelle fest: In dieser Gesellschaft haben wir nicht alle die gleiche Zielsetzung, sondern wir haben unterschiedliche Zielsetzungen. Das heißt, ich kann nicht mit jedem in diesem Land, in dieser Gesellschaft ein Bündnis eingehen, nämlich mit Herrn Walter und mit Herrn Schrempp genau nicht. Das ist mir in diesem Teil sehr gutherzig gedacht; es lädt im Grunde alle ein. Aber ich bin sicher, wenn ich mir das reale Leben in diesem Land vor Augen führe. Die Erklärung von Frau Merkel heute hier ist ja eine andere Erklärung als die vor zwei Jahren auf dem Leipziger Parteitag, wo sie eine Thatcher-Rede gehalten hat. Ich frage mich angesichts der Rede heute hier, die mich beeindruckt hat: Hat sie Fortschritte gemacht? Hat sie gelernt? Oder hat sie uns nur Honig um den Bart geschmiert? Das frage ich mich. Wir werden ja in der vor uns liegenden Zeit sehen, was sie denn tatsächlich tut, ob das in unserem Sinne ist. Insofern können wir das dann bewerten.

Ich stelle fest, dass diese Formulierung, die hier angegeben ist, nicht den Erfordernissen der Auseinandersetzung in der Bundesrepublik gerecht wird. Ich wünsche mir eine bessere Formulierung, habe aber keinen Änderungsantrag gestellt. Das bedauere ich. (Beifall)

Sinitscha Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Uns liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wird eine weitere Diskussion gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Damit kommen wir nun zur Abstimmung. Wer für die Empfehlung der Antragsberatungskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Somit ist der Antrag einstimmig angenommen. Vielen Dank.

Ich rufe den Antrag B 002 auf. Marianne, Du hast das Wort.

Marianne Demmer, Sprecherin der Antragsberatungskommission

Antrag B 002, Seite 44: Dieser Antrag hat eine ähnliche Stoßrichtung wie der Leit-antrag. Er ist vom DGB-Bezirksvorstand Bayern vorgelegt worden. Wir empfehlen, diesen Antrag zur Annahme als Material zu B 001.

Die Inhalte in diesem Antrag sind für die konkrete Umsetzung von B 001 wichtig. Der Antrag enthält zudem Punkte, die auch in anderen Anträgen ausführlicher dargestellt und begründet werden. Also Annahme als Material zu B 001.

Sinischa Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Zu diesem Antrag liegt mir eine Wortmeldung vor. Ich bitte Dr. Schirach, Fritz von der Gewerkschaft ver.di, Delegiertennummer 367, ans Rednerpult.

Dr. Fritz Schirach

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im gemeinsamen Entwurf des DGB-Bundesvorstands zum Schwerpunkt „Soziale Sicherungssysteme“ – „Erstens. Der Sozialstaat ist das Fundament von Demokratie und Freiheit“ – stand: „Der Fortbestand zweier unterschiedlicher Rechtsgebiete in der gesetzlichen Rentenversicherung in Ost- und Westdeutschland muss überwunden werden. Eine abschließende Regelung ist in der laufenden Legislaturperiode anzustreben.“

Jetzt steht in unserem B 002 – Zeilen 192 bis 195 –: „Die Finanzierung der Deutschen Einheit als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die über Steuern und nicht über die Sozialversicherungsbeiträge finanziert werden muss.“ Das ist eine sehr dürftige Formulierung, die übriggeblieben ist. Ich bin im Prinzip der Meinung, dass das richtig ist. Aber es steht dort überhaupt nichts mehr von der Anpassung.

Ich hatte ja schon vorgestern ein paar Bemerkungen dazu gemacht, dass wir inzwischen in ver.di ein entsprechendes Modell vorgelegt haben. Ich bedauere es sehr, dass wir hier solch eine verwaschene Formulierung haben. Mir ist zwar klar, dass das später im H 007 noch etwas deutlicher gesagt wird, aber ich lege Wert darauf, dass wir zumindest in der Diskussion darauf hingewiesen haben. – Danke schön. (Beifall)

Sinischa Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Vielen Dank. – Uns liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher nun zur Abstimmung.

Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Somit einstimmig. Der Antrag wird als Material an den Antrag B 001 angehängt.

Wir kommen nun zum Antrag B 003. Ich bitte die Antragsberatungskommission um ihre Stellungnahme.

Marianne Demmer, Sprecherin der Antragsberatungskommission

Bei dem Antrag B 003 auf Seite 51 geht es um ein Daueranliegen gewerkschaftlicher Politik: die Politik der Umverteilung von unten nach oben stoppen. Wir empfehlen auch bei diesem Antrag Annahme als Material zum Leitantrag B 001.

Sinischa Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Zu diesem Antrag liegen keine Wortmeldungen vor. Wird dennoch Diskussion ge-

wünscht? – Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Empfehlung der ABK ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Somit ist einstimmig Annahme als Material zum Antrag B 001 beschlossen.

Ich rufe auf Antrag B 004 und bitte die Sprecherin der Antragsberatungskommission um ihre Stellungnahme.

Marianne Demmer, Sprecherin der Antragsberatungskommission

Antrag B 004 auf Seite 52. Mit diesem Antrag bringt der DGB-Bezirksvorstand Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt nach unserer Ansicht eine sehr interessante Idee in die Debatte, nämlich ein Gütesiegel für verantwortungsvolle Unternehmen. Wir möchten diese Idee intensiver verfolgt sehen, aber sie ist noch nicht konkret genug ausgeführt. Wir empfehlen deshalb auch hier Annahme als Material zu Antrag B 001.

Sinischa Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Zu diesem Antrag liegen uns keine Wortmeldungen vor. Wird Diskussion gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Empfehlung der ABK ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! - Einstimmig. Somit wird der Antrag als Material dem Antrag B 001 angehängt.

Wir kommen zu Antrag B 005. – Marianne, Du hast das Wort.

Marianne Demmer, Sprecherin der Antragsberatungskommission

Antrag B 005, Seite 5. Dieser Antrag der IG Metall erhebt eine Reihe von Forderungen zur Integration von Migrantinnen und Migranten. Der Antrag wendet sich dezidiert an die politisch Verantwortlichen in Bund und Ländern. Kernaussage dieses Antrags ist: Integration setzt Chancengleichheit und Rechtsgleichheit voraus. Die Antragsberatungskommission empfiehlt Annahme.

Sinischa Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Zu diesem Antrag liegt eine Wortmeldung vor von Davi, Giuseppe von der IG BCE, Delegiertennummer 70. Du hast das Wort.

Giuseppe Davi

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht in irgendeiner Zeitung oder im Fernsehen über Integration berichtet wird. Vielfach wird den Migranten vorgeworfen, sie wollten sich nicht integrieren, sie seien nicht integrationsfähig. Vergessen wird dabei, dass Migrantinnen und Migranten, zumeist angeworben als Gastarbeiter, zum Wohlstand dieser Gesellschaft beigetragen haben. Dies gilt auch heute noch. Sie sind aktiv in Gewerkschaften und setzen sich in Betrieben und Verwaltungen als Vertrauensleute und Betriebsräte aktiv für die Durchsetzung der Arbeitnehmerrechte ein.

Richtig ist, dass Menschen, die in Deutschland leben, auch die deutsche Sprache lernen sollten. Ausreichende Deutschkenntnisse sind eine wesentliche Voraussetzung für den Zugang zu Beschäftigung und im alltäglichen Leben. Aber genauso notwendig ist, für diejenigen, die an einem Sprachkurs teilnehmen wollen, ein ausreichendes Angebot zur Verfügung zu stellen. Wir wollen, dass nicht nur Neueinwanderer einen Anspruch auf Teilnahme bekommen, sondern alle Zugewanderten, unabhängig davon, wie lange sie bereits in Deutschland leben. Wir wollen einen qualifizierten Sprachkurs, der aber nicht zu gewährleisten ist mit einer Finanzierung von 2,05 Euro pro Stunde und Teilnehmer.

Teilhabe an der Gesellschaft und Beschäftigung sind nicht allein mit dem Erlernen der deutschen Sprache zu erreichen. Notwendig ist, Rahmenbedingungen für Integration und Chancengleichheit zu schaffen. Dazu gehört ein sicheres Aufenthaltsrecht zum Beispiel für Menschen, die zwar schon lange in Deutschland leben oder hier geboren sind, aber immer noch keinen Aufenthaltsstatus bekommen. Es kann doch nicht angehen, dass Jugendliche, die hier einen Schulabschluss erreicht haben und eine Berufsausbildung beginnen wollen, nur dann eine Arbeitserlaubnis bekommen, wenn sie sich zuvor verpflichten, nach der Ausbildung Deutschland freiwillig wieder zu verlassen. Wir fordern daher ein Bleiberecht für die rund 200.000 Menschen, die alle drei oder sechs Monate ihre Duldung verlängern lassen müssen. Auch Handwerker, beispielsweise aus Bosnien, die schon zehn Jahre in Deutschland leben, sollen weiter in Deutschland bleiben dürfen.

Integration braucht Gleichbehandlung. Immer noch nicht umgesetzt ist die EU-Antidiskriminierungsrichtlinie. Immer noch versuchen die Arbeitgeber und die Wirtschaftsverbände inklusive der FDP, ein umfassendes Antidiskriminierungsgesetz zu verhindern. Dabei bräuchten wir dringend ein Beschwerde- und Klagerecht zum Beispiel für Behinderte, wenn sie bei Hotelbuchungen abgewiesen werden, oder Klagemöglichkeiten für Migranten, wenn ihnen ein Mietvertrag verweigert wird. Wer Menschen wegen ihrer Hautfarbe oder wegen einer Behinderung benachteiligt, verstößt gegen die Menschenrechte. Deshalb brauchen wir endlich ein Antidiskriminierungsgesetz, das seinen Namen auch verdient.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir wollen eine Integration, die nicht die Aufgabe der eigenen Kultur voraussetzt. Notwendig sind der gegenseitige Respekt vor der Kultur und die Einhaltung von Gesetzen. Das gilt sowohl für den Schulbesuch von Kindern von Migranten als auch für ihre Sicherheit von Leib und Leben. Migrantinnen und Migranten dürfen nicht für gesellschaftliche und wirtschaftliche Probleme verantwortlich gemacht werden. Wenn türkische Jugendliche trotz Real-schulabschluss und guter Noten in Deutsch und Mathematik keine Ausbildungsstelle bekommen, kann das ja wohl nicht an mangelnder Vorqualifikation liegen, sondern wohl eher an dem Mangel von Ausbildungsplätzen.

Wenn wir Integration wollen, dann dürfen parteipolitische Auseinandersetzungen nicht auf dem Rücken von Migranten ausgetragen werden. Dieses führt nur zu einer Abwendung der Migranten von dieser Gesellschaft, und gleichzeitig fühlen Rechtsextreme sich bestätigt. Nun hat die Bundeskanzlerin vorgeschlagen, einen Integrationsgipfel durchzuführen. Richtig. Aber in diesem Gipfel müssen auch Migrantinnen und Migranten zu Wort kommen. (Leichter Beifall)

Dies wird in dem Initiativantrag „Aktionsplan für Integration und Chancengleichheit entwickeln“ gefordert. Es bedarf der Schaffung von Rahmenbedingungen für eine Eingliederung in die Gesellschaft. Mit dem Initiativantrag sollen Maßstäbe gesetzt werden für die Entwicklung eines Aktionsplans, der die Integration und die Gleichberechtigung in den Vordergrund stellt. Daher unterstütze ich auch den Inhalt dieses Antrages.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Um unserem Motto gerecht zu werden, unterstützt bitte diesen Antrag. – Danke schön. (Beifall)

Sinischa Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Vielen Dank. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Somit ist der Antrag einstimmig angenommen.

Ich rufe auf Initiativantrag 1. Marianne, Du hast das Wort.

Marianne Demmer, Sprecherin der Antragsberatungskommission

Der Vorredner hat im Prinzip auch schon für den Initiativantrag 1 gesprochen. Er wurde eingereicht von der IG Metall und wird von zahlreichen Kolleginnen und Kollegen auch aus anderen Gewerkschaften unterstützt.

Dieser Initiativantrag fordert den DGB auf, in der aktuell entbrannten Debatte um Integration mit einem eigenen Aktionsplan „Integration und Chancengleichheit“ Profil zu zeigen und Orientierung zu geben. Dies halten wir deshalb für besonders wichtig, weil in unserer Gesellschaft die eingewanderten Mitbürger immer noch eher als Belastung denn als Bereicherung angesehen werden und Integration immer noch sehr häufig verwechselt wird mit Assimilation, also mit bedingungsloser Unterordnung unter eine wie auch immer geartete Leitkultur.

Wir empfehlen deshalb dringend die Annahme von Initiativantrag 1, auch als Ergänzung zum Antrag B 005, den wir eben verabschiedet haben.

Sinischa Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Vielen Dank, Marianne. Mir liegt eine Wortmeldung vor. Odenwald, Stephanie, GEW, Delegiertennummer 74, Du hast das Wort.

Stephanie Odenwald

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich spreche zum Initiativantrag 2, „Kürzung des Etats für Integrationskurse“. Letzten Mittwoch hat der Bundestag eine Etatkürzung von 67 Millionen bei den Integrationskursen für unsere Migrantinnen und Migranten beschlossen. 67 Millionen von insgesamt 207 Millionen. Dem ging voraus eine wahre Flut von Stellungnahmen aus allen Gegenden der Bundesrepublik – von den Volkshochschulen, der AWO, der GEW, von Beschäftigten in diesem Weiterbildungsbereich. Alle haben darauf hingewiesen, dass der bestehende Etat von 207 Millionen nicht ausreicht und diese Integrationskurse unter den unmöglichsten Bedingungen stattfinden: Viel zu voll gestopfte Kurse, die Kursleiter werden unglaublich schlecht bezahlt, sodass sie von diesem Geld kaum leben können. Auch das gehört dazu. Man muss also dringend diese Finanzierung verbessern.

Was ist passiert? Keiner hat es geglaubt, obwohl die Migrationsbeauftragte Böhmer Eckpunkte herausgegeben hat zur Verbesserung dieser Kurse. Trotzdem wird nun um 67 Millionen Euro gekürzt. Die CDU hat ihre eigene Staatsministerin sozusagen im Regen stehen lassen. Gleichzeitig hat Bundesinnenminister Schäuble gesagt, es soll kein Kurs ausfallen, und wenn doch, dann kann dieser Etat im Laufe des Jahres wieder aufgestockt werden.

Wir sollten jetzt Druck machen, damit diese Kürzung zurückgenommen wird, sonst ist auch der Integrationsgipfel eine Farce. (Beifall)

Ich verbinde damit auch das dringende Anliegen, dass die Kolleginnen und Kollegen, die die Arbeit machen in diesen Integrationskursen, anständig bezahlt werden, weil sich die Wertschätzung der Migrantinnen und Migranten auch in der Wertschätzung der Pädagoginnen und Pädagogen widerspiegelt, die diese Sprachkurse geben. (Beifall)

Sinischa Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Vielen Dank. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Noch zur Klarstellung: Wir stimmen hier über den Initiativantrag 1 ab. Nicht, dass es zu Verwirrungen kommt, denn hier wurde soeben über Integrationskurse gesprochen aus dem Initiativantrag 2.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Somit einstimmig angenommen. Vielen Dank. (Vereinzelt Beifall)

Ich rufe auf Initiativantrag 2. Die Sprecherin der Antragsberatungskommission hat das Wort.

Marianne Demmer, Sprecherin der Antragsberatungskommission

Zu diesem Antrag hat Stephanie Odenwald jetzt schon gesprochen. Schaut doch bitte zuerst auf die Nummerierung der jeweiligen Initiativanträge, weil wir sie in der Tat nacheinander aufrufen, sonst entstehen unter Umständen Unklarheiten.

Zu diesem Initiativantrag 2 muss ich gar nicht mehr viel sagen. Dieser Initiativantrag beinhaltet den dringenden Appell, den Etat für die Integrationskurse nicht zu kürzen, sondern im Gegenteil genügend Geld für genau diese Vorhaben zur Verfügung zu stellen.

Wir empfehlen als Antragsberatungskommission die Annahme dieses Initiativantrages in der Fassung der Antragsberatungskommission. Die Fassung der Antragsberatungskommission enthält eine ganz geringfügige Änderung, die in dem vorliegenden Papier jetzt nicht ausgedruckt worden ist. Es ist aber wirklich eine Marginalie. Deshalb sage ich es kurz.

Am Ende des zweiten Absatzes steht ein Klammerzusatz, „siehe Eckpunkte Böhmer“. Diesen Klammerzusatz haben wir in unserer Beratung gestrichen, weil wir den Eindruck haben, er ist für das Antragsbegehren unerheblich und möglicherweise auch gar nicht für jeden verständlich. Dieser Klammerzusatz soll also gestrichen werden. Ansonsten empfehlen wir Annahme dieses Initiativantrages.

Sinischa Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Vielen Dank. Mir liegen keine Wortmeldungen vor. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Somit einstimmig angenommen.

Noch einmal der Hinweis: Auch bei Wortmeldungen zu Initiativanträgen genau angeben, für welchen gesprochen werden soll, also I 1, I 2 oder I 3.

Ich rufe auf Initiativantrag 3. Marianne, Du hast das Wort.

Marianne Demmer, Sprecherin der Antragsberatungskommission

Initiativantrag 3 wurde vom DGB-Bundesvorstand vorgelegt zum Thema „Rechtsextremismus nicht länger verdrängen und verharmlosen“. Die Übergriffe auf Menschen mit schwarzer Hautfarbe in den letzten Monaten, aber auch der in der letzten Woche veröffentlichte Verfassungsschutzbericht, der auf eine erhebliche Zunahme rechtsextremistischer Gewalttaten hinweist, sind Anlass dieses Initiativantrages. Die öffentliche Diskussion der letzten Tage um die so genannten „no go areas“ verweist auf die außerordentliche politische Brisanz dieses Themas, gerade auch im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft.

Mit diesem Initiativantrag machen wir als DGB klar: Rechtsextremismus darf seitens der Politik nicht länger verdrängt oder verharmlost werden. Rechtsextremismus muss bekämpft werden.

Der DGB und seine Einzelgewerkschaften stehen in dieser Frage in einer guten Tradition, die es fortzuführen gilt. Wir sollten darin alle ein zentrales Arbeitsfeld sehen. Die Antragsberatungskommission plädiert für die Annahme von Initiativantrag 3.

Sinischa Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Zu dem Initiativantrag liegen mir keine Wortmeldungen vor. Ist dennoch Diskussion gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Somit einstimmig angenommen. Vielen Dank. (Leichter Beifall)

Ich rufe auf Antrag B 006. Ich bitte die Sprecherin der Antragsberatungskommission. Marianne, Du hast das Wort.

Marianne Demmer, Sprecherin der Antragsberatungskommission

Antrag B 006 auf Seite 56. Dieser Antrag greift ebenfalls das Thema Rechtsextremismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit auf. Er behandelt es aber in einer sehr viel allgemeineren Form als der eben verabschiedete Initiativantrag.

Wir machen dazu folgenden Vorschlag: In den Punkten 1 bis 6, das sind die Zeilen 111 bis 230, sehen wir sehr sinnvolle Hinweise für die weitere Arbeit des DGB gegen Faschismus.

Wir schlagen deshalb die Annahme dieser sechs Punkte vor. Die Zeilen 1 bis 109 schlagen wir zur Annahme als Material zum Antrag B 001, also dem Grundlagenantrag, vor.

Sinischa Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Vielen Dank. Zu diesem Antrag liegen mir drei Wortmeldungen vor. Zuerst bitte ich Claudia Wörmann-Adam, Delegiertennummer 346, ans Rednerpult.

Claudia Wörmann-Adam

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich rede für die Antragsteller für den Antrag B 006, für ver.di. Wir begrüßen ausdrücklich den Hinweis, dass die Ziffern 1 bis 6 angenommen werden sollen. Aber wir finden es schlecht, dass die anderen Absätze als Material verwiesen werden sollen. Wir denken, das ist eine Entpolitisierung dieses Antrags.

Ich widerspreche ausdrücklich dem, was die Kollegin von der Antragsberatungskommission gerade gesagt hat. Unser Antrag ist nicht allgemeiner, er ist wesentlich konkreter, auch wesentlich konkreter als der vorangegangene. (Beifall) Wir gehen auf viel mehr Unterpunkte in der Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus, Neofaschismus, Antidiskriminierung ein, als das der Initiativantrag des Bundesvorstands getan hat. Wir gehen auf viele Unterpunkte ein, und einzelne möchte ich jetzt benennen.

Zu den sechs Spiegelstrichen, die zur Annahme empfohlen werden, gehört unbedingt auch die Beschreibung, der Hintergrund, warum wir zu diesen Forderungen gekommen sind. Das mag hart, das mag in Einzelfällen auch unbequem sein, gehört aber dazu.

Womit haben wir es in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Neofaschismus zu tun? Wir haben einmal das Phänomen, das auch der Antrag des Bundesvorstands aufgreift, nämlich die rechtsextreme Gewalt, die sich ausdrückt in körperlicher und verbaler Gewalt. Aber wir haben ein vielfach totgeschwiegenes, auch in unseren Reihen totgeschwiegenes Phänomen, das des Rechtspopulismus. Rechtspopulismus äußert sich in diskriminierenden Äußerungen, in diskriminierenden Witzen und in entsprechendem Verhalten gegenüber Menschen, die möglicherweise fremd erscheinen, gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund, gegenüber Menschen, die Roma und Sinti sind, gegenüber Menschen mit anderen

Religionen, zum Beispiel jüdischen oder muslimischen Glaubens, gegenüber Menschen mit Behinderungen, gegenüber Menschen mit anderer sexueller Identität, gegenüber Menschen, die obdachlos sind.

Wie offen diskutieren wir in den eigenen Reihen die Themen Neofaschismus und Rechtspopulismus? Wie offen diskutieren wir über Ausgrenzung und Diskriminierung? Wie bewusst gehen wir mit unserer eigenen Geschichte um, der Geschichte der in der Nazizeit verfolgten Gewerkschaftskolleginnen und Gewerkschaftskollegen? Warum sind eigentlich die in den Fünfziger- und Sechzigerjahren im DGB begonnenen Projekte „Ehrentafel“ beziehungsweise das „Goldene Buch der Erinnerung“ an unsere verfolgten Kolleginnen und Kollegen nicht fortgeführt worden?

Wir wünschen uns eine offene Diskussion hier und heute auf diesem Kongress und über diesen Tag hinaus in den Gewerkschaften vor Ort, auch wenn es unbequem wird. So gut es ist, dass in den Bezirken, Ländern und im Bund DGB und Einzelgewerkschaften in der vordersten Reihe stehen, um die Provokationen neofaschistischer Demonstrationen abzuwehren, so wichtig ist es auch, sich mit den Themen Rechtsextremismus, Neofaschismus, Rechtspopulismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung von Minderheiten auseinander zu setzen.

Michael Sommer hat in seinem Eingangsstatement gestern zitiert aus dem Schwur der Häftlinge von Buchenwald: „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg.“ (Beifall)

Ich habe durch meine Arbeit in diesem Politikfeld das Glück gehabt, viele ehemalige Widerstandskämpferinnen und -kämpfer kennen gelernt zu haben, unter ihnen auch diejenigen, die den Schwur von Buchenwald geschworen haben. Das hat mich geprägt. Wir sind es unserer Geschichte und dem Andenken an unsere verfolgten Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen schuldig, zu kämpfen (Beifall) gegen jede Form von Neofaschismus, Rechtspopulismus, gegen jede Form von Diskriminierung von Menschen anderer Herkunft, anderer Religion, anderer sexueller Identität oder mit Behinderungen. Wenn wir die Aussage „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg“ bejahen und ernst meinen, dann müssen wir uns der Auseinandersetzung mit unbequemen Themen stellen, auch mit unbequemen Themen und Personen in den eigenen Reihen. Das sei hier ausdrücklich vermerkt. (Beifall)

Deshalb bitte ich Euch, deshalb fordere ich Euch auf, stimmt gegen die Empfehlung der Antragsberatungskommission, die Absätze 1 bis 9 nur als Material zum Antrag B 001 zu verwenden. Sie sind nicht nur Feigenblatt. Die Auseinandersetzung mit diesen Themen darf nicht in der Materialsammlung verschwinden. Flagge zu zeigen ist an der Zeit. - Ich danke Euch. (Beifall)

Sinischa Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Vielen Dank. Als Nächster hat das Wort Christian Wechselbaum, NGG, Delegiertennummer 231.

Christian Wechselbaum

Ich spreche als Delegierter der DGB-Jugend. Wir unterstützen den Aufruf von ver.di gegen die Empfehlung der Antragsberatungskommission und wollen noch eine weitere Bemerkung machen.

Im Anschluss an diesen Antrag wird über einen Antrag der DGB-Jugend abgestimmt. Die Empfehlung der Antragsberatungskommission lautet Annahme als Material zu den lediglich sechs Ziffern, die noch angenommen werden sollen. Das halten wir für nicht in Ordnung und möchten Euch ebenfalls bitten, gegen die Empfehlung der Antragsberatungskommission zu stimmen. - Danke. (Beifall)

Sinischa Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Dann hat das Wort Gesche Blanken, ver.di, Delegiertennummer 303.

Gesche Blanken

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich komme von der ver.di-Jugend Hamburg. Auch ich möchte zu diesem Thema einige wenige Worte verlieren.

Wir sind uns sicherlich einig, dass wir als Gewerkschafterinnen gegen jede Art von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus sind und daher klare Zeichen setzen wollen und auch müssen. Dazu gehört sicherlich ein eindeutiges Ergebnis bei der Abstimmung über diesen Antrag, wie meine Vorredner das schon angemerkt haben.

Weiterhin ist aber der Grundsatz der Unvereinbarkeit einer Mitgliedschaft in einer rechtsextremen Partei oder einer rechten Vereinigung in fast allen unseren Satzungen klar festgelegt. Trotzdem gibt es Mitglieder in unserer Gewerkschaft, die gleichzeitig Mitglied in einer rechtsextremen Partei sind, wie beispielsweise in der NPD.

Auch im Hinblick auf die Außenwirkung dieses Kongresses, der wir uns hier ja sehr bewusst sein sollten und auch bewusst sind, möchte ich hiermit bitten, gegen die Empfehlung der Antragsberatungskommission zu dem Antrag B 008 zu stimmen, der aufgrund der vorgeschlagenen Nichtbefassung noch nicht einmal zur Diskussion gestellt wird. - Herzlichen Dank. (Beifall)

Sinischa Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Vielen Dank. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Gibt es noch weiteren Diskussionsbedarf? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir nun zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen möchte, bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - (Beifall) Die Empfehlung der Antragsberatungskommission ist abgelehnt. (Beifall)

Nun kommen wir dazu, über den Ursprungsantrag abzustimmen. Wer für den Ursprungsantrag B 006 ist, bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Bei ganz wenigen Gegenstimmen ist der Antrag angenommen. (Beifall)

Sinischa Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Wir kommen nun zu dem Antrag B 007. Ich bitte die Antragsberatungskommission um ihre Stellungnahme.

Marianne Demmer, Sprecherin der Antragsberatungskommission

B 007, Seite 60. Dieser Antrag des Bundesjugendausschusses hat ebenfalls das Thema Antirassismus zum Inhalt. Wir empfehlen als Antragsberatungskommission die Annahme als Material zum Antrag B 006. Wir haben nicht erkennen können, dass es hier um neue, andere Inhalte geht, die einen eigenständigen Antrag rechtfertigen.

Sinischa Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Vielen Dank. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Gibt es trotzdem Diskussionsbedarf? – Das ist nicht der Fall.

Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer für die Empfehlung der ABK ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Bei einigen Gegenstimmen ist der Antrag als Material dem Antrag B 006 anzuhängen.

Ich rufe den Antrag B 008 auf. Hierzu die Stellungnahme der Antragsberatungskommission.

Marianne Demmer, Sprecherin der Antragsberatungskommission

Antrag B 008, Seite 64. Dieser Antrag wurde ebenfalls vom Bundesjugendausschuss eingebracht. Die ausgedruckte Empfehlung – das habt Ihr eben schon in dem Redebeitrag gehört – auf Nichtbefassung zu diesem Antrag hat verschiedentlich Irritationen ausgelöst. Deshalb will ich einiges zur Erläuterung sagen.

Die Empfehlung Nichtbefassung bezieht sich natürlich nicht – ich muss es so betonen – auf den Inhalt. Diesen halten wir alle natürlich für wichtig. Ich glaube, es gibt niemanden hier im Saal, der rechtsradikale Parteigänger und Aktivisten in den Reihen des DGB und seiner Einzelgewerkschaften sehen möchte. (Leichter Beifall)

Wir hätten als Antragsberatungskommission statt der Empfehlung Nichtbefassung lieber einen Hinweis gebracht so in dem Sinne: Antrag erledigt durch bestehende Praxis. Aber diese Empfehlung, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehen die Regularien unserer Antragsberatung leider, sage ich an dieser Stelle, nicht vor.

Wir müssen deshalb für Nichtbefassung plädieren, und zwar aus folgendem Grund: Der Kongress darf oder sollte nicht den Eindruck erwecken, als hätten wir als DGB an dieser Stelle ein unerkanntes oder unbearbeitetes Problem. Das Gegenteil ist der Fall. Seit den Sechzigerjahren beschäftigen wir uns im DGB und in den Einzelgewerkschaften mit diesem Anliegen. Der letzte diesbezügliche Beschluss des Bundesvorstandes des DGB datiert vom 01.11.1987. Das ist für manche vielleicht lange her. Aber es war ein eindeutiger Beschluss, und dieser Beschluss und die Vorgängerbeschlüsse sind Bestandteil der Organisationshandakte des DGB. Inzwischen – das haben die Rückfragen bei den Einzelgewerkschaften ergeben – können wir sagen, dass alle Einzelgewerkschaften entweder durch ihre Satzung oder durch andere Organisationsfestlegungen eine Mitgliedschaft von Rechtsextremisten in ihren Gewerkschaften ausschließen. Es gibt mehrere Fälle, wo dieser Ausschluss auch praktisch vollzogen wurde, wenn man es in Erfahrung bekam. Dieser Ausschluss wurde, wenn nötig, bis hin zur gerichtlichen Klärung verfolgt. Insofern müssen wir uns also zum Glück mit diesem Anliegen auf formaler Ebene nicht mehr befassen.

Ich bitte Euch deshalb, der Empfehlung der Antragsberatungskommission auf Nichtbefassung nicht zu folgen.

Sinischa Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Kommen wir nun zur Abstimmung über die Empfehlung der ABK auf Nichtbefassung. Wer für diese Empfehlung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Mehrheitlich habt Ihr für Nichtbefassung gestimmt; somit wurde der Empfehlung gefolgt.

Ich habe hier eine Meldung zu einer persönlichen Erklärung zu diesem Antrag von Christian Wechselbaum, also hier im Anschluss.

Christian Wechselbaum

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag, den wir gerade auf Nichtbefassung gesetzt haben, ist nicht irgendwie aus dem freien Bauch entstanden, dass das mal gemacht werden muss, sondern es gab einen konkreten Fall. Die Jugend der entsprechenden Gewerkschaft hat versucht, ein Mitglied ausschließen zu lassen. Diese Person war nicht nur Mitglied der Gewerkschaft, es war auch ein Mandatsträger der Gewerkschaft. Die Jugend hat es nicht geschafft, dieses Mitglied los zu werden. Dadurch ist es entstanden, dass man den Umweg versucht hat, das Gan-

ze in den DGB hinein zu bringen und dort noch mal etwas zu machen. Ich bin jetzt – auch im Namen der DGB-Jugend – enttäuscht, dass es hier so weit kommen musste. – Ja, das war es eigentlich.

Sinischa Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Vielen Dank. – Ich rufe den Antrag B 009 auf. Hierzu die Stellungnahme, Marianne.

Marianne Demmer, Sprecherin der Antragsberatungskommission

Antrag B 009, Seite 65. Dieser Antrag des Bundesjugendausschusses gegen Wahlkampfempfehlungen ist in der ABK etwas auf Unverständnis gestoßen. Warum? Ihm liegt die Behauptung oder die Befürchtung zugrunde, dass es im Verlauf von Wahlkämpfen gemeinsame Verlautbarungen von DGB und politischen Parteien zu Wahlkampfzwecken gegeben hat oder geben wird. Dergleichen ist uns nicht bekannt. Wir befürchten auch keine Entwicklungen in diese Richtung, die eine Beschlussfassung auf Vorrat rechtfertigen würden.

Die ausgedruckte Empfehlung der ABK lautet bisher auf Ablehnung. Wir möchten als ABK diese Empfehlung ändern und empfehlen jetzt Nichtbefassung. Warum? Der Grund ist ein einfacher: Bei Ablehnung dieses Antrags könnte der Eindruck entstehen, als spreche sich der Kongress damit indirekt für gemeinsame Verlautbarungen von Gewerkschaften und politischen Parteien zu Wahlkampfzwecken aus. Das ist ja nun überhaupt nicht im Sinne der Antragsteller. Wir empfehlen deshalb zu diesem Antrag Nichtbefassung.

Sinischa Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Wir müssen zunächst über die Empfehlung der Antragsberatungskommission auf Nichtbefassung abstimmen. Wer der Empfehlung der ABK folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Bei mehreren Gegenstimmen wird der Empfehlung auf Nichtbefassung gefolgt.

Wir haben den Themenblock B nun abgeschlossen. Vielen Dank, Marianne, für die Führung durch den Themenblock „Gewerkschaftliche Leitorientierung“. (Beifall)

Wir kommen nun zum Sachgebiet C „Steuerpolitik“. Hier ist der Sprecher Ulrich Freese.

Ulrich Freese, Sprecher der Antragsberatungskommission

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ganz kurze Einleitung: Zu dem Komplex C „Steuerpolitik“ liegen insgesamt drei Anträge vor, ein allumfassender Antrag des DGB-Bundesvorstands einerseits und zwei weitere Anträge aus den DGB-Gliederungen, sodass dass ein sehr kurzer Komplex ist.

Sinischa Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Ich rufe den Antrag C 001 auf.

Ulrich Freese, Sprecher der Antragsberatungskommission

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag C 001 ist vom Bundesvorstand eingebracht unter dem Titel „Staatliche Steuerbasis stärken und Lasten gerecht verteilen – Eckpunkte für eine gerechte, ergiebige und wettbewerbsfähige Steuerpolitik“. Die Kernbotschaft dieses Antrags lautet: Wir brauchen zur Bestreitung der Staatsaufgaben ein höheres Steueraufkommen, und wir benötigen eine gerechte Verteilung

der Steuerlasten. Deswegen müssen hohe Einkommen und Vermögen stärkere Lasten tragen als bisher. Unternehmen müssen wieder einen angemessenen Beitrag zur Finanzierung des Steueraufkommens leisten.

Die wesentlichen Kernforderungen aus diesem steuerpolitischen Antrag sind leistungsgerechte Ausgestaltungen der Einkommensteuer. Das sind aus unserer Sicht: Förderung von Familien mit Kindern, gerechte Besteuerung von Arbeitseinkommen, Besteuerung von Unternehmen, Kapitaleinkünften und Veräußerungsgewinnen, Förderung von Bauen und Wohnen, höhere Besteuerung von Vermögen und Erbschaften, Steuer- und Beitragsfinanzierung wichtiger gesellschaftlicher Aufgaben, Fortentwicklung der ökologischen Steuerreform und Sicherung des Steuervollzugs durch qualifiziertes Personal, Betriebsprüfungen und Steuerfahndung.

Die Antragsberatungskommission schlägt die Annahme dieses Antrags vor.

Sinitscha Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Vielen Dank, Uli. – Uns liegen keine Wortmeldungen vor.

Damit kommen wir zur Abstimmung über diesen Antrag. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Somit ist der Antrag einstimmig angenommen. Vielen Dank.

Ich rufe auf den Antrag C 002. Uli, Du hast das Wort.

Ulrich Freese, Sprecher der Antragsberatungskommission

Schönen Dank, Sini. – Antragsteller für den Antrag C 002 ist der DGB-Bezirksvorstand NRW. Der Antrag trägt den Titel: Kurswechsel in der Finanz- und Steuerpolitik – Einnahmeverbesserungen für öffentliche Haushalte.

Dieser Antrag greift Kernforderungen des steuerpolitischen Leitanspruchs C 001 auf und ergänzt ihn an einigen Stellen. Dazu gehört zum Beispiel die Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs durch Karussellgeschäfte, ebenfalls die Forderung, dass eine Haushaltskonsolidierung nicht einseitig über die Ausgabenseite erfolgen darf. Aus diesem Grunde, eben weil es sich um Ergänzungen handelt, schlagen wir vor, den Antrag C 002 als Material zum steuerpolitischen Antrag C 001 anzunehmen.

Sinitscha Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Zu diesem Antrag liegen keine Wortmeldungen vor. Wird Diskussion gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Somit einstimmig. Der Antrag wird dem Antrag C 001 als Material angehängt.

Ich rufe auf den Antrag C 003. – Uli, Du hast das Wort.

Ulrich Freese, Sprecher der Antragsberatungskommission

Der Antragsteller für den Antrag C 003 ist der DGB-Bezirksvorstand Hessen-Thüringen. Er trägt den Titel: Ehegattensplitting.

Dieser Antrag geht damit ebenfalls in den Antrag C 001, Ziffern 92 bis 110, ein und hat zum Inhalt die konsequente Förderung von Familien mit Kindern. Gefordert werden die Abschaffung des Ehegattensplittings und der Steuerklasse 5 sowie die Einführung einer geschlechtergerechten Individualbesteuerung.

Weil inhaltliche Übereinstimmung besteht, schlagen wir auch hier vor: Annahme dieses Antrags als Material zu Antrag C 001.

Sinitscha Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Schönen Dank, Uli.

Zu diesem Antrag liegen uns keine Wortmeldungen vor. Gibt es dennoch Diskussionsbedarf? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Somit ist der Antrag angenommen und wird dem Antrag C 001 als Material angehängt. – Vielen Dank.

Wir haben damit das Sachgebiet „Steuerpolitik“ abgeschlossen. Von Seiten des Präsidiums schlage ich vor, dass wir jetzt eine kleine Pause einlegen. Mein Vorschlag ist eine Viertelstunde. Um 16. 30 Uhr treffen wir uns also wieder. Der Kongress ist unterbrochen.

(Unterbrechung des Kongresses: 16.14 Uhr)

(Fortsetzung des Kongresses: 16.36 Uhr)

Sinitscha Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir fahren mit unserem Kongress fort.

Wir kommen nun zu dem Sachgebiet D „Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, Tarifpolitik“. Auch hier wird uns Ulrich Freese durch das Programm führen. – Uli, du hast das Wort.

Ulrich Freese, Sprecher der Antragsberatungskommission

Schönen Dank, Sini. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum Komplex Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Tarifpolitik liegen insgesamt elf Anträge und ein Initiativantrag vor. Wir haben als Leitantrag den Antrag des DGB-Bundesvorstands vorweggestellt.

Sini, Du kannst D 001 aufrufen.

Sinitscha Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Vielen Dank, Uli. – Ich rufe den Antrag D 001 auf.

Ulrich Freese, Sprecher der Antragsberatungskommission

D 001, liebe Kolleginnen und Kollegen, DGB-Bundesvorstand, steht unter dem Titel: „Mehr Beschäftigung durch qualitatives Wachstum“. Hiermit beziehen wir in der aktuellen wirtschaftspolitischen Debatte Position. Arbeitslosigkeit und Wachstumsschwäche in Deutschland haben sowohl politische als auch strukturelle Ursachen. Zu den Letzteren zählen sowohl die Deutsche Einheit als auch die kapitalmarktorientierten Umbauaktivitäten der Unternehmerlandschaften – Stichwort: Shareholder-Value-Orientierung.

Die wirtschaftspolitischen Ursachen liegen unter anderem auch in einer nicht konjunkturgerechten Finanz- und Geldpolitik. Hinzu kommt aber gleichzeitig die Kaufkraftschwäche der privaten Haushalte. Der wirtschaftsliberale Kurs der letzten 25 Jahre hat die Probleme verstärkt. Steuern senken, der Abbau sozialer Leistungen, Lohnzurückhaltung und eine Sparpolitik der öffentlichen Haushalte haben unsere Bundesrepublik Deutschland nicht vorangebracht. Deshalb brauchen wir einen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik.

Dies bedeutet aus gewerkschaftlicher Sicht eine aktive Wirtschafts- und Kulturpolitik. Wir fordern ein Zukunftsinvestitionsprogramm für Bildung, Forschung und Entwicklung und ökologische Modernisierung. Ebenfalls gehört dazu eine stärkere Koordinierung der Finanzpolitiken auf europäischer Ebene. Die europäische Geldpolitik darf nicht nur die Preisstabilität im Auge behalten; sie muss auch für Wachstum sorgen. Bessere Regeln auf dem Arbeitsmarkt und auf den Kapitalmärkten helfen, die Lohnentwicklung zu stabilisieren und die Investitionstätigkeit zu fördern. Eine verteilungsneutrale Lohnentwicklung gehört ebenfalls dazu.

Diese Maßnahmen sind aus unserer Sicht notwendig, um wieder auf einen beschäftigungsfreundlichen Wachstumspfad zu gelangen. Wir schlagen Euch die Annahme von D 001 vor. (Leichter Beifall)

Sinischa Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Zu diesem Antrag liegen mir keine Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Empfehlung der ABK ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Somit ist der Antrag einstimmig angenommen. Vielen Dank.

Ich rufe den Antrag D 002 auf. Uli, Du hast das Wort.

Ulrich Freese, Sprecher der Antragsberatungskommission

Unter dem Stichwort „Öffentliches Investitionsprogramm“ hat der DGB-Bezirksvorstand Niedersachsen-Bremen – Sachsen-Anhalt diesen Antrag eingebracht. Er wird von uns als Ergänzung zum Antrag D 001 gesehen. Daher ist unsere Empfehlung: Annahme als Material zu D 001.

Sinischa Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Hierzu liegen uns keine Wortmeldungen vor. Wir kommen daher nun zur Abstimmung.

Wer für die Empfehlung der Antragsberatungskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Somit einstimmig. Der Antrag wird als Material an den Antrag D 001 angehängt.

Ich rufe den Antrag D 003 auf. – Uli, du hast das Wort.

Ulrich Freese, Sprecher der Antragsberatungskommission

D 003 trägt den Titel „Industrielle Arbeitsplätze und Einkommen entwickeln – Investitionsstrategien für Deutschland“ und ist vom DGB-Bezirksvorstand NRW eingebracht worden. Dieser Antrag zeigt eine Perspektive auf, wie Standortverlagerungen begegnet werden kann: durch Stärkung der Investitionsfähigkeit.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die industrielle Entwicklung durch eine innovationsfördernde Gestaltung der Rahmenbedingungen zu unterstützen und auch auf europäischer Ebene den notwendigen entsprechenden Einfluss zu nehmen.

Wir als ABK empfehlen Euch diesen Antrag in der geändert ausgedruckten Fassung zur Annahme.

Sinischa Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Uns liegen keine Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Empfehlung der ABK folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Mit einer Gegenstimme ist der Antrag in der geänderten Fassung angenommen.

Ich rufe den Antrag D 004 auf. – Die Antragsberatungskommission hat das Wort.

Ulrich Freese, Sprecher der Antragsberatungskommission

D 004 trägt den Titel „Subventionsstopp für Standortverlagerungen in Europa“ und ist – wen wundert es? – vom Bezirksvorstand Sachsen eingebracht worden. Wir schlagen Euch diesen Antrag in geänderter Fassung vor.

Für die Änderungen gibt es folgende Begründung. Die Änderungen sind aufgrund der neueren Entwicklung in der aktuellen politischen Diskussion in Deutschland sowie im Europaparlament erforderlich gewesen. Sie enthalten im Wesentlichen Konkretisierungen und Präzisierungen der in der ersten Fassung gestellten Forderung wie eine deutliche Senkung des Schwellenwertes sowie die Ansiedlung des geforderten Beobachtungs- und Informationssystems für Standortverlagerungen bei der europäischen Beobachtungsstelle in Dublin.

Wir schlagen also Annahme in der Euch vorliegenden geänderten Fassung vor.

Sinitscha Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Hierzu gibt es keine Wortmeldungen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Somit ist der Antrag einstimmig angenommen in der geänderten Fassung.

Ich rufe Antrag D 005 auf. – Uli, Du hast das Wort.

Ulrich Freese, Sprecher der Antragsberatungskommission

Der Antrag des DGB-Bezirksvorstands NRW trägt die Stichworte „Private Equity und Hedgefonds“. Hier wird auf eine konkrete Situation in Nordrhein-Westfalen bei Grohe Bezug genommen und gefordert, dass die steuerfördernden Bedingungen, die diese Praktiken möglich machen, zurückgenommen werden. Der Antrag richtet sich an den DGB-Bundesvorstand.

Von daher schlagen wir auch Annahme als Material an den DGB-Bundesvorstand vor, damit er von dort aus weiter bearbeitet werden kann.

Sinitscha Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Uns liegen keine Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der ABK folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Ist das da hinten eine Gegenstimme? – Mit zwei Gegenstimmen ist der Empfehlung Annahme als Material an den Bundesvorstand gefolgt worden.

Ich rufe Antrag D 006 auf. – Uli, Du hast das Wort.

Ulrich Freese, Sprecher der Antragsberatungskommission

Der Bundes-Frauenausschuss hat unter dem Titel „Arbeitszeit“ diesen Antrag D 006 eingebracht. Er beschreibt die derzeitige Debatte zur Arbeitszeit, und ich glaube, gerade die aktuelle Situation und der lang andauernde Arbeitskampf im öffentlichen Dienst machen deutlich, wie wichtig und wie richtig es ist, dass wir uns auch auf DGB-Bundeskongressen zur Frage der Arbeitszeit immer wieder positionieren und klar Position beziehen. Von daher empfehlen wir Annahme des Antrags D 006.

Sinitscha Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Hierzu gibt es keine Wortmeldungen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Emp-

fehlung der ABK folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Somit ist der Antrag einstimmig angenommen.

Ich rufe Antrag D 007 auf. – Uli, Du hast das Wort.

Ulrich Freese, Sprecher der Antragsberatungskommission

Antragsteller ist der DGB-Bezirksvorstand Niedersachsen-Bremen – Sachsen-Anhalt. Der Antrag steht unter dem Stichwort „Arbeitszeitgestaltung und Arbeitszeitverkürzung“. Er ist eine sinnvolle Ergänzung zum Antrag D 006 und beinhaltet einige wenige Spezifika. Deshalb empfehlen wir, diesen Antrag als Material zum Antrag D 006 anzunehmen.

Sinischa Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Auch hier gibt es keine Wortmeldungen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Mit einer Gegenstimme wird der Antrag als Material dem Antrag D 006 angehängt.

Ich rufe auf den Initiativantrag 4, gleichzeitig die Anträge D 008, D 009, D 010 und F 007. Ich bitte die Antragsberatungskommission um ihre Stellungnahme.

Ulrich Freese, Sprecher der Antragsberatungskommission

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Initiativantrag 4 ist vorweg gestellt worden. Wie Ihr dem Antragsbuch entnehmen könnt, haben wir für die Anträge D 008, D 009 und D 010 Annahme als Material an den DGB-Bundesvorstand zum Thema Mindestlohn empfohlen, und zwar im dem Wissen, dass innerhalb des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Einzelgewerkschaften ein intensiver Diskussionsprozess mit dem Ziel geführt worden ist, zu diesem Kongress einen Antrag einzubringen. Dieser Antrag unter dem Thema „Niedriglohnsektor: Lösung aus gewerkschaftlicher Sicht“ liegt uns heute zur Beratung vor.

Der Antrag ist sehr komplex und umfassend und beschäftigt sich mit der gesamten Situation der prekären Arbeitsverhältnisse. Einerseits hat er das Thema Mindestlohn zum Inhalt und fordert als Einstieg einen gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 Euro. Andererseits zeigt er aber auch Wege auf, die gegangen werden müssen, um die Tarifautonomie zu stärken, indem die Instrumentarien zur Erleichterung der Erteilung der Allgemeinverbindlichkeitserklärungen verbessert werden, die Ausweitung des Entsendegesetzes auf alle Wirtschaftsbereiche in den Fokus der politischen Entscheidungen gezogen wird ebenso wie gesetzliche Regelungen, die das untere Tarifentgelt in den jeweiligen Branchen als Mindestentgelt sichern sollen und die Einführung des einheitlichen gesetzlichen Mindestlohns. Das ist der eine Teil des Komplexes. Der zweite Teil des Komplexes beschäftigt sich mit Fragen des Kombilohns im Bereich des Niedriglohnssektors, und im dritten Bereich werden – deshalb wurde der Antrag F 007 mit einbezogen – die Fragen der Mini- und Midijobs angegangen, damit der rechtliche Rahmen geändert und im Minijobbereich zumindest verhindert wird, dass das, was neben dem Job noch gemacht wird, als Minijob gilt und nicht als Mehr- und Überarbeit betrachtet wird.

Die Antragsberatungskommission empfiehlt Annahme des Initiativantrags 4; damit sind die Anträge D 008, D 009, D 0010 und F 007 erledigt.

Sinischa Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Uns liegt eine Wortmeldung vor von Lothar Gritschke, ver.di, Teilnehmernummer 314, zum Initiativantrag 4 und zum Antrag D 008.

Lothar Gritschke

Grüß' Gott, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich komme aus dem Landesbezirk Bayern. Ich komme nicht nur aus dem Landesbezirk Bayern, sondern ich komme auch aus dem Einzelhandel und arbeite dort auch. Ich habe mir lange überlegt, ob ich mich zu Wort melde. Die nötige Inspiration hat mir heute auch das – das sage ich in Anführungsstrichen – „forsche“ Auftreten unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel gegeben, als sie sich vehement für Kombilohn und gegen gesetzliche Mindestlöhne ausgesprochen und uns eigentlich durch ihre Aussagen auch den Kampf angesagt hat. Diesen Kampf müssen wir annehmen. Wir müssen auch diesen Druck, den Frau Merkel heute aufgebaut hat, zurückgeben und ebenfalls Druck machen. (Leichter Beifall)

Es ist auch gut, dass Initiativantrag 4 die Bereiche der prekären Beschäftigung, der Mini- und Midijobs, das Thema gesetzlicher Mindestlohn und auch die Kombilohn-Geschichte miteinander verknüpft. Das gehört alles zusammen. Gestern in Redebeiträgen und auch vorgestern im Bericht des Geschäftsführenden Bundesvorstandes ist schon gesagt worden, dass natürlich der gesetzliche Mindestlohn eine Seite ist, die Tarifverträge die andere Seite sind. Das muss miteinander verknüpft werden.

Dazu gehört auch das Entsendegesetz. Ein praktisches Beispiel. Im Einzelhandel gab es die Allgemeinverbindlichkeitserklärung für die Tarifverträge. Diese gibt es schon seit einigen Jahren nicht mehr. Dort geschieht Folgendes: Zum Beispiel ist eine berühmte Firma mit dem Knopf im Ohr zwar im Arbeitgeberverband, aber ohne Tarifbindung. Die zahlt ihren Angestellten jetzt schon den Mindestlohn von 7,50 Euro. Arbeitgeber treten in diesem Prozess aus dem Flächentarifvertrag aus. Sie beantragen OT-Mitgliedschaft und bleiben trotzdem im Arbeitgeberverband.

Dies schreitet zum Beispiel im Einzelhandel weiter fort. Das können wir nicht hinnehmen. Deswegen müssen wir auch aktiv eintreten für den Mindestlohn und gegen Kombilöhne, für ein branchenspezifisches Entsendegesetz für alle Branchen und natürlich gegen die so genannten Kombilöhne.

Lasst mich noch Beispiele nennen für Einzelhandelsbetriebe oder Fachgeschäfte, die nicht im Arbeitgeberverband organisiert sind. Die zahlen noch viel weniger. Zum Beispiel die Firma Wöhrl. Sie haben auch andere Arbeitsbedingungen. Weitere Beispiele sind Lidl, Aldi, Norma und so weiter.

Von daher gilt meine Aufforderung, die gesetzlichen Mindestlohnforderungen auch weiter als Kampagne zu führen – in jedem Betrieb, in jeder Verwaltungsstelle, in jedem Krankenhaus und so weiter. Es gibt Unterschriftenaktionen, es gibt diese schönen Anstecker. Lasst uns in die Betriebe gehen und diese Kampagne führen! – Danke. (Beifall)

Sinischa Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Vielen Dank, Lothar. Mir liegt eine weitere Wortmeldung vor. Michael Sommer, Vorsitzender des DGB.

Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Natürlich unterstütze ich die Empfehlung der Antragsberatungskommission. Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil vielfach draußen spekuliert wird, wir würden hier nicht über Inhalte beraten. Wir sind hier an einem ganz zentralen Punkt dieses Kongresses, wo es darum geht, eine klare Botschaft nach drinnen und nach draußen zu geben. Ich möchte diese Botschaft noch einmal herüberbringen, um mitzuhelfen, dass sie draußen verstanden wird. (Beifall)

Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes legt hiermit den Delegierten ein Konzept vor. Ein Konzept, das deutlich machen soll: Nicht der Niedriglohnsektor ist die Lösung, sondern seine Abschaffung, Kolleginnen und Kollegen. Das muss unser Ziel sein. (Beifall)

Ohne meinem Referat morgen vorgreifen zu wollen, ist es notwendig, an dieser Stelle etwas zu sagen. Ich bin stolz darauf, dass es uns gelungen ist, in einer vierjährigen Diskussion die stehende Meinung in diesem Land zu drehen. Wir kennen doch alle den Unsinn dieser Sinns und anderen, die da meinen, man müsste Löhnen von 1 Euro, 1,50 Euro das Wort reden, ein bisschen Kombi darauf, dann würde es diesem Land besser gehen. Nichts wird besser damit! (Beifall)

Wir haben hier nach langer und schwieriger Diskussion ein Konzept erarbeitet. Ich weiß, dass wir vielfach darüber geredet haben, dass man nicht gleichzeitig den Berg hinauf und hinunter gehen kann, dass wir natürlich auch die Tarifautonomie ehrenwert verteidigen, den Wert von Gewerkschaften darstellen müssen. Wir müssen auch deutlich machen: Ja, wir wollen die Ausweitung des Entsendegesetzes auf alle Branchen, ja, wir wollen den Missbrauch der Minijobs beenden, und zwar den Missbrauch der Minijobs, mit denen Arbeitgeber reguläre Arbeit spalten. Das ist einer der Gründe, warum wir sozialversicherungspflichtige Beschäftigung verloren haben, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Ich sage in aller Deutlichkeit: Wir haben vom Kongress 2002 den Auftrag bekommen – damals in einer sehr strittigen Debatte, ob wir dieses Konzept annehmen oder nicht –, eine Kampagne gegen niedrige Einkommen in Deutschland zu fahren. Wir haben diese Kampagne geführt. Wir haben sie erfolgreich geführt. Wir sind aber nicht am Ende. Wir sind jetzt an dem Punkt, ob wir uns durchsetzen oder nicht.

Natürlich habe ich heute morgen auch die Bundeskanzlerin gehört. Ein bisschen differenzierter will ich schon sagen, was ich gehört habe. Sie hat 7,50 Euro abgelehnt, aber nicht die Notwendigkeit von gesetzlichen Mindestlöhnen. Einen gesetzlichen Mindestlohn, der letztlich nichts anderes ist als ein Armutslohn, brauchen wir nicht. Wir brauchen einen richtigen gesetzlichen Mindestlohn, der sich international sehen lassen kann. (Beifall)

Mein Hinweis im Hinblick auf die Kanzlerin war ja nicht so, dass wir mit 7,50 Euro das Ende aller Zeiten ansehen. Wenn sie auch vielfach außenpolitisch bewundert wird und auch Kontakt zu unseren französischen Nachbarn hält, muss man einfach sagen: Der SMIG in Frankreich geht jetzt auf über acht Euro. Mir haben Kolleginnen und Kollegen aus Frankreich gesagt, mit denen ich darüber rede: Passt auf, dass Ihr in dieser Frage nicht den billigen Jakob in Europa macht. Auch das ist ein ganz wichtiger Punkt, den wir dabei berücksichtigen müssen. (Beifall)

Ich fordere uns alle auf, wirklich diesen Kongress – und die Zeit danach, denn das kann man nicht häufig genug sagen – zu nutzen, um deutlich zu machen: Arbeit darf nicht arm machen. Wir brauchen Maßnahmen gegen diesen Niedriglohnsektor. Ein wichtiger Schritt dabei ist der gesetzliche Mindestlohn von 7,50 Euro, aber es geht um mehr. Wir beschreiben das in diesem Antrag. Ich bitte Euch, den nicht nur hier zu unterstützen, sondern vor allen Dingen draußen in den Betrieben, in den Verwaltungen, in den Diskussionen mit den Nachbarn und mit den Parteien! (Beifall)

Sinitscha Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Vielen Dank, Michael. Mir liegt keine weitere Wortmeldung vor. Ich bitte die Antragsberatungskommission, die Stellungnahme zu wiederholen.

Ulrich Freese, Sprecher der Antragsberatungskommission

Unsere Stellungnahme ist Annahme von I 4. Dadurch sind die Anträge D 008, D 009, D 010 und F 007 erledigt.

Sinitscha Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Vielen Dank. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen möchte, bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Bei mehreren Gegenstimmen ist der Antrag angenommen. (Beifall)

Ich rufe auf den Antrag D 011. Uli, Du hast das Wort.

Ulrich Freese, Sprecher der Antragsberatungskommission

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag D 011 ist vom Bundes-Jugendausschuss eingebracht worden und trägt den Titel „Gegen gesetzliche Öffnungsklauseln zur Umgehung des Tarifvertragsgesetzes“. Dieses Thema hat in der politischen Diskussion, in der öffentlichen Diskussion, insbesondere im letzten Jahr, eine ganz besondere Rolle eingenommen. Deshalb hat die Antragsberatungskommission den Antragstext so präzisiert, dass er auch eine klare, deutliche Aussage enthält und dem Begehren der Antragsteller gerecht wird.

Wir empfehlen die Annahme des Antrags in geänderter Fassung.

Sinitscha Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Vielen Dank. Uns liegen keine Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen möchte, bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Einstimmig in geänderter Fassung angenommen. Vielen Dank.

Vielen Dank auch an Dich, Uli, für Deine Führung durch das „Sachgebiet Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, Tarifpolitik“. (Beifall)

Wir kommen nun zum Sachgebiet „Struktur- und Umweltpolitik“. Durch dieses Sachgebiet wird uns Wolfgang Rhode von der Antragsberatungskommission führen. Er wird erst ein paar Anmerkungen zu dem Sachgebiet machen.

Wolfgang Rhode, Sprecher der Antragsberatungskommission

Kolleginnen und Kollegen! Zu dem Themenfeld „Struktur- und Umweltpolitik“ liegen uns insgesamt sieben Anträge vor. Vier Anträge beschäftigen sich mit dem Thema Energiepolitik, zwei Anträge mit Industriepolitik und Mittelstand, und einen Antrag gibt es zum Thema Verkehrspolitik.

Wir beginnen mit dem Antrag E 001. Der Antrag E 001 wird vom DGB-Bundesvorstand gestellt und formuliert ein energie- und rohstoffpolitisches Gesamtkonzept, das sich in seinen politischen Grundlinien an den Zielen Umwelt- und Klimaschutz, Beschäftigungssicherung, Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit orientiert. Der Antrag entwickelt die im Grundsatzprogramm des DGB von 1996 dargelegte sozialökonomische Reformstrategie weiter.

Sowohl der globale Frieden als auch der Schutz und die gerechte Verteilung der natürlichen Ressourcen der Erde können dauerhaft nur auf der Basis einer nachhaltigen Entwicklung gesichert werden. Mit einer effizienten globalen Rohstoff- und Energiepolitik können die Lebensbedingungen der Menschen verbessert, das Klima geschützt und mit innovativen und produktiven Energietechniken zukunftsfähige Beschäftigungsfelder geschaffen werden.

Zentrales Instrument für die Weiterentwicklung einer Energiestrategie ist ein lang-

fristiger, nachhaltiger Energiemix. Der DGB fordert die Bundesregierung auf, mit ambitionierten Zielen und Fördermaßnahmen den Energiemix unter Gleichwertigkeit der Faktoren Versorgungssicherheit, Preiswürdigkeit und Umweltschutz insbesondere im Bereich der CO₂-Reduzierung auszurichten.

Die Antragsberatungskommission empfiehlt Annahme.

Sinischa Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Zu dem Antrag E 001 liegt uns keine Wortmeldung vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen möchte, bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - War das eine Gegenstimme? Noch einmal Gegenprobe! - Somit ist der Antrag einstimmig angenommen. Vielen Dank.

Ich rufe auf den Antrag E 002. Wolfgang, Du hast das Wort.

Wolfgang Rhode, Sprecher der Antragsberatungskommission

Der Antrag E 002 ist ein gemeinsamer Antrag der IG BCE und der IG Metall. Der Antrag hebt die besondere wachstums- und beschäftigungspolitische Rolle des industriellen Sektors als Verbund von Industrie und industrienahen Dienstleistungen hervor und formuliert wesentliche industriepolitische Anforderungen.

Die Antragsberatungskommission empfiehlt die Annahme, allerdings mit folgender Änderung: In den Zeilen 152 bis 154 soll die Passage zwischen den Wörtern „sowie“ und „unterstützen“ gestrichen werden. Wir sind der Meinung, dass die Forderung, zielgerichtet industrieverwertbare Forschung staatlich zu finanzieren, die Grenze zur Subvention überschreitet und zu Mitnahmeeffekten führt. Es kann bei staatlicher Förderung nur um Grundlagen- und anwendungsorientierte Forschung gehen. Öffentlich geförderte Forschung muss der Allgemeinheit und nicht einzelnen Unternehmen dienen.

Sinischa Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Vielen Dank, Wolfgang. Uns liegen keine Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen möchte, bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Bei wenigen Gegenstimmen ist der Antrag in geänderter Fassung angenommen.

Ich rufe auf den Antrag E 003. Wolfgang, Du hast das Wort.

Wolfgang Rhode, Sprecher der Antragsberatungskommission

Dieser gemeinsame Antrag von TRANSNET und ver.di fordert einen höheren Stellenwert der Verkehrspolitik und betont die Bedeutung staatlichen Handelns zur Erreichung verkehrspolitischer Ziele. Zugleich wird eine stärkere Beteiligung des DGB an den verkehrspolitischen Debatten und an der Vorbereitung verkehrspolitischer Entscheidungen eingefordert. Es werden Kernforderungen für eine bezahlbare, bürgernahe, soziale und ökologisch nachhaltige Verkehrspolitik aufgestellt und die Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur des Logistikstandortes Deutschland und des öffentlichen Verkehrs als zentrale Handlungsfelder benannt.

Mit der Forderung nach einer Ausweitung der Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur mit Vorrang für den Erhalt sowie die übergreifende Vernetzung der Verkehrsträger und eine Ablehnung der Kürzungspläne bei den öffentlichen Regionalisierungsmitteln für den Schienenpersonenverkehr sind zugleich Rahmenbedingungen angesprochen, die wesentliche Bedeutung für die Verkehrsmittelproduktion haben.

Die Antragsberatungskommission empfiehlt die Annahme dieses Antrages, allerdings mit folgenden Änderungen:

Der Absatz ab Zeile 70 soll lauten: „Die Standortverlagerung von Verkehrsgewerbe nach Malta und Zypern zeugt von politischen Versäumnissen, die Dumpingpraktiken noch verschärfen.“ Aus Sicht der Antragsberatungskommission präzisiert dies die ursprüngliche Formulierung.

Die vorgeschlagenen Änderungen in den Zeilen 149 bis 153 unterstreichen stärker als in der ursprünglichen Formulierung die Bedeutung eines nachhaltig orientierten Verkehrssystems beim Erreichen der klimapolitischen Ziele von Kyoto.

Außerdem empfiehlt die Antragsberatungskommission die Änderung des Absatzes von Zeile 303 bis 306. Wir sind der Auffassung, dass nicht nur die im DGB vertretenen Verkehrsgewerkschaften an der Debatte zum Masterplan Güterverkehr und Logistik beteiligt werden sollten, sondern ebenfalls der DGB selbst.

Wie gesagt, unsere Empfehlung lautet Annahme mit den soeben erläuterten Änderungen.

Sinischa Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Vielen Dank. – Uns liegen zwei Wortmeldungen vor. Als Erster hat Michael Kalis von der Gewerkschaft ver.di, Delegiertennummer 378 das Wort.

Michael Kalis

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin gelernter Speditionskaufmann. Das müsst Ihr jetzt einfach wissen: Für den Spediteur ist nichts zu schwör. (Leichte Heiterkeit)

Verkehrspolitische Dinge, logistische Dinge befassen mich schon sehr lange, die haben bei mir schon einen richtigen Bart. Der DGB befasst sich auch schon sehr lange mit diesen Problemfeldern. Ich bin nicht Elke Heidenreich, und trotzdem möchte ich Euch eine Broschüre wirklich noch mal ans Herz legen. Diese Broschüre „Verkehr macht Arbeit“ hat aber noch kein Happy End. Daran müssen wir arbeiten.

Die Logistikbranche ist mit circa 2,5 Millionen Beschäftigten die drittgrößte Branche nach der Automobilbranche und dem Gesundheitswesen in diesem unserem Lande. Unsere Chancen bei dem aktiven Umgang mit diesem Bereich und unseren Regelungszielen sind deshalb so stark, weil Verkehr tatsächlich jeden betrifft, jeden Bürger. Nur ein paar Beispiele: Gefährdungen im Verkehr, Staus, Gefahrguttransporte, aber auch die Tatsache, dass der Verkehr für die Versorgung sorgt, wecken das Interesse der Bürger und sind deshalb, wie gesagt, auch eine Chance in der Diskussion zu diesem Thema für uns.

Ein attraktiver Logistikstandort in Deutschland kann Arbeitsplätze trotz der Zerschlagung von Industriearbeitsplätzen in, wie gesagt, Deutschland und Europa möglich machen. In diese Bereiche muss nicht nur der Staat investieren. Es investieren jetzt schon seit Jahren auch die entsprechend in diesem Markt agierenden Firmen. Sie müssen dies tun, weil die Konkurrenz groß ist.

Das Bundesverkehrsministerium – Ihr habt es gerade eben noch mal von der Antragsberatungskommission gehört – arbeitet gemäß Koalitionsvertrag an einem Masterplan für den Güterverkehr und die Logistik. Deutschland hat eine hohe Logistikkompetenz und ist deshalb auch in vielen Firmen in der Lage, Logistikgeschäfte nach Deutschland zu generieren oder im europäischen Ausland zu handeln.

Nicht alle Arbeitsverhältnisse in diesem Bereich sind heute so, dass wir sie als menschenwürdig bezeichnen würden: Werksverträge, Leiharbeit, geteilte Dienste,

Teilzeit. Ihr habt auch diese Themen zum Teil schon gestern und heute angesprochen. Sie sind oft die Regel. Gerade deshalb müssen wir im DGB und in den Einzelgewerkschaften unsere Pflöcke setzen. Verkehr soll uns nicht arm und krank machen, sondern gesünder und zu einem würdevollen Leben verhelfen.

Vielen Dank. Ich bitte um ein Votum entsprechend der Empfehlung der Antragsberatungskommission. (Beifall)

Sinischa Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Vielen Dank. – Nun hat Marianne Dankert-Hammer das Wort, Gewerkschaft Transnet Delegiertenummer 253.

Marianne Dankert-Hammer

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Mit ihrem gemeinsamen verkehrspolitischen Antrag möchten die Gewerkschaften TRANSNET und ver.di, dass die Verkehrspolitik des DGB auf eine humane Gestaltung der Mobilität ausgerichtet ist. Der Antrag möchte dazu beitragen, dass sich der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften stärker in die verkehrspolitische Debatte einbringen. Er betont die Gemeinsamkeit der DGB-Gewerkschaften in der Verkehrspolitik. Wir möchte eine humane Mobilität, human für die Beschäftigten, für die Kunden und für die Umwelt.

Das Thema Verkehrspolitik hat oftmals nicht den Stellenwert, den es haben sollte, oftmals auch nicht in unseren eigenen Reihen. Dabei, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind wir alle von den Auswirkungen der Verkehrspolitik betroffen. Wir sind betroffen als Beschäftigte, als Verkehrsteilnehmer oder als Nutznießer der Verkehrsverknüpfungen, aber auch als Leidtragende, wie als Unfallopfer oder Lärmgeschädigte.

Eines der Kernstücke des Antrags ist die Schaffung sozialer Standards im Verkehr über die Grenzen der Verkehrsträger hinweg. Es kann nicht angehen, dass allein den angeblichen Vorzügen des freien Marktes gehuldigt wird, was oftmals bedeutet, dass diese Vorzüge auf dem Rücken der Beschäftigten entstehen. So sind beispielsweise unsere Kolleginnen und Kollegen im Straßengüterverkehr und im Berufsfernverkehr extrem langen Arbeitszeiten ausgesetzt und geraten somit durch die Öffnung der Märkte immer mehr unter Druck. Diese Kolleginnen und Kollegen verdienen unsere Solidarität. Die Schaffung sozialer Mindeststandards, zum Beispiel bei den Arbeitszeiten, über alle Verkehrsträger hinweg schafft auch sichere Arbeitsbedingungen bei den Beschäftigten anderer Verkehrsträger, zum Beispiel bei den Lokführern, die wir als Gewerkschaft TRANSNET vertreten.

Ein zweites wichtiges Thema, das ich ansprechen möchte, ist das Thema Güterverkehr und Logistik. Die Koalitionspartner – das wurde eben schon erwähnt - haben einen Masterplan Güterverkehr und Logistik angekündigt, und da wird hinter den Kulissen mit den Unternehmensvertretern bereits kräftig diskutiert. Damit aber auch die eben erwähnten sozialen Belange eine Rolle spielen können, müssen der DGB und die in ihm vertretenen Verkehrsgewerkschaften an dessen Konzipierung und Umsetzung beteiligt werden. Dies ist ebenfalls eine der zentralen Forderungen dieses Antrags.

Zum Dritten will ich nicht verhehlen, dass es manchmal auch Unterschiede in den Auffassungen der Gewerkschaften geben kann. Diese tauchen in dem gemeinsamen Antrag naturgemäß nicht auf, denn es ist Ziel dieses Antrags, gemeinsam nach vorn zu gehen.

Einen Unterschied möchte ich jedoch gleichwohl kurz erwähnen; denn hier zeichnet sich bisher noch keine Lösung ab: Die Gewerkschaft TRANSNET fordert die Einführung einer Kerosinsteuer, zur Not auch auf nationaler Ebene. Man kann über

die Sinnhaftigkeit dieser Forderung lange streiten; sie ist bei uns insbesondere aus Sicht der Kolleginnen und Kollegen entstanden, die bei den Eisenbahnunternehmen arbeiten. Es ist aus unserer Sicht nicht einzusehen, dass die Arbeitsplätze im Schienenfernverkehr aufgrund einer fehlenden Energiebesteuerung in der Luftfahrt unter Druck geraten, übrigens oftmals durch so genannte Billigflieger, für die betriebliche und gewerkschaftliche Interessenvertretung zum Teil ein Fremdwort ist. Die Einführung einer Kerosinsteuer würde deren Preise denen der Luftfahrtgesellschaften annähern, die sich fair zu ihren Beschäftigten verhalten. Es werden immer wieder europäische Lösungen diskutiert, aber seit Jahrzehnten passiert hier nichts. Im Interesse eines gemeinsamen Antrags finden sich hier allerdings keine Forderungen in dieser Richtung. Im Antrag C 001 zur Steuerpolitik findet sich die Forderung nach einer europaweiten, darüber hinaus gehenden Kerosinsteuer. Nur, das fordern wir schon länger, und bisher ist nichts passiert.

Wir sollten hier als DGB unser Profil noch einmal schärfen, damit wir auch einen Einfluss zur Verbesserung der Situation haben. Ich bitte Euch wie mein Vorredner um die Annahme dieses Antrags und bedanke mich für Eure Aufmerksamkeit. (Beifall)

Sinitscha Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Vielen Dank. – Mir liegen auch keine weiteren Wortmeldungen vor. Also kommen wir zur Abstimmung. Wer für die Empfehlung der ABK ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Somit ist der Antrag in der geänderten Fassung einstimmig angenommen.

Ich rufe den Antrag E 004 auf.

Wolfgang Rohde, Sprecher der Antragsberatungskommission

Dieser Antrag der IG Metall trägt der Tatsache Rechnung, dass die gewerkschaftliche Einmischung in die mittelstandspolitische Debatte zunehmend wichtig wird, um dem Abbau von Arbeitnehmerrechten entgegen zu wirken. Wir empfehlen als Antragsberatungskommission die Annahme dieses Antrags.

Sinitscha Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Zu diesem Antrag liegen mir keine Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Empfehlung der Antragsberatungskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Somit einstimmig angenommen. Vielen Dank.

Ich rufe den Antrag E 005 auf. – Wolfgang, Du hast das Wort.

Wolfgang Rohde, Sprecher der Antragsberatungskommission

Die Antragsberatungskommission empfiehlt in Bezug auf den Antrag E 5 Annahme als Material zu Antrag E 1. Der Antrag E 1 ist der umfassendere Antrag zum Thema Energiepolitik. Die energiepolitischen Vorschläge zu den Punkten 1 bis 3 werden in erster Linie aus der Sicht einzelner Technologie- beziehungsweise Energiebranchen in Nordrhein-Westfalen behandelt. Die im Punkt 4 genannten Forderungen zum Emissionshandel sind umfassend und werden dadurch, dass sie Material zu dem Antrag E 1 sind, in die Positionsfindung des Deutschen Gewerkschaftsbundes einbezogen.

Sinitscha Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Vielen Dank. Zu diesem Antrag liegen uns keine Wortmeldungen vor. Deshalb

kommen wir nun zur Abstimmung. Wer für die Empfehlung der Antragsberatungskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Somit einstimmig als Material dem Antrag E 001 angehängt.

Ich rufe auf den Antrag E 006 und den Antrag E 007. – Wolfgang, Du hast das Wort.

Wolfgang Rhode, Sprecher der Antragsberatungskommission

Der Antrag E 006 betont die Wichtigkeit eines zukunftsfähigen Kohlebergbaus. Die Antragsberatungskommission empfiehlt die Annahme des Antrags E 006. Damit wäre der gleich lautende Antrag E 007 erledigt.

Sinischa Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Vielen Dank. Zu diesem Block der Anträge liegt uns keine Wortmeldung vor. Wir kommen deshalb zur Abstimmung. Wer für die Empfehlung der Antragsberatungskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Somit einstimmig angenommen. Vielen Dank.

Wir haben an der Stelle das Sachgebiet E – Struktur- und Umweltpolitik – abgeschlossen. Vielen Dank von dieser Stelle aus an die Antragsberatungskommission. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute sehr gut gearbeitet. Deshalb können wir an dieser Stelle die Antragsberatungen unterbrechen und uns dem nächsten Tagesordnungspunkt zuwenden, der Verabschiedung der ausgeschiedenen GBV-Mitglieder.

Dazu möchte ich das Wort an Michael Sommer übergeben.

Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Aus dem Geschäftsführenden Bundesvorstand scheidet Heinz Putzhammer und Ursula Engelen-Kefer aus. Gestattet mir zuerst ein Wort zu Heinz Putzhammer.

Heinz Putzhammer hat es – davon bin ich fest überzeugt – verdient, auch wenn er heute selber nicht hier sein kann, dass dieser Kongress seine Arbeit und Tätigkeit würdigt. Heinz Putzhammer ist und bleibt für uns ein Kollege, der sehr, sehr, sehr erfolgreich gearbeitet hat. (Beifall)

Ich will ihm in Eurem Namen danken für die Arbeit, die er geleistet hat, und zwar in allen Sachgebieten. Heinz Putzhammer ist ein Mensch – so habe ich ihn lange Zeit kennen gelernt –, der verlässlich gearbeitet hat, der sich nie geschont hat, der konsequent war und dabei immer versucht hat, verbindlich zu bleiben, nicht laut zu werden; aber er konnte schon, wenn es Not tat, auch beißen. Auch das gehört mit dazu. Menschen, die an die Spitze von Organisationen gestellt werden, müssen auch auf ihre Art und Weise durchsetzungsfähig sein.

Ich freue mich, Euch sagen zu können, dass ich heute Nachmittag mit Heinz telefoniert habe. Es geht ihm, glaube ich, gut, jedenfalls wesentlich besser als noch in der vergangenen Woche, als ich ebenfalls mit ihm sprach. Man hört das ja zum Teil auch an der Stimme und an der Modulation. Heinz hat mich ausdrücklich gebeten, Euch seinen Gruß auszurichten. Er hat sich dafür bedankt, dass wir an ihn denken und bei ihm stehen. Diesen Dank möchte ich an Euch weitergeben. (Beifall)

Allerdings will ich auch, weil wir hier ja auch ein bisschen für die Annalen der Gewerkschaftsgeschichte arbeiten und über diesen Kongress ein Wortprotokoll führen, an einigen Stellen doch noch etwas zu Heinz und seinem Werdegang sagen.

Heinz Putzhammer war Volksschullehrer in Bayern. Er wurde dann im Jahre 1977 Vorsitzender des GEW-Landesverbandes Bayern. 1980 wurde er in den Geschäftsführenden Vorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft gewählt. 1997 wurde er stellvertretender Vorsitzender der GEW, und 1998 wählte ihn der DGB-Kongress zum geschäftsführenden Vorstandsmitglied.

Ich habe Heinz persönlich kennen gelernt bei zahlreichen Tarifrunden des öffentlichen Dienstes, die er für die GEW begleitete, wo er dann jeweils - insbesondere auch in Stuttgart und bei den Vorbesprechungen – eine maßgebliche Rolle spielte. Dann will ich etwas Persönliches sagen, weil ich glaube, wir sollten auch sehen, welche Potentiale wir in uns haben:

Ich erinnere mich an den DGB-Kongress 1998 in Düsseldorf. Nachdem ein Kollege zu mir sagte: „Nun stell dir mal vor, jetzt verantwortet für uns ein Volksschullehrer die Wirtschaftspolitik in einer globalisierten Wirtschaft“ – dies nur zum Thema „Menschlichkeit kennt keine Grenzen“ –, muss ich heute feststellen: Heinz hat es allen bewiesen, was er kann und was er drauf hatte gerade im Thema Wirtschaftspolitik, Makroökonomie und so weiter und so fort. (Beifall)

Heinz ist immer dafür eingetreten, die Verbindung von Arbeit und Umwelt zum Programm zu machen. Heinz ist dafür eingetreten, dass wir die Nachhaltigkeit in der Wirtschaftspolitik einfordern. Heinz ist dafür eingetreten, dass wir uns gegen den Mainstream des Neoliberalen stellen und wieder eine vernünftige Wirtschaftspolitik einfordern, eine vernünftige makroökonomische Politik. Und das war Teil seines Wirkens.

Ich will in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass er in zahlreichen Aufsichtsgremien gesessen hat, zum Beispiel im Kuratorium des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung hier in Berlin. Er hat mich dabei maßgeblich unterstützt. Ich bedanke mich ausdrücklich bei ihm dafür, dass es gelungen ist, im Rahmen der Hans-Böckler-Stiftung das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung einzurichten. Auch das ist sein Verdienst, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Und Heinz ist jemand, der sich dem europäischen Gedanken besonders verbunden gefühlt hat. Er hat im EWSA, dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss lange Zeit mitgearbeitet, war in vielen Expertenkommissionen für eine bessere Wirtschaftspolitik in Europa eingetreten. Nicht zuletzt will ich auch darauf verweisen, dass er uns vertreten hat in der TUAC; das ist der gewerkschaftliche Kreis bei der OECD, in dem wir als Gewerkschaften Einfluss nehmen wollen und können auf die Politik der OECD, also der Organisation für Entwicklung und Zusammenarbeit.

Kolleginnen und Kollegen! Heinz Putzhammer hat darüber hinaus den Bereich Tarifpolitik verantwortet und damit den Tarifpolitischen Arbeitskreis und Tarifpolitischen Ausschuss, der ein wichtiges Koordinationsgremium in unserem DGB ist. Heinz Putzhammer hat die Finanzen des DGB verantwortet, auch in schwieriger Zeit, und Heinz Putzhammer hat auch die Wirtschafts- und Strukturpolitik insgesamt verantwortet und natürlich auch das Handwerk.

Ich will jetzt nicht alle Stationen und alle Arbeitsbereiche herausgreifen, für die er verantwortlich zeichnete. Ich will allerdings noch auf einen Punkt hinweisen:

Heinz war für uns auch der „Mann für besondere Fälle“. Heinz hat uns nämlich vertreten in Gremien, die gesellschaftspolitisch wichtig sind, auch wenn sie nicht immer im Fokus der Debatte stehen. Er war und ist Mitglied des Ausschusses Corporate Governance, in dem es darum geht, dass wir zu einer vernünftigen Unternehmensführung in Deutschland kommen. Er war Mitglied des Ethikrates. Er war Mitglied der Enquete-Kommission, die sich gerade auch mit Migrationsfragen und Ähnlichem beschäftigt hat. Das heißt, Heinz hat uns in vielen Bereichen vertreten,

würdig vertreten, maßgeblich vertreten, einflussreich vertreten, in denen wir als Gewerkschaften andere zusätzliche Politikfelder bestellen müssen. Nicht zuletzt will ich daran erinnern, dass er uns auch im Innovationsrat beim Bundeskanzler vertreten hat.

Kolleginnen und Kollegen! Ich will es noch einmal zusammenfassen: Wir, die deutschen Gewerkschaften, haben Heinz Putzhammer viel, sehr viel zu verdanken. Und das will ich hier auch unter Beweis stellen. Ich bitte um den entscheidenden Applaus für die Tätigkeit von Heinz Putzhammer. (Starker, lang anhaltender Beifall)

Ich hoffe, er hat es gehört oder sieht es über Phoenix, wo es auch übertragen wird. Nun zu Dir, Ursula! Liebe Ursula, Du warst 16 Jahre lang Stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Du stehst für eine herausragende Lebensleistung im Bereich von Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Und dafür wollen wir uns heute bei Dir bedanken, liebe Ursula. (Anhaltender starker Beifall)

Gestatte mir, dass ich auch zu Dir noch einiges, was Deinen Werdegang und was Deine Persönlichkeit anbetrifft, sage. Ich nehme an, Du wirst noch Gelegenheit nehmen, Dich vom Kongress zu verabschieden. Ich würde es wirklich für gut halten, dass Du das tust.

Ich will deutlich machen, dass Ursula Engelen-Kefer sicherlich für eine Gewerkschafterin einen ungewöhnlichen Lebensweg gegangen ist, aber einen, auf den wir stolz sein können. Ursula hat studiert und promoviert, übrigens zu einem Thema, das, wie ich glaube, sie nie losgelassen hat, nämlich zur Arbeitsmarktsituation, wie ich sagen möchte, in den USA in den Sechzigerjahren Jahren, vermute ich, weil die Promotion 1970 veröffentlicht wurde. Das heißt also zu einer Situation, in der der amerikanische Arbeitsmarkt auch dadurch gekennzeichnet war, dass es noch massenhaft Formen von Rassendiskriminierung gab, und zwar offene Formen von Rassendiskriminierung.

Ursula war dann drei Jahre, wenn ich das richtig nachgelesen habe, in den USA als freie Korrespondentin für die „ZEIT“ und hat dort erlebt, was es heißt, soziales Unrecht täglich vor Augen zu haben, was es heißt, arm zu sein, was es heißt, zwei oder drei Jobs zu brauchen, was es heißt, diskriminiert zu werden. Und nach allem, was ich von ihr weiß, hat sie diese Erfahrung nie losgelassen; sie hat sie mit geprägt.

Ursula Engelen-Kefer ist dann in die, wie ich sagen möchte, Dienste des Deutschen Gewerkschaftsbundes eingetreten. Zuerst beim WSI; danach wurde sie Abteilungsleiterin – das hatte sie gestern erzählt – in der Bundesvorstandsverwaltung in Düsseldorf; bei Gerd Muhr, vermute ich. Sie wurde im Jahre 1984 Vizepräsidentin der Bundesanstalt für Arbeit, wie sie damals noch hieß, ernannt von der damaligen Bundesregierung; wie ich nachgelesen habe, wohl zu dem Zeitpunkt, als wir mitten in der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche in der Metallindustrie waren. Sie blieb es sechs Jahre lang bis zu ihrer Wahl zur Stellvertretenden DGB-Vorsitzenden.

Ich glaube, Ursula, ich tue Dir nicht Unrecht, wenn ich sage: Du hast auch persönlich eine emotionale Beziehung zu dieser Bundesagentur für Arbeit, zu dieser Bundesanstalt. Sie ist ein Teil Deines Lebens, Deines Wirkens und Deiner Geschichte. Du hast nie versäumt deutlich zu machen, dass Du Dich neben den Gewerkschaften besonders auch dieser Bundesagentur, wie wir sie heute nennen, verpflichtet fühlst.

Auch in Deiner späteren Berufstätigkeit bei uns hat sie Dich nicht losgelassen. Du warst in den Selbstverwaltungseinrichtungen immer als alternierende Vorsitzende und warst *die* Stimme für die Arbeitsmarktpolitik des DGB über 16 Jahre. Dass Du

das auch für die Sozialpolitik warst, wissen die Delegierten hier; das brauche ich nicht zu wiederholen.

Aber, Ursula, Du warst natürlich auch eine streitbare Kämpferin für das, was wir als Sozialstaat wollen und was manche heute etwas abschätzig als „nachsorgenden Sozialstaat“ bezeichnen.

Ich erinnere mich gut eines Ausspruches von Dir, der ein bisschen kennzeichnet, dass Du, wenn es Not tat, auch streitig eine Sache angehen kannst: mal mit Humor, mal mit einer etwas kessen Nebenbemerkung, mal mit einer, die man nicht gerne hört, jedenfalls die andere Seite nicht. Du hast einmal gesagt: Einigen Leuten ist heute „alles Soziale so peinlich wie Hämorrhoiden“. (Starker Beifall) – Ich erinnere mich dieses Ausspruches noch sehr genau. Ich glaube, das ist eine Aussage, mit der Du die andere Seite wirklich getroffen hast und bei der man an einem Satz fühlen kann, wofür du stehst, wofür wir stehen und wofür die anderen stehen.

Darüber, dass Du das klar und deutlich benannt hast, dass Du wirklich die Stimme für soziale Gerechtigkeit warst, dass Du Dich auch von Gegnern nicht hast einschüchtern lassen – auch dann nicht, wenn es schwierig wurde –, dafür möchte ich mich bei Dir persönlich bedanken, aber auch im Namen dieses Kongresses, liebe Ursula. (Lang anhaltender starker Beifall – Ein großer Teil der Delegierten erhebt sich von den Plätzen)

Kolleginnen und Kollegen, es kommt noch mehr! – Ursula, wir haben vier Jahre zusammengearbeitet. Ich habe viele Seiten an Dir kennengelernt, die man wahrscheinlich nur in der alltäglichen Zusammenarbeit kennenlernt. Ich will bewusst darauf eingehen. Dass Dein besonderes Engagement der Frauen- und Gleichstellungspolitik galt, weiß dieser Kongress; ich will das nur erwähnen. Du hast daran mitgeholfen, dass das Bewusstsein über die Notwendigkeit von Gleichstellung in diesem Land und bei den Gewerkschaften gewachsen ist.

Es gibt eine Facette, von der ich weiß, dass sie uns beide sehr eint, eine, die Dir sehr wichtig ist. Das ist die internationale Arbeit. Du warst über lange Zeit unsere Vertreterin in der Internationalen Arbeitsorganisation, und Du hast Dich besonders um den Ausschuss für Vereinigungsfreiheit gekümmert. Ursula Engelen-Kefer hat dort unermüdlich – unermüdlich! – den Finger in die Wunde gelegt, wo es darum ging, dass Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte verletzt wurden.

Ich will eindeutig sagen: Wir haben beide an zwei Projekten sehr intensiv gearbeitet und werden es sicherlich weiter tun. Es ging zum einen um die Frage: Wie kriegen wir die Verfolgung von Gewerkschaften mitten in Europa beseitigt? Ich rede hier über Weißrussland. Du hast unermüdlich dafür gesorgt, dass diese Verfolgung ein Thema wurde. Es gab viele – auch gerade in Europa, auch in der deutschen Regierung –, die dieses Thema aus diplomatischen Gründen lieber totgeschwiegen hätten. Leuten wie Lukaschenko aber muss man so lange auf die Finger hauen, bis sie ihr blutiges Werk lassen, Kolleginnen und Kollegen. (Starker Beifall)

Der zweite Punkt, an dem Du Dich im Kreis der ILO besonders für die Vereinigungsfreiheit engagiert hast, war Kolumbien; Kolumbien, ein Land, das ich vor zwei Jahren besuchen konnte, ein schönes Land, ein reiches Land, ein brutales Land. In Kolumbien sind im vergangenen Jahr ungefähr 300 Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ermordet worden. Ich sage bewusst „ermordet worden“. In den Jahren davor waren es Tausende und Abertausende. Hier Solidarität zu beweisen und zu organisieren, das war uns beiden wichtig – Dir und mir.

Ich will, Kolleginnen und Kollegen, bewusst diese Verabschiedung nutzen, um aufzurufen, nicht nachzulassen im Kampf um Gewerkschaftsrechte, um freie Gewerkschaften, um die Möglichkeit, sich zu organisieren, um die Abschaffung der Kinderarbeit – darin niemals nachzulassen, nirgendwo! (Beifall)

Was Kolumbien anbetrifft, nur noch einen Satz. Ich weiß, es geht um Dich, aber ich will trotzdem, weil es auch um Deine Inhalte geht, besonders sagen: Die meisten wissen ja gar nicht, wer dort umgebracht wird. Das sind auch Spitzenfunktionäre, aber es sind zum größten Teil ganz normale Menschen, die einer Gewerkschaft beitreten und die sich in ihr engagieren.

Ich habe mit der dortigen Lehrgewerkschaft gesprochen und mit den Blumenarbeiterinnen. Das Erste, was passiert, wenn die Lehrer in die Dörfer kommen, in denen die so genannten Rebellen und die anderen sind, und den Kindern sagen, dass es auch die Möglichkeit gibt, frei zu leben, demokratisch zu leben, seine Rechte wahrzunehmen, ist, dass Lehrer umgebracht werden. Das ist dort die Wirklichkeit.

Dass Ursula Engelen-Kefer mit dafür gesorgt hat, dass dieses Thema trotz Unmengen von Versuchen, es von der Tagesordnung zu nehmen, auf der Tagesordnung geblieben ist, das ist und bleibt ein bleibendes Verdienst von ihr. Ursula, dafür danke ich Dir auch persönlich. (Beifall)

Nun nehme ich an, dass Ihr lieber Ursula hören wollt als mich. Deshalb will ich nur einen letzten Satz sagen: Ursula, Du hast Dich um die Gewerkschaften, ja, um Deutschland verdient gemacht. Herzlichen Dank. (Starker Beifall)

Ursula Engelen-Kefer

Lieber Michael! Liebe Kolleginnen und Kollegen des Geschäftsführenden Bundesvorstands! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich zuallererst bedanken, lieber Michael, für Deine honorigen Worte. Ich weiß, das ist nicht selbstverständlich. Ich bin ganz gerührt von der Art und Weise, wie Du meine Arbeit hier vor diesem Kongress darstellst, und ich freue mich auch ganz besonders, dass Du auf das hinweist, was nicht im Rampenlicht der Öffentlichkeit steht, nämlich die Arbeit für die Internationale Arbeitsorganisation.

Ich will jetzt hier nicht beginnen mit einer Geschichte meiner Tätigkeit. Aber es sind ja nicht nur die 16 Jahre im Geschäftsführenden Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes als Stellvertretende Vorsitzende. Alles in allem bin ich noch erheblich länger, nämlich inzwischen 32 Jahre, für die deutschen Gewerkschaften und den Deutschen Gewerkschaftsbund tätig. Ich habe dies nicht nur mit dem Verstand, sondern ich glaube, auch sagen zu dürfen, mit Herz und Seele getan. Deshalb hat es mich ganz besonders gefreut, Michael, dass Du auch Deine Worte mit Herz und eben mit Verstand hier an die Delegierten und auch an mich gerichtet hast.

Ich habe begonnen im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut und dann im Deutschen Gewerkschaftsbund, und zwar genau mit der Tätigkeit, die Michael gerade zuletzt genannt hat, nämlich der Internationalen Arbeitsorganisation. Ich habe diese Arbeit seither immer weiter gemacht, selbst wenn das zeitlich oft kaum machbar war. Ich habe es getan aus Überzeugung, und ich habe mich ganz besonders eingesetzt für die Fälle, die man am liebsten verschweigt. Du hast vollkommen Recht: Über Weißrussland oder Kolumbien und das, was dort passiert, redet man nicht so gern, genauso wenig über Menschenrechtsverletzungen in China oder über das, was sich jetzt in den diktatorischen Systemen zulasten der Gewerkschaften in Venezuela oder in Guatemala abspielt. Ich danke Dir besonders dafür, dass Du dies hervorgehoben hast.

Dass ich mich auch in anderen Bereichen der Sozial-, Arbeitsmarkt- und Gleichstellungspolitik betätigt habe, ist sicherlich niemandem verborgen geblieben. Ich habe das sehr gern getan, und ich freue mich, dass es die eine oder andere Resonanz hatte. Es hat, wie überall im Leben, natürlich Erfolge und Misserfolge gege-

ben, aber ich denke, wenn man am Ende eine Bilanz zieht, kann man doch sagen, dass der Einfluss nicht unbemerkt geblieben ist und dass es vor allem eine Arbeit war für die Gewerkschaften und für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die von den Gewerkschaften vertreten werden.

Ich darf vielleicht auch für mich in Anspruch nehmen, dass für mich – egal, ob ich in den Gewerkschaften selber oder damals bei der Bundesanstalt als Vizepräsidentin tätig war – immer die Arbeit für die Gewerkschaften im Vordergrund stand. Damit habe ich mir, wie man sich leicht vorstellen kann, nicht immer nur Freunde gemacht. Ich erinnere nur daran, als ich damals als Vizepräsidentin in die Bundesanstalt für Arbeit kam. Es war mehr oder weniger eine Zerreißprobe, dass ich als Gewerkschafterin, und zwar als eine Gewerkschafterin, die immer deutlich ihre Worte formulierte, in einer Zeit, als die Kohl-Regierung amtierte, in einer Zeit, als es diese großen Auseinandersetzungen um die 35-Stunden-Woche und den Paragraphen 116 Arbeitsförderungsgesetz gab, überhaupt in dieses Amt gebracht wurde. Es war damals eines der höchsten Ämter, das einer Gewerkschafterin zugebilligt wurde, und das im Rahmen einer Bundesregierung, die ja weiß Gott nicht unbedingt gewerkschaftlich ausgerichtet war. Aber es war schon immer eines der maßgeblichen Markenzeichen meiner Arbeit, dass sie in kontroversen, in schwierigen Zeiten stattfand.

Als ich 1990 das Amt von Gerd Muhr als Stellvertretende Vorsitzende übernahm, sagte er mir: „Die guten Zeiten sind schon lange vorbei.“ So war es auch. Es kamen immer größere Kontroversen. Es kam die deutsche Einheit. Nach der deutschen Einheit ging es nach dem Motto: „Der reale Sozialismus ist tot. Es lebe der Kapitalismus.“ Alles wurde angegriffen, die Tarifautonomie ebenso wie die Eckpfeiler der sozialen Sicherung. Es ging dem Arbeitsrecht an den Kragen, ebenso dem Kündigungsschutz, und es gab Vorschläge und Vorhaben, auch die betrieblichen „Bündnisse für Arbeit“ durchzusetzen. Es ging an das Tarifvertragsgesetz und an das Betriebsverfassungsgesetz. Ich will das alles jetzt nicht im Einzelnen wiederholen, aber ich kann sagen: Es waren immer Zeiten, die von hohen Kontroversen geprägt waren.

Und auch eines ist sicherlich mein Markenzeichen bis heute gewesen: Ich habe nie ein Blatt vor den Mund genommen, wenn es um die Vertretung der Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ging, (Beifall) und ich habe mir damit auch sicherlich nicht nur Freunde gemacht.

Ich muss noch ein Weiteres erwähnen. Seit 1972 bin ich nicht nur Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, sondern ich bin seit 1986 auch Mitglied im Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei. Ich glaube, ich brauche hier nicht deutlich zu betonen, was das für ein Problem, ein Balanceakt, ein Konflikt der Interessen war in der Zeit von 1986 bis heute. Ich musste mich alle zwei Jahre zur Wahl stellen für den Parteivorstand der SPD und alle vier Jahre als Stellvertretende Vorsitzende des DGB. Jeder mag bei sich selbst erwägen, dass dies alles andere als eine einfache Arbeit war. Natürlich hätte ich es mir einfacher machen können, wenn ich mich zurückgesetzt und gesagt hätte: Lass mal die anderen machen, ich stehe in der zweiten Reihe und konzentriere mich auf meine Fachbereiche. Ich habe es nicht getan, weil ich der Auffassung war, wir sind es denjenigen schuldig, die uns in diese Ämter bestimmt haben, und das sind die Vertreter der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Vertreter derjenigen, die auch die Beiträge für die Gewerkschaften zahlen. Deshalb habe ich mich eingesetzt, auch wenn ich mir viele blaue Flecken geholt habe, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Nun ein kurzes Wort zum Schluss, bevor ich zu meinen Dankesworten komme. Das, was ich eben versucht habe kurz darzustellen, was Michael in ganz hervorragender Weise hier gesagt hat und was ich ja auch bei der Vorlage meines Ge-

schäftsberichts deutlich gemacht habe, war der Antrieb für mich, gestern so zu handeln, wie ich gehandelt habe. Ich sage natürlich genauso klar, dass für mich bei all meiner Arbeit – und es war eine sehr schwierige, lange, konfliktreiche Arbeit in wichtigen Themenfeldern für die Gewerkschaften und für die Arbeitnehmer – immer ausschlaggebend war, welche Beschlüsse im Geschäftsführenden Bundesvorstand und im Bundesvorstand gefasst wurden.

Ich darf für mich in Anspruch nehmen, dass ich mich nicht nur in die Formulierung, Erarbeitung und eben dann auch Durchsetzung der Beschlüsse in GBV und Bundesvorstand sehr aktiv eingebracht habe. Ich habe vielmehr genauso aktiv und vielleicht manchmal etwas zu kompromisslos diese Beschlüsse auch nach innen und außen vertreten. Dies war nicht allen immer so angenehm, aber ich habe mich auch hier unseren Kolleginnen und Kollegen verpflichtet gefühlt, aber natürlich auch den Strukturen im Deutschen Gewerkschaftsbund.

Ich weiß natürlich, dass trotz aller Demokratie, die ich an den Gewerkschaften immer sehr geschätzt habe, die Gewerkschaften in schwierigen Zeiten eine Kampforganisation sein müssen. Dann muss man Strukturen haben, die auch in schwierigen Zeiten halten. Das habe ich immer und immer wieder vielen klar gemacht, die eben nicht aus den Gewerkschaften kommen, die oft Parteiarbeit kennen, wissenschaftliche Arbeit. Dort wird unheimlich viel diskutiert, vielleicht auch mal ein Beschluss gefasst, aber es kommt da nicht immer darauf an, die Beschlüsse auch entsprechend umzusetzen.

Gewerkschaften leben davon, dass sie in der Lage sind, gegenüber Arbeitgebern auch entsprechende Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen durchzusetzen oder, wie wir im DGB, bei der Gesetzgebung entsprechend Einfluss zu nehmen.

So weiß ich natürlich auch, dass es Gewicht hat, wenn eine Findungskommission einen Vorschlag macht für die Zusammensetzung des Geschäftsführenden Bundesvorstands. Dies habe ich nicht angezweifelt. Das ist auch der Grund für meine Haltung, die für alle vielleicht nicht immer so klar einsichtig ist. Ich bin viel klarer und deutlicher, auch sicherer, wenn ich mich für andere Menschen einsetze, für die Sozialpolitik, Arbeitsmarktpolitik, für die Frauenpolitik, als wenn es um meine eigenen Belange geht. (Beifall)

Da bitte ich alle, die hier im Saal sind, um Verständnis für die eine oder andere Irritation oder auch Verletzung. Im Endeffekt stehe ich aber zu dem, was ich getan habe. Ich trage immer auch die Konsequenzen dessen, was ich getan habe. Das gilt für die Vertretung der Interessen unserer Kollegen und Kolleginnen. Das gilt hier auch in meinem eigenen Falle, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Nun möchte ich mich ganz, ganz herzlich bedanken. Ich hatte mir nie vorgestellt, als ich meinen beruflichen Weg zu einer Zeit begonnen hatte, als Frauen wenig Chancen hatten in der Wirtschaft, was daraus werden würde. Was mir als diplomierte Volkswirtin bevorstand, war vielleicht, als höchste Stufe meiner Berufskarriere Leiterin einer volkswirtschaftlichen Bank zu werden. Deshalb bin ich den Gewerkschaften so ungeheuer dankbar, dass es mir vergönnt war, innerhalb der Gewerkschaften einen auch für Frauen ganz außergewöhnlichen Weg zu gehen. Das praktisch über 32 Jahre lang mit einer enormen Unterstützung, von der ich weiß, gerade als Frau, dass es weiß Gott nicht selbstverständlich ist. Ich möchte mich dafür bedanken, dass ich überhaupt eine Chance hatte, mich derart einzubringen, für die Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen kämpfen zu können. Herzlichen Dank dafür. (Beifall)

Nun weiß auch jeder, dass die Zusammenarbeit gerade in exponierten, in schwierigen Zeiten, die infolge der hohen Arbeitslosigkeit, der Finanznot der öffentlichen Kassen, der Mitgliederrückgänge immer härter werden, dass es da nicht immer reibungslos zugeht bei der Zusammenarbeit in den Chefetagen des DGB, der Mit-

gliedsgewerkschaften oder auch innerhalb des Bundesvorstands. Da gab es solche und solche Situationen.

Aber ich möchte hier ganz deutlich sagen: Wenn ich die Bilanz ein wenig Revue passieren lasse – Michael, diese vier Jahre waren eine ganz gute Zeit. Gerade was die Inhalte der Arbeit anbelangt, gab es bei uns wenig Unterschiede. Dafür bin ich Dir auch ganz besonders dankbar, dass Du mich gerade in der Sozial-, Arbeitsmarkt- und auch Gleichstellungspolitik unterstützt hast, wie ich das selten vorher erfahren habe. (Beifall)

Ich möchte das auch ganz besonders hervorheben für dieses Thema der Gleichstellungs- und Frauenpolitik. Das ist ja nicht selbstverständlich. Und ich darf mir auch eine lockere Bemerkung erlauben: Wenn die Frauen über Frauenpolitik und Gleichstellungspolitik sprachen, gab es häufig einige Herren der Schöpfung, die dann eher wegguckten oder in die Zeitung sahen.

Das ist anders geworden, und zwar unter Michael Sommer. Da habe ich eine unheimliche Unterstützung bekommen in dem Bemühen, hier die Arbeit für die Gleichstellungs- und Frauenpolitik voranzubringen. Er hat das selber auch mit aktiver Betätigung unterstützt, also nicht nur verbal. Das ist ein ganz wichtiges Zeichen, dass wir gerade auch als Gewerkschaften für Frauen interessanter werden können. Wenn wir schon darüber nachdenken, wie wir mehr Mitglieder finden, wäre das sicherlich auch ein Weg, gerade die Mitgliederpotentiale bei Frauen zu erhöhen. Das würde uns allen in den Gewerkschaften gut tun. Da haben wir eine gute Zusammenarbeit gehabt, Michael. (Beifall)

Bedanken möchte ich mich natürlich auch bei den übrigen Mitgliedern des GBV. Ich denke, die Zusammenarbeit war kollegial. Wir haben auch das eine oder andere Vernünftige auf die Schiene gebracht. Keiner von uns ist bequem. Ich auch nicht. Es wäre völlig falsch, wenn man hier den Eindruck von Harmonie erwecken würde. Das wäre auch falsch, denn unseren Mitgliedern sind wir verpflichtet. Dann müssen wir eben auch über die eine oder andere Frage streiten. Ansonsten könnten wir unsere Aufgaben nicht sinnvoll erfüllen. Das haben wir mit Anstand getan, mit ganz gutem Ergebnis. Dafür herzlichen Dank. (Beifall)

Bedanken möchte ich mich natürlich auch bei meinen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen. Sie haben eine schwere Last getragen, denn ich bin bestimmt keine bequeme Chefin oder Vorgesetzte, wie immer man das auch nennen will. Bei mir war es schon recht schwierig.

Erstens einmal ging es ja um sehr vielfältige Themen. Zweitens ging es darum, dass ich – wie ich ja genannt wurde – als streitbare Gewerkschafterin nicht unbedingt darauf ausgerichtet war, dem Streit aus dem Wege zu gehen. Ich habe ihn nicht gesucht um des Streites willen. Aber wenn es nicht anders ging, habe ich auch den Streit geführt, mich ihm gestellt. Das war für diejenigen, die mit mir zusammenarbeiten mussten und natürlich immer auch ein Stückchen davon abbekamen, nicht einfach.

Ich bedanke mich bei all meinen Kolleginnen und Kollegen in meinem Vorstandsbereich, aber auch darüber hinaus bei denjenigen, die mit mir zusammengearbeitet haben, mit denen ich zusammengearbeitet habe, ganz, ganz herzlich. Sie haben eine enorme Arbeit geleistet. Ohne ihren Beitrag wäre meine Tätigkeit überhaupt nicht möglich gewesen. Herzlichen Dank, Helga, Olli, Doris und wie Ihr alle heißt. Ihr habt eine phantastische Arbeit geleistet. (Beifall)

Danken möchte ich natürlich auch von hier aus meinem Mann und meiner Familie. Wir wissen ja alle: Gewerkschaftsfunktionär oder Gewerkschaftsfunktionärin ist kein Job, sondern ein Leben. Diejenigen, die mit Gewerkschaftsfunktionären oder Gewerkschaftsfunktionärinnen zusammenleben müssen, müssen viel leiden, müssen viel Leid ertragen. Aber ich habe bis zuletzt so viel Unterstützung bekommen

von meiner Familie, dass ich auch von hier aus ganz, ganz herzlichen Dank sagen möchte. (Beifall)

Liebe Delegierte, liebe Gewerkschaften, lieber Michael, liebe GBV-Mitglieder! Ich wünsche Euch und dem DGB eine gute Zukunft. – Herzlichen Dank. (Die Delegierten erheben sich von ihren Plätzen – Lang anhaltender lebhafter Beifall, in rhythmisches Klatschen übergehend)

Sinischa Horvat, Vorsitzender des Kongresses

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch von Seiten des Präsidiums wünschen wir Dir, Ursula, alles erdenklich Gute für Deinen weiteren Weg. (Beifall)

Bevor ich den Kongress für heute unterbreche, möchte ich noch einen organisatorischen Hinweis zu den Parteiabenden geben.

Die SPD lädt ein in den Estrel-Saal. Einlass ist 19 Uhr, der Beginn ist 19.30 Uhr. Also frühzeitig da sein!

Die CDU lädt nicht in den Biergarten ein - das Wetter macht anscheinend einen Strich durch die Rechnung -, sondern in den Saal 1. Das ist oberhalb des Presse-zentrums. Beginn ist 20 Uhr.

Die Grünen laden ein ins Restaurant Sanssouci. Beginn 19.30 Uhr.

Die Linke lädt ein in die Estrel-Stube. Beginn 19.30 Uhr.

Das soll es von mir gewesen sein. Ich unterbreche den Kongress für heute. (Beifall)

(Ende des 3. Kongresstages: 18.05 Uhr)

Korrekturen zum Tagesprotokoll, die in der Endfassung berücksichtigt werden sollen, bitte jeweils bis mittags 12.00 Uhr am Infocounter abgeben.